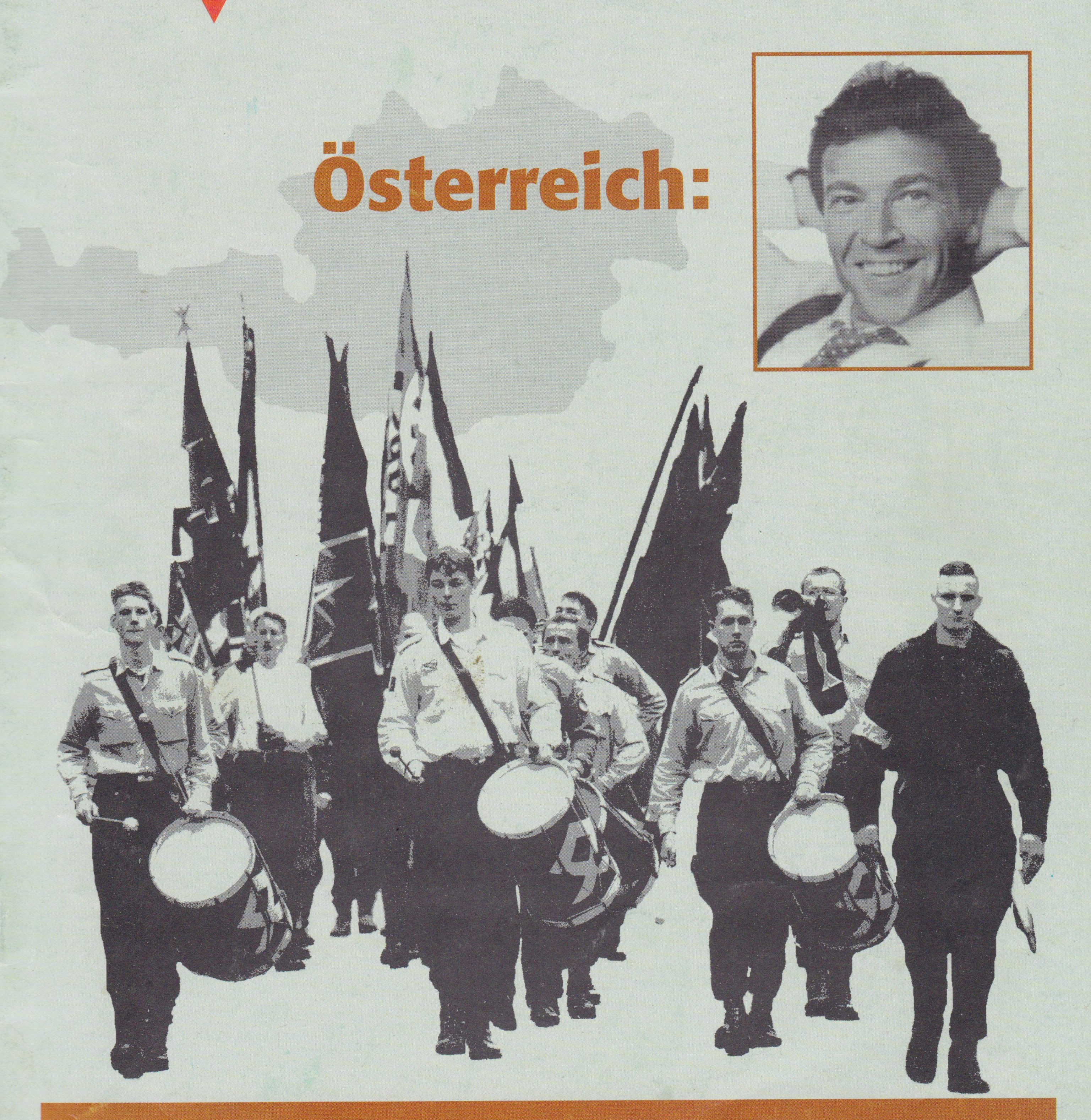Antifaschistisches INFO 33 BLATT

Februar/März 1996 5,– DM

Österreich:



Vorbild für deutsche Nazis?



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 33, Februar/März 1996

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. Seite 17/18)

Anzeigen: Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

»Die Schnauze voll...« 3

SCHWERPUNKT

Rechte 95 – Rechte 96
Ausgrenzung ist out – Sammlung ist in 4

Das Netzwerk der Neonazis
Verbotene Neonaziorganisationen machen weiter 7

Österreich: Bomben – Wahlen – Heiße Spuren 10

Haider vor Altnazis: »Wir sind geistig überlegen« 12

NAZI-SZENE

Der Hans-Münstermann-Gedenkmarsch 13

Kurzmeldungen 15

ANTIFASCHISTINNEN WERDEN AKTIV

Kurzmeldungen 17

STAAT & REPRESSION

Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in Berlin 20

Kurzmeldungen 21

BEILAGE: »NACH OKLAHOMA – FASCHISMUS IN DEN USA«

Zur Rundreise mit J. Mozzochi aus den USA I

USA: Nazis, Patrioten und Milizen II

Die Amerikanisierung der europäischen Nazi-Bewegung VI

FRAUEN

Frauen in Lagerbordellen 23

GESCHICHTE – AKJTUELL

Humanitäre Ausgleichzahlung 26

BRAUNZONE

An der langen Leine der Behörden
Neonazis in der »Hermann-Niermann-Stiftung« 28

Die »Stille Hilfe Südtirol« 31

DISKUSSION

Gegen die nationale Verengung im Blick
Ein Beitrag zur Diskussion um die »Neue« Rechte 32

LESERINNENBRIEFE 35

BÜCHER, BROSCHÜREN, ZEITUNGEN 36

INTERNATIONALES

Über den Wiener Briefbombenprozeß
»Ich bin nur ein Bombensammler aus Leidenschaft« 37

»Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß 39

Kurzmeldungen 40

Betreff: Geheimdienst-Vorwurf gegen Searchlight 43

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe haben wir versucht, die Sammlungsbestrebungen in Deutschland und den Einfluß aus Österreich nachzuzeichnen sowie gleichzeitig einen Blick ins neue Jahr zu werfen.

In der Mitte des Heftes findet Ihr eine Beilage zur Veranstaltungsreihe »FaschistInnen in den USA«, die im Februar/März dieses Jahres stattfindet und von verschiedenen Antifa-Zeitungen organisiert wurde. Die Termine der Veranstaltungen findet Ihr auch dort.

Ansonsten möchten wir Euch bitten, uns doch wieder mehr Material zu schicken, sonst entstehen leicht Lücken.

Eure Info-Redaktion

»Die Schnauze voll...«

Frankreich streikt. Da gingen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zusammen mit Arbeitern, Angestellten, Beamten, Studenten, Schülern und Arbeitslosen, darunter viele Jugendliche, auf die Straße – und das fast ohne Absicherung durch eine Streikkasse, einfach so. In allen größeren Städten waren sie auf den Beinen, die größten Demonstrationen seit 1968, allein am 12. Dezember landesweit 2 Millionen nach Schätzungen der Veranstalter. Und bis zuletzt unterstützten ca. 50% der Bevölkerung gutgelaunt die Streikenden, obwohl der öffentliche Verkehr nahezu lahmgelegt war. Und warum das Ganze? Aus den gleichen Gründen, die in der Bundesrepublik führende Politiker zu der verwunderten Frage verleiteten, warum in Zeiten so umfassender Umwälzungen noch kein »Bürgerkrieg« in Deutschland ausgebrochen sei.

Es geht um Sozialabbau, umfassende Kürzungen, die mit dem Akommen von Maastricht, der Währungsunion, begründet werden. Dafür muß das französische Haushaltsdefizit von derzeit 5,5% auf 3% gedrückt werden. So ein Pech,

daß die Europa-Lokomotive Deutschland nicht mal selbst die Aufnahmebedingungen für die Währungsunion besteht, deren Haushaltsverschuldung von inzwischen 2000 Milliarden DM ist demnach nämlich auch zu hoch. Aber weiter im Text. Da die öffentlichen Kassen in Frankreich leer sind, und die Steuern für die Unternehmen gesenkt werden, sollten die Sozialabgaben für den Rest der Bevölkerung erhöht und die Renten gekürzt werden. Wie üblich. Dachten sie sich.

Da war selbst die Regierung überrascht über den massiven Protest, denn andere, viel umfassendere Sparmaßnahmen waren doch schon vorher, unter Mitterand, ohne große Aufregung über die Bühne gegangen. Wieso jetzt?

Ganz einfach: Die Leute haben die Schnauze voll. Es sind nicht die einzelnen Sparmaßnahmen des »Plan Juppé«, die gesamte Situation hat sie auf die Straße gebracht. Die Realeinkommen sind in den letzten Jahren gesunken, die Arbeitslosenquote gestiegen, die Hälfte der Arbeitslosen erhält kein Geld. Arbeitslose Jugendliche müssen von umgerechnet 15 DM täglich leben, schätzungsweise 900.000 Jugendliche sind obdachlos und die Situation an den Universitäten ist katastrophal.

Und das nach den großkotzigen Versprechungen Chiracs, durch die er zum Präsidenten wurde. Selten war ein Wahlversprechen so schnell gebrochen worden, die Sparpläne betrafen fast die gesamte Bevölkerung.

Nun ja, Helmut Kohl sprach doch auch mal von blühenden Landschaften, aber daran hat doch ehrlich niemand geglaubt und das ist alles doch kein Grund zur Aufregung, oder?

Doch. Der Unterschied zwischen dem resignativen Verkriechen in Deutschland und dem Protest in Frankreich ist unter anderem durch eine andere Tradition von Arbeitskämpfen begründet. Man stelle sich vor, drei Wochen wäre der öffentliche Verkehr lahmgelegt und die Mehrheit der Bevölkerung freut sich über den erzwungenen Fußmarsch. Da herrschte in Berlin am fünften Streiktag der öffentlichen Verkehrsbetriebe eher Krieg auf den Straßen und Wut auf die

Streikenden im Bauch. In Frankreich sollen im Rahmen des Sparkurses auch staatliche Unternehmen wie die Eisenbahn, die Post und die Telefongesellschaft weiter privatisiert und umstrukturiert werden. Wie in der BRD bedeutet dies umfassende Entlassungen sowie mehr Geld für schlechteren Service.

Bei uns ging das reibungslos über die Bühne, wenn man von den zahlreichen Telekom-Pannen mal absieht. Schlimmer noch: Während die Streikbewegung in Frankreich auf dem Höhepunkt war, stimmte die Deutsche Postgewerkschaft mal eben der Streichung von weiteren 60.000 Stellen zu. In Frankreich sah das anders aus, die Leute wehrten sich und das zum Teil mit unkonventionellen Methoden. Die Beschäftigen der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft äußerten in einigen Städten ihren Protest, indem sie den Privatkunden den Strom zum günstigeren Nachttarif oder dem billigsten Industrietarif lieferten.

Der Kampf der Streikenden in Frankreich hat gezeigt, daß es aussichtsloser ist, nichts zu tun und daß man mit massivem Widerstand selbst einer neoliberalen Regierung Dampf machen kann. Auch wenn in Frankreich nicht die neue fortschrittliche Massenbewegung am Horizont erscheint, so hat sich doch gezeigt: Widerstand ist möglich. Auch wenn es erstmal um materielle Bestandserhaltung geht.

Und noch ein Unterschied. Auf den Demonstrationen stellten in einzelnen Städten Arbeitslose, Jugendliche aus den Vorstadtghettos, Schüler und Studenten bis zu 50% der TeilnehmerInnen. Im gemeinsamen Kampf überwanden sie für einige Wochen die traditionelle Kluft zwischen den Gruppen. Und so waren rassistische Töne bei den Demonstrationen nicht zu hören. In dem Maße, in dem der richtige Gegner ins Visier genommen wurde, verschwand der Falsche aus dem Gesichtsfeld.

Aber Arbeiter hatten doch Le Pen gewählt. 1995 machten Arbeiter und Angestellte fast die Hälfte seiner Wähler aus, 1988 waren es noch knapp ein Drittel. Dies war die Quittung gewesen für die Haltung der führenden Politiker, der sich so bezeichnenden Sozialisten, und ihre jahrelange Offensive gegen die unteren

Schichten der Bevölkerung. Le Pen konnte während des Streiks keine Punkte machen. Sein einziger Vorschlag zu den Sparplänen der Regierung war die Einrichtung getrennter Kassen für Franzosen und ImmigrantInnen. Ansonsten schossen sich die Rechtsextremen auf eine harte Linie gegen die Streikenden ein und vergräzten damit einen nicht unerheblichen Teil ihrer Klientel.

Und in der BRD? Da funktioniert es nach wie vor, das alte Spiel von »Teile und Herrsche«. Die Gewerkschaftsverbände biedern sich den Arbeitgebern an und bieten im »Bündnis für Arbeit« Lohnverzicht gegen ein paar lausige Arbeitsplätze. Von der »Volksgemeinschaft« zur Gemeinschaft derer die Arbeitsplätze »besitzen«. Doch erstaunlich – entgegen allen Krokodilstränen der Unternehmer – die Gewinne sprudeln und neue Produktionsrekorde sind zu vermelden.

Der DAX (Deutscher Aktien Index) hat zu Beginn des Jahres 1996 den höchsten Stand erreicht seit Bestehen der bundesdeutschen Aktienbörse. Ebenso die Arbeitslosenzahlen, die effektiv mit 6,7 Mio. den höchste Stand seit Gründung der Bundesrepublik erreicht haben. Könnte da eventuell ein Zusammenhang bestehen? ■

(Für ausführliche Hintergrundinformationen siehe den gut recherchierten Artikel in der nächsten Ausgabe der Zeitung »Arbeiterpolitik«, die Red.)

RECHTE 95

Ausgrenzung ist out –

Während neofaschistische Sammlungsbewegungen in Europa ihre größten Erfolge seit der Niederschlagung des Hitler-Faschismus feiern, blieb das Erscheinungsbild der extremen Rechten in Deutschland auch im Jahr 1995 zersplittert. Ein Umstand, der den braunen Kämpfern hierzulande erhebliche Kopfschmerzen bereitet, zumal aus ihrer Sicht viele Bedingungen zum politischen Durchbruch günstig stehen. Vorhanden ist ein sowohl materiell als auch personell gut ausgestattetes Netzwerk, über das rechte Strategen verschiedener Parteien und Gruppierungen ihre Handlungen koordinieren und abstimmen. Die Inhalte der extremen Rechten sind in einigen Kernaussagen – zum Beispiel in punkto Rassismus oder Demokratieabbau – Regierungspolitik geworden. Darüberhinaus sind Teile der FDP und CDU unterwandert. Zitelmann war neulich bei der Konrad-Adenauer Stiftung Diskussionsteilnehmer[1]

Doch die extreme Rechte kann heute aus dieser Situation nur verhältnismäßig wenig eigenes Kapital schlagen. Die verschiedenen Hintergrundnetzwerke waren bis jetzt nicht in der Lage, Einheit über den Kreis von verschworenen Neonationalisten und Neonationalsozialisten hinaus herzustellen, geschweige denn Massenanziehungskraft zu entwickeln. Folglich wird die eigene Zersplitterung als Hauptfeind Nr.1 gesehen. Während sich dieser Gedanke bei den verbotenen Neonazi-Organisationen schon seit einiger Zeit durchgesetzt hat und zur Etablierung einer relativ vereinigten Struktur geführt hat (siehe Seiten 7-9), taten sich die Gesinnungskameraden mit Schlips und Kragen in dieser Beziehung schon bedeutend schwerer. Aber es werden Konsequenzen daraus gezogen, die gerade in neuen Sammlungsansätzen und aufgeblasene Gründerstimmung münden. Zum anderen wird weiterhin versucht, auf den ideologiebildenden Kreis der bürgerlichen Parteien Einfluß zu nehmen.

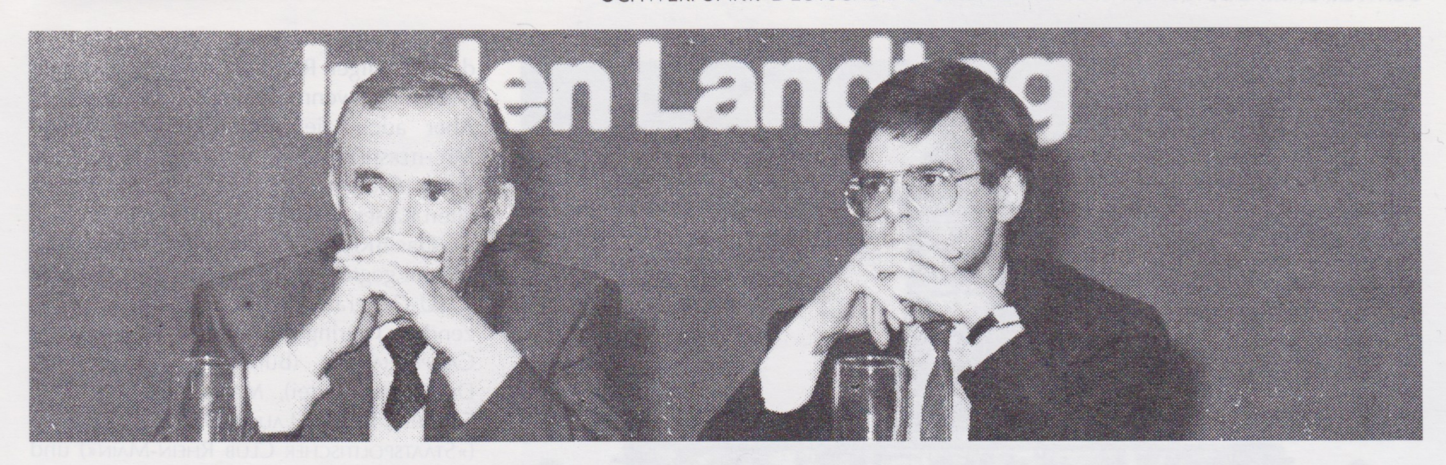
Schönhuber – ein alter Gaul wird mal wieder vor den Pflug gespannt

Seit 1995 kommt einiges in Bewegung. Die Hauptursache scheint das schlechte Abschneiden sämtlicher Parteien rechts von der CDU/CSU im Superwahljahr 94 und bei folgenden Wahlen zu sein, wie zum Beipiel das katastrophale Ergebnis im Mai 1995 bei der NRW-Landtagswahl, bei der die REPS 0,8.% erhielten. Noch deutlicher sahen die Stimmenverluste der Reps in den bisherigen Hochburgen aus. In der Bezirksverordnetenversammlung im Westen der Stadt Berlin 1992 waren sie fast überall mit zweistelligen Ergebnissen vertreten. Im Oktober 95 erhielten sie dann eine deutliche Abfuhr. In keiner Bezirkverordnetenversammlung sind sie noch vertreten. Bundesweit sind die Reps 94 nicht über 1,7% gekommen. Bei den anderen rechten Wahlparteien, wenn sie überhaupt zur Wahl angetreten sind, sieht es noch verheerender aus. Europawahlen 1994: DSU 0,2%, BUND FREIER BÜRGER 1,1%, NPD 0,2%. Die DEUTSCHE LIGA , die im Superwahljahr nur in Köln zur Kommunalwahl antrat, erhielt das schlechte Ergebnis von 1,3%. Die NPD findet sich in der schwersten innerparteilichen Krise seit der Gründung. Der NPD-Vorsitzende GÜNTHER DECKERT wurde abgesetzt und sitzt derzeit im Knast. Die Erfahrung, daß sie in direkter Konfrontation mit anderen rechtsextremen Parteien stets unterlegen war, löste auch hier Umdenkungsprozesse aus.

SCHÖNHUBER hat nun eine endgültige Konsequenz daraus gezogen. Am 16.11.95 verließ er die Partei. Jetzt soll mal wieder alles anders werden. »Reumütig« (wohl eher berechnend) kehrt Schönhuber ins Herz des neofaschistischen Netzwerkes zurück, und übernimmt gleich im Anschluß in der Monatszeitschrift NATION & EUROPA eine Kolumne. Von den Ruhsdorfer Beschlüssen (Juli 90), die er selbst auf dem Ruhsdorfer Parteitag hat fassen lassen, in denen steht, jeglichen Kontakt zu FREY und anderen rechten Parteien zu untersagen, nennt er in Nation & Europa einen »Flop«[2]. Die alten Kameraden, wie HARALD NEUBAUER, der von ihm selbst aus der Partei gejagte »Kronprinz«, und sein Mitarbeiter KARL RICHTER (ebenfalls Ex-Rep, erstellte den »REPUBLIKANER«) führen dort Regie. Unter dem Titel »*Wie geht es weiter mit der deutschen Rechten*« in Nation & Europa, beschreibt er kläglich »republikanische Erfahrungen«: »*Die Republikaner unterwarfen sich einem permanenten Rechtfertigungszwang. Ja, wir legten uns die Schlinge sogar selbst um den Hals. In der Bundessatzung heißt es zur »Mitgliedschaft« unter §3, Absatz d: »Mitglied der Republikaner kann nicht werden oder sein, wer einer verfassungswidrigen Organisation oder einer links- oder rechtsextremistischen Gruppe angehört oder sie unterstützt«. Folgerichtig müßten wir uns also selbst austreten oder die Partei auflösen.*« Stimmt – die Reps landeten im Verfassungschutzbericht und sind somit anrüchig.

Die Konsequenz daraus zog er schon vor der Rechtfertigung, als er im August 94, vor den bayerischen Landtagswahlen, demonstrativ eine gemeinsame Presseerklärung mit GERHARD FREY herausgab. Das angegebene Ziel war damals, eine »*gemeinsame Abwehrkraft gegen die linke Volksfront*«. Dem DVU-Chef Frey, der seit seiner Niederlage bei den Europawahlen seinen Zinnsoldaten immer wieder eingebleut hat, daß das Gegeneinander der »nationalen Kräfte« unbedingt beendet werden müsse, kam dies nur recht. Frey steht aber Schönhuber im Taktieren nicht nach, es wird darauf ankommen, was für eine Rolle ihm im Sammlungsprozeß zugewiesen wird. Ist sie fett genug, wird er wohl eher auf der monetären als auch publizistischen Ebene investieren, denn an Basis ist wenig vorhanden.[3]

Schönhuber ist nicht nur reumütig, sondern bestätigt auch, daß seine Abgrenzungsversuche zu brandschatzenden Neonazis seit jeher taktischer Natur waren: »*meine Rechnung, die Staatsdiener* (in der



Franz Schönhuber und Harald Neubauer: »Alte Liebe rostet nicht...«

Partei- d.A.) *durch Preisgabe mancher, vom parteipolitischen Gegnern als Extremisten bezeichnete Funktionäre vor der Garotte des Verfassungsschutzes zu bewahren, ist nicht aufgegangen.«*[4]

Aber jetzt wird das Ei des Columbus neu erfunden, und so mancher rechter Recke spürt schon den Geist der Republikaner-Gründungsjahre wieder aufleben.

Auf Initiative des Rep-Landesvorsitzenden in Thüringen WOLFGANG KLEINDIENST fand in Eisenach ein erstes Treffen unter dem Motto »*ein Modell für alle Patrioten*« statt. 70 Aktivisten treffen sich und verabschieden einen Appell, das »EISENACHER SIGNAL«. Inhaltliche Aussagen fehlen, der »Appell« beschränkt sich auf die geplante Zusammenarbeit. »*Um die Einheit aller Patrioten* (rechtzeitig) *vorzubereiten, sollen ab sofort nach dem Eisenacher Beispiel überall lokal, regional und letztlich bundesweit unter dem Motto, Gemeinsam für Deutschland Runde Tische einberufen werden..*« und weiter »*nur gemeinsam läßt sich eine flächendeckende, schlagkräftige und glaubwürdige politische Alternative zum Bonner Parteienkartell aufbauen*«.

Runde Tische

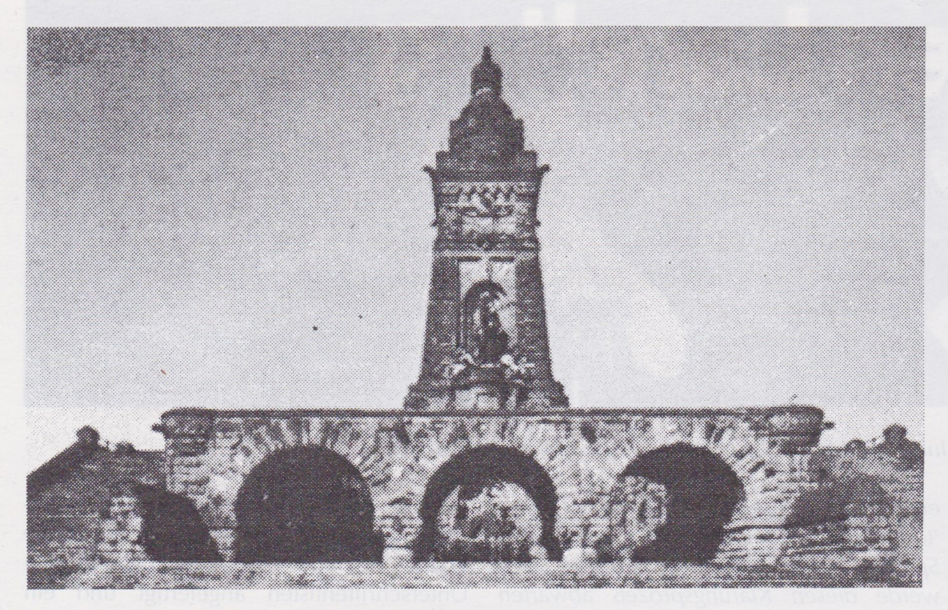
Ausgrenzung ist out – Sammlung steht an. Zum innerparteilichen Desaster und der chronischen Finanznot der Reps kommt das geschickte Taktieren der Deutschen Liga dazu, die nach alter Manier aus der Schwäche der anderen zu profitieren versucht. Vor den Wahlen 94 erklärte sie schon in Nation & Europa[5]: »*Wenn sich bei den Wahlen 1994 keine der rechten Parteien eindeutig durchsetze, werde es zu einer 'totalen Neuformierung' des patriotischen Spektrums kommen. Die deutsche Liga werde diesen Klärungsprozeß abwarten und unterdessen die Zusammenführung 'vernünftiger, einigungsbereiter Kräfte' von der Basis her fortführen*«. Ihr Warten und das des rechtradikalen Netzwerks um die Zeitung Nation & Europa hat sich gelohnt. Auch MANFRED ROUHS (DL) mit seinem Blättchen »EUROPA VORN« schließt sich an. Diesmal soll niemand ausgeschlossen werden, auch wenn er zur Kategorie der offensiven Neonazi-Brandstifter gehört. Zu einem »*Berliner Runden Tisch*«, initiiert von PETER DEHOUST (Mitherausgeber von Nation & Europa), am 20.November erschienen Kader der verbotenen FAP, der WIKING-JUGEND der neonazistischen KAMERADSCHAFT TREPTOW und von den »NATIONALEN« (siehe Kurzmeldungen Nazi-Szene).

Organisiert durch die Deutsche Liga fanden weitere runde Tische statt. Der erste in kürzester Zeit nach dem »Eisenacher Signal« am 10.Juni 1995 in Bergisch-Gladbach im Rheinland. Initiatoren waren hier Rouhs und der NRW-Vorsitzende der DL MARKUS BEISICHT. Nach eigenen Angaben trafen sich dort ca. 80 »*hochrangige Funktionsträger sowie Aktivisten der Republikaner, der DVU, der DL, der NPD, vom* AUFBRUCH *'94, der* FREIHEITLICHEN, *der* BÜRGER, *der DSU sowie parteiungebundene Personen aus dem Rheinland*«. Verabschiedet wurde ein gleichlautender Appell wie der aus Eisenach. Es erfolgte ein Nachfolgetreffen in Pulheim (NRW), auf dem beschlossen wurde, eine sogenannte »Urabstimmung« in ganz Deutschland über eine »*Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von Rechts*« zu veranstalten. Dafür wurden Unterschriftenlisten angefertigt und ein Koordinierungsausschuß mit Vertretern verschiedener Gruppen gebildet. Dem Ausschuß gehören bisher an: HANS RUSTMEYER (Rep), BRIGITTE RENSCH (Freie Bürger Union), Manfred Rouhs (DL), RICHARD STAGNIUS (Freiheitliche), Dr. HELMUT FLECK (Aufbruch 94) und DIETMAR DANDER (Öko-Union). Zusätzlich wird eine »PULHEIMER ERKLÄRUNG« verabschiedet, in der es im Kern heißt »*die gravierenden Mißstände in Deutschland und das Unvermögen der Altparteien (...), machen eine starke und zukunftsorientierte Rechtspartei dringend erforderlich*«. Ein weiteres Treffen folgte in Elgersburg (Thüringen) und Anfang Oktober in Ludwigshafen.

Von einem Massenzulauf kann in keinem Fall gesprochen werden. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich laut eigenen Aussagen zwischen 50 und 100 Personen, von denen nicht mal alle die bisher genannten Appelle unterzeichnet haben. Die Betonung auf die Vielfältigkeit der Gruppen und Parteien ist auch zu bezweifeln. Bei der »Mehrzahl« dieser Parteien handelt es sich um Kleinstgruppen. Hochrangige Funktionäre, außer dem abgetakelten Zugpferd Schönhuber, fehlen total. Rep-, DVU- oder NPD-Mitglieder sind selten. Die wenigen übriggebliebenen Nicht-DL-Mitglieder sind fast ausnahmslos seit Jahren mit der DL verbunden. Da nützt es auch nichts, wenn man die Einladungen der Treffen künstlich aufbläst, indem man Unterschriften fälscht.

RECHTE 96

Sammlung ist in



Kyffhäuser-Denkmal, Treffpunkt für die »Initiative 3. Oktober«

Die DL hat auf die Einladung zum Pulheimer Treffen den Kölner Kreisvorsitzenden der Reps, EDUARD MERMAGEN ohne sein Wissen gesetzt. Dazu der REP-Landesvorstand THOMAS FRIEDRICH: »*wer schon auf Einladungen mit gefälschten Namen als Unterzeichner einlädt, kann weder ein ernstzunehmender Partner für die Reps, noch für die Bürger in unserem Land sein*«.[6]

Austritte, Distanzierungen und nationalliberale Träumereien

Fast gleichzeitig mit Schönhubers Austritt, tritt auch sein Widersacher im Rep-Parteivorstand ALEXANDER HAUSMANN, Vorsitzender des Landesverbandes Bayern, zurück. Er hatte den Parteiausschluß Schönhubers nicht durchsetzen können. Parteivorsitzender ROLF SCHLIERER, dem der Gedanke »Reps als Sammlungsbewegung« auch nicht so fern ist, meint dazu: »*als geradezu ungeheuerlich empfinde ich die (...) aufgestellte Behauptung, ein Teil des Bundesvorstandes wolle einen Weg, der in den Extremismus und Antisemitismus führe (...) Diese Partei wird auch kein Teil eines braunen Narrensaumes werden.*« Große Sprüche, in Anbetracht eines noch größeren Traumes.

In einem Interview mit der österreichischen Zeitschrift »AULA« eröffnet er neue Bündnismöglichkeiten, die in eine ganz andere Richtung laufen: »*..daß in Zukunft Konservative, Nationale, Nationalliberale zusammenstehen (...) Hier wird es sicherlich neue Gemeinsamkeiten mit unserer Partei und solchen Kräften geben, die uns bislang eher fern standen.*«[7]

Gemeinsamkeiten vielleicht , aber nicht unter der Federführung der am Boden liegenden Reps. Daß man momentan nicht in der politischen Offensive steht, zeigt sich schon bei dem Kreis der »INITIATIVE 8.MAI« (s. Infoblatt Nr.30). Das Spektrum der Unterzeichner des Aufrufes »8.Mai 1945 – Gegen das Vergessen«, deckte ungefähr alles, was im schwarz-braunen Gewusel einen Namen hat. Mitglieder vom Bund freier Bürger, DEUTSCHE SOZIALE UNION, FREIE BÜRGERUNION bis hin zur FDP, daneben diverse Vertriebenenaktivisten und etliche Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Teile der CRITICON- und JUNGE-FREIHEIT-Schreiberlinge. Daß bei den Rep- Mitgliedern ihre Parteizugehörigkeit nicht genannt wurde, lag nicht daran, daß sie sie lieber verschweigen möchten, sondern es ist momentan einfach nicht opportun, mit Leuten, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, gemeinsame Sache zu machen.

Aus einem ganz ähnlichen Spektrum kommt das, die »INITIATIVE 3.OKTOBER« tragende, »BÜNDNIS KONSTRUKTIVER KRÄFTE DEUTSCHLANDS« (BKKD). Das Bündnis wurde am 24.April 1995 ins Leben gerufen, um gleichgesinnte konservative Kräfte zu bündeln. Aufgerufen, beim BKKD mitzumachen, wurden »*konservative Ökologen, Christlich-Konservative, Wert-Konservative und Nationalliberale*«[8]. Zu den Gründungsunterzeichnern gehören führende Funktionäre des Bundes Freier Bürger, der DEUTSCHEN PARTEI, der DSU, der STATT PARTEI, der UNABHÄNGIGEN ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS und verschiedene Parteilose.

Unterstützt wurde das BKKD ebenfalls von HELMUT BERGER, Ex-Finanzchef der AEG und DIETER BERGER, Vorsitzender der »AKTION DEUTSCHE MARK E.V.« aus München. Die »Initiative 3. Oktober« und das BKKD luden am 3.Oktober 95 zu einer Festveranstaltung auf dem sagenumwobenen Kyffhäuser-Denkmal, unter der Schirmherrschaft der DSU, zum 5. Jahrestag der Deutschen Einheit ein.

Der Sage nach sitzt im Kyffhäuser Berg der deutsche Kaiser Friedrich I., besser bekannt als Barbarossa oder Rotbart, um dem »Heiligen Römischen Reich deutscher Nation« – wenns Not tut – beizustehen. Aber auch die »Festrede« von ALFRED MECHTERSHEIMER mit dem Thema »*Deutschland – Friedensmacht der Mitte*« lockte den alten Kaiser nicht aus dem Berg.

Das BKKD hat mittlerweile einen Sprecherrat gegründet, der aus RUDOLF ANDREAS (DSU-Generalsekretär und Landesvorsitzender Thüringen), Prof. JOHANNES VON CAMPENHAUSEN (Bundesvorsitzender der Deutschen Partei), MARKUS ZEHME (Junge Freiheit), LOTHAR LAUCK, Dr. HELMUT KRAUSE (»STAATSPOLITISCHER CLUB RHEIN-MAIN«) und Prof. Dr. BERND-THOMAS RAMB(stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundes freier Bürger) besteht.[9] Da der BFB ohne die Mitarbeiter von CASPAR V. SCHRENCK-NOTZING und seiner Gazette »Criticon«, wie Dr. BRUNO BANDULET, GUNNAR SOHN oder seiner Ehefrau REGINA FREIFRAU VON SCHRENCK-NOTZING nicht mehr zu denken ist (alle im Bundesvorstand), kann man davon ausgehen, daß auch hier im Hintergrund

Erstunterzeichner der »Initiative 3. Oktober«

- Rudolf Andreas, Generalsekretär der DSU
- Dr. Dieter Berger, Vorsitzender der Aktion Deutsche Mark e.V
- Dr. Rudolf Binsack, Agrarwissenschaftler
- Manfred Brunner, Bundesvorsitzender BfB
- Prof. Johannes von Campenhausen, Bundesvorsitzender DP
- RA Helmut Kirchner, Bundesvorstand UAP (Unabhängige Ökologen Deutschlands)
- Dr.Helmut Kirchner und Lothar Lauk, »Staatspolitischer Club Rhein-Main«
- Ulrich Lupart, Bundesschatzmeister der DSU
- Alfred Mechtersheimer, Friedensforum 2000
- RA Dietrich Prochnow, stellv. Fraktionsvorsitzender Bürger für Marburg
- Prof. Dr. Bernd Thomas Ramb, stellv. Bundesvorsitzender BfB
- Roberto Rink, Bundesvorsitzender DSU
- Hadwig Gräfin von der Schulenburg
- Prinz Albert von Sachsen
- Regina Freifrau von Schrenck-Notzing
- Prof. Dr. med. Wolf-Joachim Stelter, BfB Landesvorstand Hessen
- Baldur Springmann, Mitbegründer der ökologischen Bewegung in Deutschland
- Rheinhard Uhle-Wettler, Brigade-General a.D.
- Monika Voß, Bundesvorstand DP
- Peter Weihnacht, Kreisvorsitzender STATT-Partei Main-Taunus
- Wilken Weseloh, Bundesgeschäftsführer DP
- Markus Zehme, Junge Freiheit
- Alfred Zips, Oberstleutnant a.D

Schrenck-Notzing die Fäden mit in der Hand hält.

Einzuschätzen ist dies als ein erneuter Versuch, die Schnittstellen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu sammeln. Vorsichtig vorbereitet und initiiert laufen die Diskussionen schon auf verschiedenen Ebenen, wie z.B bei dem Bad Cannstatter Haider-Fan-Club um den rechtsaußen-Kreisvorsitzenden der FDP, MANFRED ROTH. Schrenck-Notzing und sein Bielefelder »INSTITUT FÜR KONSERVATIVE BILDUNG UND FORSCHUNG« (IKBF) hat überall dort seine Fäden hingeworfen, wo sich rechts von der CDU etwas aussichtsreich als Sammlung formiert, angefangen bei den Reps zur DSU und aktuell dem BFB. Die Reps als solche sind momentan noch ausgeschlossen. Sie durften zwar für die Veranstaltung zum dritten Oktober spenden, ihr Name taucht aber nicht auf.

Insgesamt ist es angebracht, sich das Ganze sehr genau anzusehen, da man mit einer Neugründung einer rechten Sammlungspartei rechnen kann – ob nach Vorbild der FRONT NATIONAL in Frankreich oder nach Jörg Haiders FREIHEITLICHEN oder beiden, ist abzuwarten. Der große »Sammler« à la eines deutschen Haiders ist nicht in Sicht. ■

1) Tagesspiegel 20.11.1995, S.2
2) »Nation & Europa« 8/95
3) ak Nr.386, 1/96
4) »Nation & Europa« 8/95
5) »Nation & Europa« 2/94
6) Krass Nr. 10/95
7) ak Nr.386, 1/96
8) »Pressespiegel Innerer Frieden«, 34/95
9) »DESG-inform«, 12/95

Verbotene Neonazi-Organisationen machen weiter

Das Netzwerk der Neonazis

Der Schwerpunkt der Aktivitäten militanter Neonazis lag 1995 auf der Ausbildung einer einheitlichen Struktur. Die übriggebliebenen Recken aus verschiedenen Parteien entfalteten ihr politisches Wirken in zwei miteinander verknüpften Bereichen: einer konspirativ arbeitenden Untergrundstruktur und einer Struktur von regionalen Freundeskreisen und Zusammenschlüssen, die ein noch nicht kriminalisiertes Auffangbecken darstellen.

Insgesamt hat sich der Grad gegenseitiger Vernetzung, der auf den Organisationslisten des Chefs der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) MEINOLF SCHÖNBORN von Ende 1993 bereits sichtbar wurde (siehe Infoblatt Nr. 31), weiter gesteigert. Zugrunde liegen die Anweisungen der Schrift »*Eine Bewegung in Waffen*«, die für die Strategie der militanten Neonazi-Kader prägend geworden ist: Angestrebt wird eine bundesweite »*Kaderorganisation, in der das Führerprinzip verwirklicht ist*«. Sowohl beim Aufbau des Untergrundnetzes (Werwolf, illegale Propaganda und Schulung), als auch bei der legalen Öffentlichkeitsarbeit und dem Aufbau einer »*Massenpartei*«, soll »*mehr Wert auf Qualität als auf Quantität*«[1] gelegt werden. Diese fortschreitende Entwicklung veranlaßt uns, im Folgenden vereinfachend vom »Neonazi-Netzwerk« zu sprechen. Diese Struktur ist zwar nicht in allen Bereichen gleich organisiert, geht aber im Wesentlichen arbeitsteilig vor und benutzt regionale Gruppierungen zur Straffung einer bundesweiten Hintergrundstruktur.

Der gesteigerte Vernetzungsgrad ist unter anderem an der starken Beteiligung an den häufiger stattfindenden regionalen Koordinierungstreffen abzulesen. Doch der Umstand, daß ein Großteil dieser Aktivitäten im Verborgenen stattfindet, erschwert natürlich die öffentliche Wahrnehmung und ist geeignet, die Neonazi-Szene zu unterschätzen.

Deutlich werden die Resultate gesteigerter Vernetzung in Neonazi-Schwerpunktgebieten wie dem Nordharz, wo rechter Terror nach wie vor zum Alltag gehört. Der alte Kader der NF, STEFFEN HUPKA aus Quedlinburg, ist der politische Kopf in der Region und organisiert für die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) Sonnenwendfeiern; der alte FAP-Kader THORSTEN HEISE aus Northeim ist der Trommler der Zunft und lud erst kürzlich ca. 1000 Nazi-Skins zum Faschokonzert auf sein Gelände. Gleichzeitig ist mit HENDRIK MÜHLBACH in der Region auch ein Nazi aus der WERWOLFSTRUKTUR vertreten (siehe Kasten zu Werwolf).

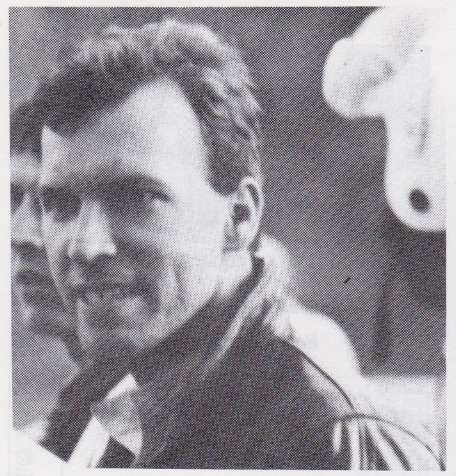
Die Untergrundstruktur

Die Terrorstruktur Werwolf, die wir im Infoblatt Nr. 30 eingehend beschrieben haben, verhält sich momentan ruhig bzw. wird von staatlicher Seite gebremst. Dafür sprechen verstärkte Hausdurchsuchungen in diesem Spektrum im letzten Jahr. Ihre Aktivitäten müssen von einer Duldung des Staatsapparates begleitet sein, sonst bringt dieser die größtenteils bekannten Feierabendterroristen in den Knast.

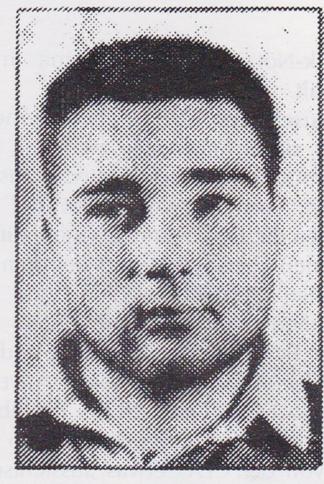
Dies hat wohl auch der immer wieder als »Bombenhirn« bezeichnete Naziterrorist PETER NAUMANN begriffen. Seine Preisgabe von acht veralteten Waffenlagern im August letzten Jahres sowie seine daraufolgende »*Erklärung zur kämpferischen Gewaltfreiheit*« bedeuten sicher keine Abkehr vom Terror. Denkbar sind mehrere

Christian Scholz (NO), den Antifas hinter dem Pseudonym »Hans Westmar« vermuten









geschickte Arbeitsteilung im Harz:
links: der politische Macher und Stratege Steffen Hupka (SrA)
mitte: Thorsten Heise (ex-FAP), der die »Subkultur« anbindet und rekrutiert
rechts: Hendrik Mühlbach (Werwolf), Vertreter der Untergrundstruktur

Beweggründe, die von 'Er wollte der Szene Luft vor der Repression verschaffen' bis zur Einbindung Naumanns ins Gladio-Netz[2] reichen. Für letzteres würde auch die 20jährige Narrenfreiheit Naumanns sprechen: Obwohl er mit zahlreichen Sprengstoffanschlägen in Verbindung gebracht wurde und 1974 gar ein Sprengmeister bei der Entschärfung einer von Naumann gebastelten Bombe getötet wurde, wanderte er nie für länger als einige Tage in den Knast.

Zu warnen ist vor einer Interpretation von Naumanns Schritt als Absage an jegliche Gewalt, wie teilweise in den Medien geschehen, denn die Werwolf-Struktur existiert – gut verknüpft und ausgerüstet. Zu ihr zählen nicht nur die Nazis der NF, die auf der Liste 88 stehen, sondern auch Teile der Nationalen Offensive (NO), der FAP und der Hammerskins, einer internationalen Skinstruktur, die sich in Deutschland immer weiter ausbreitet und getrost als Nachfolger des Blood&Honour-Netzwerkes bezeichnet werden kann. Beim Werwolf handelt es sich eben nicht um eine feste Organisation, sondern um eine gemeinsame Struktur des Neonazi-Netzwerkes, was Ausdruck des Zusammenrückens der Organisationen ist.

Der Werwolf ist jedoch nur ein Teil der verdeckt arbeitenden Untergrundstruktur des Neonazi-Netzwerks. Hinzu kommen Schulungen, die einerseits in den Scharnierorganisationen wie der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) durch Altnazis und andererseits durch einen Teil der verbotenen NF erfolgen, sowie illegale Propaganda, die teilweise aus dem Ausland verschickt wird. Eine verdeckt arbeitende Hintergrundstruktur hält die Fäden in der Hand, leitet sowohl den legalen als auch den illegalen Teil des Netzwerkes an und gibt die politische Richtung vor. Sie soll später den Kern der neuzugründenden Partei bilden.

Trotz aller Vereinheitlichung und Zusammenrücken sind aber alte Widersprüche noch vorhanden, es hängen vorrangig die Nazis aus den einzelnen verbotenen Parteien zusammen und die bundesweiten Strukturen der einzelnen Organisationen werden solange bestehen bleiben, bis sich eine erfolgversprechende Alternative bietet. Dies steht jedoch einem langsamen Zusammenwachsen nicht entgegen, zumal sich die meisten schon lange kennen und mittlerweile eine sehr gute Kommunikation zwischen ihnen besteht. Dies findet seinen Ausdruck zum Beispiel in dem gemeinsamen Aufbau von Infrastruktur, wie Nationalen Infotelefonen (NIT), Mailboxen, Zeitschriften und Versänden. Bereits 1994 hatte Jürgen Rieger in seinem Buch »*Funkenflug*« für die junge Generation der Nazis neu formuliert: weniger auf Parteistrukturen achten, sondern an Projekten arbeiten[3]. Diese Tendenz scheint sich angesichts der Parteiverbote immer mehr durchzusetzen (siehe auch Kasten zu Nazizeitungen), und auf die neu entstehenden Strukturen kommen neue Aufgaben zu. So vermittelt zum Beispiel das NIT Rheinland auf Anfrage interessierte Nazis an Gruppen in ihrer Nähe.

94315 Straubing	95444 Bayreu
	0921/64998
Peter Dehoust	Andreas Hart
Mohrenstr.14	Kettengasse
96450 Coburg	97320 Sulzfe
09561/94596	09321/6693
Kurt Henning	Gerd Honsik
Untere Ettersberg 15	Schelleingas

wie sehr sich legaler und illegaler Bereich überschneiden, zeigt die Führung von Peter Dehoust (Herausgeber von Nation & Europa) auf der NF-Liste

Regionale Zusammenarbeit

Nachdem nahezu alle Parteien des neonazistischen Spektrums verboten sind, findet die öffentliche Propagandaarbeit, Rekrutierung und ähnliches auf regionaler Ebene statt. In einigen Teilen der Bundesrepublik existieren schon seit einigen Jahren

Werwolf

Ein Problem der Nazis in der Werwolfstruktur besteht darin, daß die meisten von ihnen bereits bekannt sind und dies nicht selten im Zusammenhang mit Anschlägen. Dies beweist einerseits die Existenz und Gefährlichkeit dieser Struktur. Andererseits zeigt es, daß es Namen und Adressen gibt, an die wir uns erinnern werden, wenn der Werwolf einmal zum Zuge kommt.

Hier zwei weitere Beispiele von der »Liste 88« der NF (Werwolf):

»Der allseits bekannte Skinhead Dirk Oliver Bollmann aus Scharbeutz taucht nach Angaben des Berliner Antifa-Infoblattes auf einer Mitgliederliste der (...) Nationalistischen Front (NF) vom 15.11.93 auf. (...) Bollmann ist u.a. durch einen Anschlag auf ein AsylbewerberInnenheim in Haffkrug und als Manager und Security-Chef der Fascho-Skin-Band 'Freikorps' aus Reinfeld (...) in die Schlagzeilen geraten.«

aus Antifaschistische Zeitung Lübeck, Nr. 5/95

Hendrik Mühlbach aus Wernigerode fackelte 1993 zusammen mit zwei anderen Nazis einen Tag vor der Eröffnung das einzige alternative Kulturzentrum der Region ab. Die drei wurden von der Polizei geschnappt und wanderten in den Knast.

Mitte letzten Jahres brach Mühlbach mit anderen Häftlingen aus dem Knast



Zeitschriften

Versände

Nationale Infotelephone

Mailboxen

Rechtsbüro

zentrale Infrastrukturelemente des Neonazi-Netzwerkes (Adressenliste aus »Widerstand«)

regionale Zusammenschlüsse der verschiedenen Naziorganisationen. Diese gewinnen nun an Bedeutung und es entstehen neue in vielen Gebieten der BRD. Sie alle übernehmen einen Großteil der Aufgaben, die bisher die Parteien erledigt haben. Bei dieser pragmatischen Zusammenarbeit gibt es keine Berührungsängste mehr, alle Gruppierungen bringen ihre Infrastruktur ein.

Neben den NATIONALEN in Berlin-Brandenburg und dem BUND FRANKENLAND/DEUTSCHER FREUNDESKREIS FRANKEN, die Vorbildcharakter in dieser Entwicklung haben und wo Kader aus FAP, JN, NPD, WIKING JUGEND, NF-Nachfolge, GDNF, DEUTSCHER LIGA und teilweise auch REPUBLIKANER vereint sitzen, gibt es solche Zusammenschlüsse mittlerweile auch in Baden-Württemberg, Südwestfalen, im Raum Bonn (INITIATIVE GESAMTDEUTSCHLAND), im Ostharz (DEUTSCHER FREUNDESKREIS NORDHARZ) und in anderen Gegenden.

Junge Nationaldemokraten

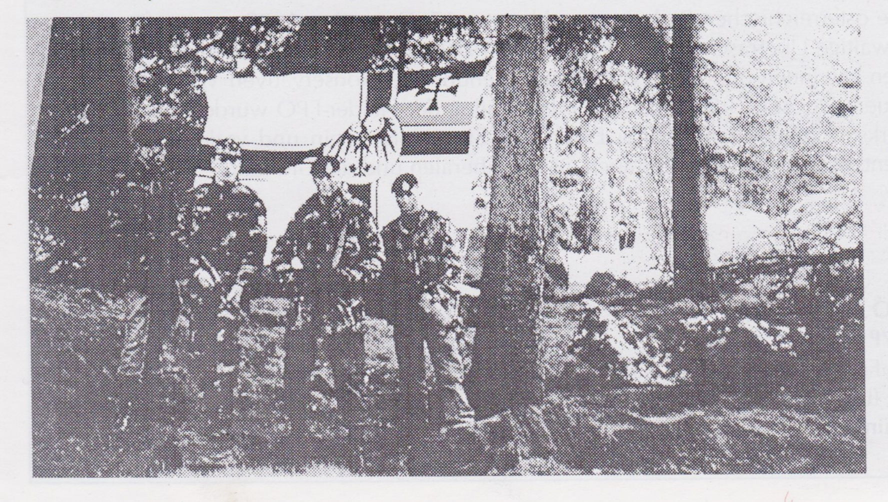
Die Nazis, die sich nicht an der regionalen- oder der Untergrundstruktur beteiligen, gehen verstärkt in die JN. Die letzte legale Partei der jungen Nazis öffnet sich immer mehr[4] und hat ihren Anspruch, ideologische Kaderschmiede zu sein, anscheinend aufgegeben. Sie soll offensichtlich gestärkt werden, da die Nazis in ihrem Konzept auch Parteien benötigen. Als Tochterorganisation der seit Jahrzehnten bestehende NPD ist sie für den Staat schwerer zu verbieten, ohne in Erklärungsnotstand zu geraten.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Nazis die Nachteile, die ihnen aus den Verboten entstanden sind, organisatorisch und in der Struktur schnell und gut aufgefangen haben. Sie haben unter dem entstandenen Druck ihr Netzwerk gestrafft, dessen Organisationsgrad erhöht und gehen geschickt arbeitsteilig vor. Sie wissen, daß ihre »Bewegungszeit« momentan vorbei ist und passen sich dem an. So wird man heute keinen Nazikader mehr an Glatze und weißen Schnürsenkeln erkennen, es sei denn, er ist auf Rekrutierung aus.

Gerade weil ihre Arbeit heute oft in den Hintergrund verlagert ist, gilt es, die Augen offen zu halten. Wenn sie vom Staat gelassen werden und ihre Zeit reif ist, kommen sie wieder, um die Früchte ihrer momentanen Strukturarbeit zu ernten. Es ist zu früh, sie totzusagen. ■

1) Zitate aus: HANS WESTMAR, »*Eine Bewegung in Waffen*«, HORST WESSEL VERLAG 1992
2) Gladio oder auch Stay Behind genannt, existiert(e) seit den 50er Jahren unter Befehl der NATO. Es handelt sich um hauptsächlich unter den Nazis geworbene Terroristen, die im Falle eines Angriffs der Sowjetunion, aber auch im Falle eines Wahlsieges einer linken Bewegung, Terror verbreiten soll(t)en (siehe AIB Nr. 14). Zu dieser Struktur gehören wohl auch die kürzlich in Österreich öffentlich gewordenen geheimen Waffenlager.
3) Z.B. gibt die alte NF-Gruppierung um HARALD MEHR und STEFAN HAASE aus dem Raum Lüdenscheid, die auch den LANDWEHR-VERLAG und den DONNER-VERSAND betreiben, die seit 1995 erscheinende Zeitung »WIDERSTAND« heraus.
4) so erscheint das Organ der JN »EINHEIT & KAMPF« seit der letzten Ausgabe in nahezu doppelter Auflage und wird neben den JNlern JAN ZOBEL und HOLGER APFEL von STEFFEN HUPKA (SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT) und ANDRÉ GOERTZ (ex-FAP) herausgegeben

der Werwolf als Teil der Untergrundstruktur (hier Mitglieder der NF-Nachfolge)



Neue Nazizeitungen als Ausdruck regionaler Organisierung in Franken und Thüringen

Den Nationalen ist es scheinbar gelungen, mit dem JUNGEN FRANKEN und der NEUEN THÜRINGER ZEITUNG zwei weitere Nazizeitungen herauszubringen. Damit verfügen sie über drei Zeitungen, denn schon seit längerer Zeit geben sie die BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) heraus. Das Junge Franken erscheint schon seit geraumer Zeit und wurde von den Nationalen lediglich übernommen. Deren Vorsitzender FRANK SCHWERDT informierte bereits im September 1995 die AbonnentInnen der BBZ darüber, daß bald zwei lokale Ausgaben der Zeitung in Thüringen und in Franken erscheinen würden.

Im Dezember '95 konnte mensch dann aus der Nazi-Zeitung NATION & EUROPA erfahren, daß das Junge Franken zusammen mit seinem Schwesterorgan Neue Thüringer Zeitung neu erschienen ist. Nation & Europa lobt das neue, »*seriösere*« Layout und erklärt, daß die Redaktion der Zeitung bei CHRISTIAN WENDT und TINO BRANDT in »JUNGEN, TALENTIERTEN HÄNDEN« liegt.

Christian Wendt aus Berlin ist stellvertretender Vorsitzender der Nationalen und leitender Redakteur der Berlin-Brandenburger Zeitung. Tino Brandt aus Rudolstadt ist von der ANTI-ANTIFA Ostthüringen und in seiner Gegend für die Nationalen aktiv. Er schreibt in der Berlin-Brandenburger-Zeitung und soll unter dem Namen »Eulenspiegel« Texte für Thule-Mailboxen verfassen. Er gehörte zu den Unterzeichnern der »Pulheimer Erklärung«.

Das Junge Franken hat jetzt, genau wie die Berlin-Brandenburger Zeitung, seine Adresse beim VBR-Verlag in Berlin-Treptow. Alle drei Zeitungen sind professionell aufgemacht und schwer als Nazizeitungen zu erkennen, faschistische Inhalte sind unterschwellig angebracht.



Österreich
Bomben - Wahlen

Sechs Tage vor den österreichischen Parlamentswahlen, am 11. Dezember 1995 schlug die Neonaziterrorgruppe »Bajuwarische Befreiungsarmee – Salzburger Eidgenossenschaft« (BBA) erneut zu. In einem Briefkasten in Graz detonierten zwei Briefbomben. Ein Terrorbrief war für das UN-Flüchtlingskommissariat in Wien bestimmt, der andere an ein ungarisches Postfach eines österreichischen Partnervermittlungsinstitutes. Zwei weitere, intakt gebliebene Bombenbriefe aus dem Postkasten explodierten, als sie von der Polizei nach Wien transportiert wurden.

Laut Innenministerium waren für diese Art der Spurenvernichtung Temperaturschwankungen verantwortlich. Gedacht hatte die BBA diese Bomben für eine in Wien lebende Familie aus Indien und die Mutter der Familie Resetarits. Sie und ihre Söhne, besonders der in Österreich populäre Sänger Willi (»Ostbahn Kurti«) setzen sich seit Jahren für Flüchtlinge ein. Für dieses Engament wurden die Familie bereits in einem Schreiben der BBA gewarnt und von Jörg Haider attackiert. Antifaschistische BeobachterInnen gehen davon aus, daß die BBA selbst für die vorzeitigen Explosionen sorgte, denn neuerliche Opfer hätten der FPÖ sicherlich mehr Stimmen gekostet. Das Kalkül der Neonazis ging auf, während des Wahlkampfes spielte diese Briefbombenserie keine Rolle. Jörg Haider, laut Gerichtsurteil der »Ziehvater des rechtsextremen Terrors«, kam wieder einmal ungeschoren davon und die BBA konnte das Medienecho als Propagandaforum nutzen.

Spuren nach Deutschland

Bereits Anfang Dezember 1995 berichtete die österreichische Tageszeitung »Der Standard« über eine »wirkliche heiße Spur« zur BBA. Die Terrorfahnder fanden sie in der in München herausgegebenen Zeitschrift »Vorderste Front (3/1992)« des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« (NHB).

Dort erschien im Herbst 1992 ein namentlich nicht gekennzeichneter Artikel über »Die deutsche Frage in Österreich«. Ähnlich wie in den Bekennerschreiben der BBA wird darin ein ausführlicher historischer Überblick über die Bajuwaren vermittelt und die »Bajuwarische Einheit«, der Anschluß Österreichs an Deutschland gefordert. Zusätzlich widmet sich der Artikel dem »nationalistischen Kampf im Zeichen verschärfter Repression«. Demzufolge sei »sinnvolle politische Arbeit für Nationalisten« in Österreich nur mehr im Untergrund möglich. Der Autor warnt AktivistInnen davor, »weitere fünf Jahre durchzuhängen«, da es »fünf verlorene Jahre für das Volk« sein würden. »Wichtigstes Gebot jedweder Untergrundarbeit ist konspiratives Verhalten um jeden Preis«. Ziel: »Den Staat aus der Reserve locken«. Was in der Folge im Detail über Zellenbildung und Kommunikationsstrukturen geschildert wird, dürfte weitgehend auf die Struktur der erst ein Jahr später in Erscheinung tretenden BBA zutreffen. Laut »Standard« könnte der Verfasser des Artikels »in engem Zusammenhang mit jenem Täterkreis stehen, der seit zwei Jahren in Österreich Bomben legt und verschickt.«

Als mutmaßlichen Autor dieses Textes vermutete die Wiener Antifa-Zeitschrift »Lotta Dura«, die bereits im April vergangen Jahres über den Artikel berichtete, den ehemaligen Anführer der verbotenen österreichischen Neonazitruppe »Aktion Neue Rechte« (ANR) - DR. BRUNO HAAS. Dieser saß 1984 gemeinsam mit GOTTFRIED KÜSSEL und dem deutschen Neonazi-Terroristen EKKEHARD WEIL im sogen. »Wiener ANR-Prozeß« auf der Anklagebank und wurde zu einer 9-monatigen Bewährungsstrafe wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt. In der Vorläuferzeitung der »Vordersten Front« dem »NHB-Report« zählte Haas, wie auch der FPÖ-Vordenker ANDREAS MÖLZER, zur AutorInnenschaft. In den letzten Jahren trat Haas mehrmals bei Veranstaltungen der »Jungen Nationaldemokraten« (JN), deren

FPÖ beendet ihren Höhenflug

Die österreichischen Parlamentswahlen am 17. Dezember 1995 sorgten für einige gewaltige Überraschungen. Erstmals seit 1979 konnten die Sozialdemokraten Stimmen gewinnen und ihren Vorsprung gegenüber der konservativen Volkspartei ausbauen. Der seit 1986 andauernde Höhenflug der Haider-FPÖ wurde gestoppt. Die stärkste rechtsextreme Partei Europas büßte Stimmen ein und verlor zwei Parlamentssitze. Verluste gab es auch für die Liberalen und die Grünen.

	Wahlen 1995		Wahlen 1994
SPÖ (Sozialdemokraten):	1.786.960 Stimmen;	38.32%	(34.9%)
ÖVP (Konservative):	1.319.504 Stimmen;	28.30%	(27.7%)
F (»Freiheitlichen« - Faschisten) :	1.029.550 Stimmen;	22.08%	(22.5%)
LIF (Liberalen):	246.341 Stimmen;	5.28%	(6.0%)
Grüne:	213.038 Stimmen;	4.57%	(7.3%)

Kader auch den NHB leiten, als Hauptreferent auf. Zusätzlich war/ist der Jurist als Rechtsberater der österreichischen Neonazi-Terrorgruppe VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition) zu Diensten.

In der aktuellen Ausgabe der »Vordersten Front (6/1995)« beschäftigt sich die NPD Jugend-/StudentInnenabteilung wieder mit Österreich. Im Vorwort wird JÖRG HAIDER als der »einzige deutsche politische Führer, dem man guten Gewissens die Regierungsverantwortung wünschen kann« gelobt und gehofft, daß es ihm gelingt »1998 den österreichischen Lizenz- und Mauschelparteien die Regierungsmacht zu entreißen.« Bei soviel Hoffnung und Freude, können die Neonazi-Dumpfbacken (natürlich) nicht auf Eigenlob verzichten. Mit Hinweis auf ein Interview, daß Haider dem NHB-Report 1985 gewährte, prahlen sie, der NHB hätte ihn schon damals als »Mann mit Zukunft erkannt«.

Ein Interview mit einem Mann mit Vergangenheit findet sich ebenfalls in dieser Ausgabe der »Vordersten Front«. Darin plaudert der italienische MSI-Europaparlamentsabgeordnete PINO RAUTI aus dem Nähkästchen. Der ehemalige Führer der Geheimdienst- und Faschistenterrorgruppe »Ordine Nuovo« (Neue Ordung) gilt als einer der Väter der »Strategie der Spannung«, der in Italien in der 70er und 80er Jahren hunderte von Menschen zum Opfer fielen. Mit blutigen Terroranschlägen, wie etwa auf den Bahnhof von Bologna, wollten Rauti und seine Spießgesellen den Staat destabilisieren und getreu ihrem Motto »Alle Macht den Rechten« eine Diktatur errichten. Ein Konzept auf das offensichtlich auch die österreichische BBA setzt. ■

Heiße - Spuren



Anleitung zum Terror in der »Vordersten Front«

»Wichtigstes Gebot jedweder Untergrundarbeit ist KONSPIRATIVES Verhalten um jeden Preis. Konkret heißt dies: Keine Weitergabe von Informationen über Telefon oder Postweg, es sei denn verschlüsselt, aber auch nur an Leute, die schon von der STAPO (Anm.: Österreichische Staatspolizei) erfaßt sind; keine Bekanntmachung von Aktivisten, außer einigen wenigen führenden Kadern, deren Identität sowieso nicht geheimzuhalten ist; Zugang zur Mitgliederkartei nur für einen Kreis von Führungsleuten; Organisation nach dem Zellenprinzip, also autonome Kleingruppen, deren einfache Mitglieder nur die Mitglieder ihrer eigenen Zelle kennen; Aufnahme in die innere Organisation nur nach längerem Auslese- und Beobachtungsprozeß. Insbesondere das Zellenprinzip macht es in Verbindung mit eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten notwendig, daß die Teileinheiten weitgehend autonom arbeiten und einmal gestellte bzw. selbst gestellte Aufgaben auch alleine bis zum Ziel weiterverfolgen. Dies setzt wiederum einen hohen Anteil an kaderfähigem Personal und einen weitgehenden Verzicht auf die Einbindung der sogenannten Basis voraus. Statt dessen sollte man lieber versuchen, sich als Fraktion in den zahlreichen vorhandenen Vorfeldorganisationen des nationalen Lagers zu etablieren, um diese zu radikalisieren. ...«

Dr. Bruno Haas, ehemaliger Anführer der verbotenen österreichischen Neonazigruppe »Aktion Neue Rechte«

Alljährlich im Oktober treffen sich am kärntner Ulrichsberg Neo- und Altnazis, Militaristen und hochrangige österreichische Politiker, wie etwa der konservative Verteidigungsminister Werner Fasselabend, um einem 1919 durchgeführten Grenzkrieg gegen Slowenien zu gedenken. Zeitgleich führen rechtsextreme Gruppierungen eigene, nicht öffentliche Treffen durch – mit dabei Jörg Haider.

Haider vor Altnazis: »Wir sind geistig überlegen«

Am 14. Dezember strahlte der deutsche TV-Sender ARD ein Amateur-Video aus, das den FPÖ-Führer Jörg Haider als Gastredner bei einer Veranstaltung ehemaliger SS-Männer zeigt. Diese in ihren Heimatländern zum Teil wegen schwerster Kriegsverbrechen verurteilten Nazis spricht Haider im Oktober 1995 im Kärntner Krupendorf als seine »lieben Freunde« an. Er freue sich, »daß es in dieser Welt einfach noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und dieser Überzeugung bis heute treu geblieben sind«. Das sei eine Basis, die »auch an uns Junge weitergeben wird«, denn: »Ein Volk, das seine Vorfahren nicht in Ehren hält, ist sowieso zum Untergang verurteilt.« Man werde noch beweisen, »daß wir nicht umzubringen sind und daß sich Anständigkeit in unserer Welt allemal durchsetzt, auch wenn wir momentan vielleicht nicht mehrheitfähig sind. Aber wir sind geistig den anderen überlegen«.Nach der Ausstrahlung des Videos verteidigte Haider seine Rede und meinte die Waffen-SS sei ein Teil der Nazi-Wehrmacht gewesen.

Jörg Haider bei seinen Waffen-SS Brüdern



Die israelitische Kultusgemeinde zeigte sich über Haiders Worte erschüttert. »Der Ziehvater des Rechtsextremismus« stehe trotz »größtem Gegenwind weiter zu seiner Überzeugung«. Der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums, Simon Wiesenthal, wies Haiders Aussage, die Waffen-SS sei ein Teil der Wehrmacht gewesen, zurück. Es habe sich um eine »Mordbrigade« gehandelt. Die Reaktionen der demokratischen Politiker reichten von Empörung der konservativen Volkspartei über Rücktrittsaufforderungen der Sozialdemokraten (»Ein Nazi-Wiederbetätiger hat im Parlament nichts verloren.«) bis hin zu einer Anzeige der Grünen. Gegen Haider wird nun wegen Verdachtes der NS-Wiederbetätigung ermittelt. ■

Der Hans-Münstermann-Gedenkmarsch

oder: »Tod eines Aschaffenburger Rassisten«

Am Rosenmontag 1993, dem 22.Februar, wurde im Verlauf einer Schlägerei in der Aschaffenburger Innenstadt der 20jährige HANS MÜNSTERMANN durch Messerstiche getötet. Da der Täter als »*Südosteuropäer*« beschrieben wurde, durchsuchten Polizei und Bundesgrenzschutz teilweise zweimal alle Flüchtlingsunterkünfte in Aschaffenburg und nahmen ca. 20 »Tatverdächtige« fest. Während Lokalpresse, Radio und Fernsehen von Mord sprachen, mußte das Gericht den Täter, einen Asylantragssteller aus Albanien, wegen erwiesener Notwehr freisprechen. Nach Rekonstruktion der Geschehnisse ergab sich folgendes Bild der »*Massenschlägerei zwischen Deutschen und Ausländern*«:

Ca. 20-25 deutsche Jugendliche, darunter der als rassistischer Schläger bekannte Kick-Boxer Hans Münstermann und sein Freund ROBERT ILIAZOVIC, ehemaliger Kreisvorsitzender der FAP in Aschaffenburg, schlugen mit Holzlatten und Pflastersteinen auf fünf albanische Flüchtlinge ein. Nachdem einer der Flüchtlinge schwer verletzt wurde (Nasenbein- und andere Brüche), stieß er mit einem Messer, das einem der Faschos gehörte, nach Münstermann und traf ihn tödlich.

1993 – Erster Marsch: Schulterschluß

Am darauffolgenden Samstag, dem 27.Februar versammelten sich rund 800 Menschen aus Aschaffenburg und Umgebung zu einer »*Lichterkette gegen Deutschfeindlichkeit*« mit anschließendem Trauermarsch und Fackelzug. Aufgerufen hatten die »*Eltern und Freunde von Hans*«, die sich verbal gegen »*rechtsradikale Tendenzen*« abgrenzten und der »DEUTSCHE FREUNDESKREIS« (DF), bestehend insbesondere aus Mitgliedern von FAP, WIKING JUGEND und NPD /JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN.

Gemeinsam marschierten etwa 400 »normale« RassistInnen wie der CSU-Promi MANFRED CHRIST und ungefähr gleichviele Nazis und Hools wie AXEL SCHUNK und FALCO SCHÜßLER gemeinsam durch die Innenstadt.

1994 – Zweiter Marsch: Trauriger Haufen

Am nächsten Jahrestag mobilisierten lediglich NPD und JN über ihren Freundeskreis »EIN HERZ FÜR DEUTSCHLAND« auf Flugblättern und per Zeitungsannonce im Landkreis Aschaffenburg-Miltenberg. Anmelder war KLAUS BEIER. Das Ergebnis war mit ca. 30 JN-AktivistInnen, bgleitet von 50 Zivi-Cops eher lächerlich.

1995 – Dritter Marsch: Festung Aschaffenburg

Im letzten Jahr gab es regionale Mobilisierung. Hingegen wurde beim NATIONALEN INFOTELEFON FRANKEN (NIT) zum Münstermann-Gedenkmarsch 1995 aufgerufen. Dort wurde behauptet, Münstermann sei Aktivist der JN gewesen. Ebenso wurde in Hamburg und Berlin mobilisiert.

Die Stadt Aschaffenburg überlegte erst, die von der NPD angemeldete Demo zu verbieten, erlaubte sie dann allerdings unter solch strengen Auflagen wie einem Teilnahmeverbot für GÜNTHER DECKERT (NPD-Vorsitzender) und JENS PÜHSE.

Ab ca. 17 Uhr war die Innenstadt von Unterstützungskommandos (USK, für ihre Brutalität bekannte, bayerische Polizeispezialeinheiten) und Bereitschaftspolizei belagert, Absperrgitter wurden in der Fußgängerzone aufgebaut. An allen Einfallstraßen wurden Vorkontrollen errichtet, in denen ganze acht Nazis hängenblieben. Gefunden wurden CS-Gas, Elektroschockgeräte und Baseballschläger. An vielen Kreuzungen der Innenstadt standen Fascho-Ordner mit Handys und Funkgeräten, teilweise mit USKlern im Gespräch. Ein Teil dieser Ordner gehörte der NF-Kameradschaft Freising an (so Jens Phüse und WILHELM STRAUBINGER).

Die aus dem gesamten Bundesgebiet ankommenden Nazis wurden zu den Absperrgittern geleitet, wo sie nach einer Personalien-Überprüfung durchgelassen



oben: ***Michael Petri***
unten links: ***Axel Schunk***
unten mitte: ***Jens Pühse***
unten rechts: ***Kai Dalek***







wurden. Nazis mit Ordnerbinden wurden nicht überprüft, wie z.B. ACHIM EZER und MICHAEL PETRI, der mit seiner Freundin MELANIE (ANTI-ANTIFA-Funktionärin) angereist war.

Die Autos wurden – von USK und Hundestaffeln bewacht – in Parkhäusern untergebracht (Autonummerauswahl: Dortmund, Borkem, Gelsenkirchen, Gießen, Jena, Leipzig, Rudolstadt, München, Nürnberg, Bayreuth, Frankfurt, Hanau).

Gegen 18 Uhr begann eine kurze Demo durch die Fußgängerzone, angeführt von Michael Petri und KAI DALEK und einem Transparent: »*Hans ist tot, kein Vergeben kein Vergessen, niemals!*«.

An der Demo nahmen 120 Nazis teil. Unter Ihnen befanden sich allerdings kaum Faschos aus der Region, augenommen WERNER FLECKENSTEIN, JÜRGEN SCHWAB und MARKUS SCHWINGER. Dafür wurde Prominenz der bundesweiten Naziszene gesichtet, wie z.B. AXEL MICHAELIS (JN-Pommersfelden), KARL WEISE (Duisburg), HANS SCHIEFER (Ochsenfurt) oder HOLGER APFEL (JN-Bundesvorsitzender).

Über Mund-zu-Mund-Propaganda wurde zu offensivem Vorgehen gegen den Nazi-Auftritt mobilisiert. Das Ziel, die Ordnungshüter aus einer Auseinandersetzung mit den FaschistInnen herauszuhalten, scheiterte an der massiven Präsenz der Grünuniformierten aus Sorge um die Faschos und den bayerischen Ruf. Überraschenderweise kamen rund 70 Leute aus unterschiedlichen Spektren zum angekündigten »Faschingsumzug«. Etliche Personen bekamen gleich mehrfache Platzverweise (fürs komplette Stadtgebiet). Zu kurzem Hunde- und Schlagstockeinsatz kam es, als mittels Trillerpfeifen und »Nazis-Raus«-Rufen versuchte wurde, das Absingen aller drei Strophen der Nationalhymne zu verhindern. Danach aber wurde der Abend noch recht sehr erfreulich – zu Ungunsten der Nazis! Das Ziel des Abends war, den Faschos zumindest die Heimreise zu erschweren und ihnen zu zeigen, daß öffentliche Demos unangenehme Folgen für sie haben können. Da etliche Faschos auf einen »geselligen Kameradschaftsabend« hofften, andere sich auf einen »Aktionsabend« eingestellt hatten (sie ließen sich »deutschfeindliche Ziele« zeigen), versuchten sie ihren Bewachern und Beschützer in Grün zu entkommen.

Aufgrund der breiten Mobilisierung nahmen recht viele Menschen an dem Spiel »Nazis vertreiben« teil. Der größte Teil der zurückgebliebenen Faschos – etwa 30 an der Zahl – dürfte den Abend nicht gut verdaut haben. Es zeigte sich, daß das hohe Aufgebot von insgesamt 500 USK- und Bereitschaftspolizisten nicht in der Lage war, dezentrale Aktionen gegen Faschos oder deren Fahrzeuge zu verhindern.

Nachdem gegen ein Uhr die letzten der angereisten Faschos die Heimfahrt antraten, sollen noch einige ihrer Autos unterwegs liegengeblieben sein.

1996 – Vierter Marsch ??

Auf Basis der Erfahrungen des letzten Jahres soll ein Münstermann-Trauermarsch 1996 nicht zugelassen werden. Da von rechter Seite bundesweit mobilisiert wird, fordern Aschaffenburger Gruppen alle AntifaschistInnen auf, sich an den Aktionen gegen den Marsch zu beteiligen. Als Termin ist der 25.Februar angesetzt. Geplant ist bisher eine regionale Demo mit anschließendem Konzert, um den Abend zu überbrücken.

Desweiteren organisieren verschiedene Leute antifaschistische Straßenfeste und Straßenmusik an allen möglichen Ausweichterminen. ■

Am Hans Münstermannmarsch beteiligte Personen

- **Klaus Beier**
JN/NPD-Kreisvorsitzender in Aschaffenburg/Miltenberg, Bezirksvorstand Unterfranken, Bund Frankenland, Anmelder der geplanten Rudolf-Hess-Märsche 1995 in Fulda und Wunsiedel, Organisator von Deutschlandtreffen der NPD in Karlstadt und des Kongresses der nationalistischen Jugend in Europa, Deutscher Freundeskreis Franken
- **Jürgen Schwab**
Bund Frankenland, Deutscher Freundeskreis (DF), ehemals Republikaner und Nationale Offensive, Schriftleiter des Jungen Franken, Autor in Nation Europa, Deutsche Rundschau, Junge Freiheit, Deckname »Amor«
- **Kai Dalek**
»Geschäftsführer der GdNF«, Layouter des Einblicks, Thule Mailbox, Frankenrat, DF
- **Achim Ezer**
JN-Vorsitzender NRW, Ordnerleiter beim Deutschlandtreffen der NPD, Autor in Einheit und Kampf
- **Peter Marx**
Fraktionsvorsitzender der NPD in Frankfurt am Main, Spitzenkandidat der NPD Landtagswahl in Sachsen 1990
- **Holger Apfel**
Bundesvorsitz JN, Landesvorsitz Niedersachsen, Redakteur von Einheit und Kampf
- **Michael Petri**
GdNF Mainz, Einblick, NIT Mainz, ehemals Deutsche Alternative, Vorsitzender der Deutschen Nationalisten, ehemals Aktionsfront Nationaler Kameraden
- **Falco Schüßler**
DF, Frankenrat, ehemals Wiking Jugend, Ex-Vorsitzender der FAP in Bayern, JN
- **Jens Pühse**
ex-NF Freising, JN, Blitzversand, »Tonträgervertrieb Jens Pühse«
- **Markus Schwinger**
REP Bezirksverband Unterfranken
- **Werner Fleckenstein**
Naziskin, Schläger, ehemals FAP, während eines JN-Aktionstages trieb er drei Menschen in den Main
- **Axel Schunk**
Ex-WJ-Gauführer und WJ-Bundesfahrtenleiter, NPD-Bezirksverband, Huttenbriefe
- **Gerhard Bucka**
JN, GdNF
- **Max Härtel**
JN, Bund Frankenland
- **Manfred Christ**
CSU Landtagsmitglied (MdL), Oberbürgermeisterkandidat Aschaffenburg, aufgefallen durch rassistische Hetze
- **Udo Voigt**
NPD Landesvorsitzender Bayern
- **Karl Weise**
- **Michael Pümmer**
- **Rolf Giesmann**
- **Hans Schiefer**
- **Uwe Meenen**
- **André Goertz**
Mitherausgeber von »Einheit & Kampf«, Ex-Landesvorsitzender HH der verbotenen FAP, Burschenschaft »Germania«, NIT-HH

Berlin

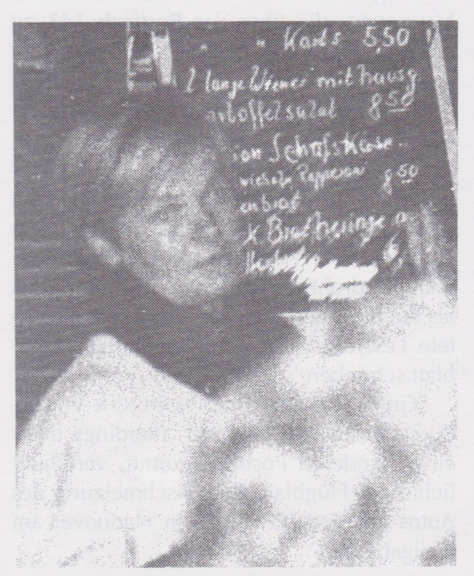
Runder Tisch mit breitem Spektrum

Für den 20.11.95 hatte PETER DEHOUST im Namen von NATION & EUROPA zu einem »Runden Tisch« in Berlin eingeladen, bei dem KARL RICHTER (DEUTSCHE LIGA) referierte.

Der Einladung, die nur verschickt und nicht öffentlich gemacht worden war, folgten neben dem von Runden Tischen in anderen Städten bekannten Publikum auch viele militante Nazis. So tummelten sich in »FALKOS SCHWABENSTUBEN« ab 19.00 Uhr sowohl bekannte REP-Funktionäre wie SASCHA KARI aus Neukölln, FRANK SEIFERT (Landesvorsitzender der REPUBLIKANISCHEN JUGEND) aus Tiergarten und RITA BOENISCH aus Spandau, als auch führende Militante wie DETLEF CHOLEWA und TINO STANGE (beide KAMERADSCHAFT TREPTOW) und CHRISTIAN WENDT (DIE NATIONALEN). Ebenfalls wieder aufgetaucht ist zu diesem Anlaß der länger in der Versenkung verschwundene NSDAP-Kader LUTZ SCHILLOCK.

50 Antifas, die den Veranstaltungsort blockierten, wurden von der Polizei vertrieben; es gab einige Festnahmen. Dennoch konnte ihre Anwesenheit einige Nazis dazu bewegen, von einer Teilnahme an der Veranstaltung Abstand zu nehmen und einige Fahrzeuge der Nazis wurden »tiefergelegt«. Die Veranstaltung konnte leider trotzdem stattfinden.

Die Kneipe Schwabenstuben in der Schöneberger Hauptstraße 70, deren Betreiber MICHAEL FALKO ist, ist für Nazitreffen hinlänglich bekannt. Neben Burschenschaften treffen sich hier auch desöfteren das HOFFMANN-VON-FALLERSLEBEN-BILDUNGSWERK,(HvFB) die BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN und Nachfolgeorganisationen der verbotenen NF.





oben: Rita Boenisch (auch HvFB) beim Runden Tisch
mitte: der Schutz
unten: Michael Falko, Betreiber der Schwabenstuben



Prozeß gegen Berliner Nazi-Führungsriege

Momentan wird der Prozeß gegen die am 13.8.94 bei ARNULF PRIEM festgenommenen Nazis verhandelt. Damals fand eine Antifa-Demo zu Priems Haus statt, die allerdings von der Polizei nicht bis dorthin gelassen wurde. Die Nazis hatten sich dennoch bei Priem versammelt und konnten es nicht lassen, vom Dach mit Zwillen auf ein Kamerateam zu schießen. Die Polizei stürmte das Haus und nahm 16 Nazis fest. Das Verfahren der sechs minderjährigen Beschuldigten (u.a. OLIVER WERNER, der mittlerweile in U-Haft sitzt) wurde abgetrennt und wird später verhandelt.

Im gerade stattfindenden Verfahren sind angeklagt: KAY DIESNER, WOLFGANG KAISER, MATTHIAS RIDDERSKAMP (BUND VATERLANDSTREUER VOLKSGENOSSEN, arbeitete eng mit Schweigert zusammen), MIKE SCHILDT, HAN-JÖRG RÜCKERT (NSDAP, BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN), KATRIN MAUT (Freundin von Schweigert), ENNO GEHRMANN (Führungskader der Sozialrevolutionären Arbeiterfront), SUSANN STARKE, MARCUS BISCHOFF (FAP, NS-DENKZETTEL), OLIVER SCHWEIGERT (Berliner Führungskader der verbotenen FAP), MATTHIAS MORELL, MARCO LAU, HEINRICH AXT, DETLEF CHOLEWA (KAMERADSCHAFT TREPTOW). Die Anklage lautet auf *»Bildung eines bewaffneten Haufens«*, was eine Höchststrafe von einem Jahr Gefängnis bedeuten kann. Und das obwohl auf dem Dach Steinhaufen, Zwillen, Stahlkugeln und Molotow-Cocktails gefunden wurden.

Auf den gut gefüllten Zuschauerbänken findet sich fast alles, was in der Berliner Naziszene Rang und Namen hat und feixt gemeinsam mit den Angeklagten über den Richter und den zu erwartenden glimpflichen Ausgang des Prozesses.

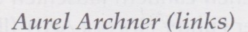
Faschistischer Multifunktionär in Freiwilliger Polizeireserve

Wie Anfang des Jahres durch eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus herauskam, ist der 35jährige AUREL ARCHNER Mitglied der Freiwilligen Polizeireserve Berlins (FPR).

Archner, der pikanterweise Nachbar des Regierenden Bürgermeisters Diepgen ist, war nicht nur Direktkandidat für die REPS in Schöneberg bei der Abgeordnetenhauswahl '95, sondern ist auch Landesvorsitzender der UNABHÄNGIGEN ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS (UÖD), einer Rechtsabspaltung der ÖDP. Desweiteren schreibt er in der Schülerzeitung der JN DENKZETTEL, fungiert als V.i.S.d.P. für Flugblätter der JN und NPD und ist auf Veranstaltungen des HOFFMANN VON FALLERSLEBEN BILDUNGSWERKES (HvFB) und der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN (BKP) anzutreffen.

Seit 1993 verbringt er außerdem seine Zeit damit, unter dem Namen PROFIT MARKETING WERBEAGENTUR faschistisches Propagandamaterial herzustellen und in großem Stil – oft unaufgefordert – zu vertreiben. In diesem Rahmen übernahm er auch Arbeiten für die rechtsextreme Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT.

Die FPR war bereits 1993 in die Schlagzeilen gekommen als sich herausstellte, daß sich dort jede Menge Waffenfanatiker, Kriminelle und Neonazis tummeln. Eine Über-



Aurel Archner (links)



prüfung der Mitglieder, die statt der eigentlich nötigen Auflösung angesetzt wurde, zeitigte offensichtlich keinen Erfolg.

Gaibach

»2. Europäischer Kongreß der Jugend« der Jungen Nationaldemokraten

Am 16.12.95 fand in Gaibach im Kreis Bamberg der von den Jungen Nationaldemokraten (JN) konspirativ organisierte Kongreß statt.

Ca. 200 TeilnehmerInnen aus einigen europäischen Ländern lauschten den Elaboraten ihrer Führer Holger Apfel (JN-Bundesvorsitzender), Udo Voigt (NPD-Bayern), Mladen Schwartz (»Neue Kroatische Rechte«), Tim Mudde (CP '86 aus den Niederlanden) und anderen.

Am Abend gab der WJ-Jammerbarde Frank Rennicke sein Geheul zum Besten. Nichts Neues also...

Göppingen

Jungnazi verurteilt

Der Göppinger Neonazi Alexander Larrass (19) wurde am 26.Oktober 1995 vom Göppinger Jugendschöffengericht zu einem Jahr Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Zusammen mit zwei weiteren Neonazis (einer davon ist mittlerweile aus der Szene ausgestiegen, der andere ist Markus Walter aus Pirmasens) verwüstete Larrass im Dezember 1994 den jüdischen Friedhof im Göppinger Stadtteil Jebenhausen.

Larrass und Walter sind beide in der Aktion Sauberes Deutschland (ASD) organisiert, einer Gruppierung des Weidenthaler Neonazis Ernst Tag. Im Mai letzten erklärte Larrass seinen Austritt aus der »rechten Szene«, was offensichtlich nur dazu diente, vor Gericht mit einem milderen Urteil davonzukommen. Während der Gerichtsverhandlung saßen einige Neonazis im Publikum und Larrass griff einen Fotografen der Lokalzeitung tätlich an.

Halbe

Erneutes Fiasko für Heldengedenker

Wie in den Vorjahren mißlang auch 1995 der Versuch militanter Naziorganisationen (u.a. NF und WJ), am *»Heldengedenktag«* einen Aufmarsch auf dem Soldatenfriedhof bei Halbe in Brandenburg durchzuführen. Nach längerem juristischen Hick-Hack verbot das Oberverwaltungsgericht letztendlich den von der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen angemeldeten Aufzug wegen *»Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung«* und so schickten am 19.11. über 1000 Polizisten die angereisten Nazis zurück.

Der Aufmarsch glückte letztmals 1991, als ca. 600 Nazis – vor allem Kader – in Reih und Glied mit Fackeln durch die Landschaft marschierten. Der Versuch der Nazis, am Volkstrauertag nicht nur einen pompösen Aufmarsch, sondern auch ein Treffen hochkarätiger Nazis aus ganz Deutschland zu etablieren, kann wohl als gescheitert betrachtet werden.

Naumburg / Saale

Sehr aktive Anti-Antifa-Gruppe

Seit die hinlänglich bekannten Neonazis Ilias Casteas und Sascha Chaves-Ramos, die unter anderem führend bei den Deutschen Nationalisten mitmischten, aus der Rhein/Main-Region nach Naumburg in Brandenburg gezogen sind, agiert dort eine auffällig aktive Anti-Antifa-Infogruppe Naumburg, die über das Postfach 141 zu erreichen ist und auch als Revolutionäre Nationalisten auftritt.

Die Gruppe meldete unter anderem zwei Kundgebungen an, die jedoch beide verboten wurden, und produzierte Flugblätter gegen die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke und den Grünen-Abgeordneten Cem Özdemir mit Adressen und Telefonnummern. Bedroht werden sowohl SchülerInnen als auch BürgerInnen, die gegen sie gerichtete Leserbriefe an das Naumburger Tageblatt schrieben.

Ein Arbeitskreis gegen politische Verfolgung aus Naumburg, der allerdings unter einem anderen Postfach auftritt, veröffentlichte ein Flugblatt zur Einschmelzung des Autos von Steffen Hupka in Hannover am Heilgabend.

Northeim

Erneutes Konzert bei Heise verhindert

Eine Wiederholung des Spektakels vom 21.Oktober 95, als ca. 1000 Nazis beim niedersächsischen Landesvorsitzenden der mittlerweile verbotenen FAP, Thorsten Heise, feierten, konnte im Vorfeld verhindert.

Heise wollte am 16.12.95 erneut ein Konzert veranstalten, diesmal unter anderen mit No Remorse aus England. Der Autonomen Antifa (M) gelang es durch rechtzeitiges Öffentlichmachen dieses Vorhabens, ein Verbot der Veranstaltung zu provozieren. Außerdem hatte ein Bündnis aus Autonomen, GewerkschafterInnen, PDS, Grünen und anderen für den 16.12. zu einer Blockade vor Heises Haus aufgerufen, an der sich ca. 100 Menschen beteiligten.

Berichtigung zur Nr. 32

Bei dem Redner auf dem Bundeskongreß der JN in Sachsen-Anhalt handelte es sich nicht um Bruno Vogt, sondern um Udo Voigt, den NPD-Landesvorsitzenden von Bayern.



Bonn

Auferstanden aus Ruinen

Seit Oktober 1984 hatte es kein Antifa Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg mehr gegeben. Grund war ein Brandanschlag am 22. Dezember 1994, der das Büro der Antifa Bonn/Rhein Sieg und anderer Gruppen zerstörte. Fast ein Jahr nach dem Anschlag, im Dezember letzten Jahres, erschien nun das *Antifa Jugendinfo* wieder. Im Vorwort heißt es, die Krise sei überwunden, *»und wir hoffen, von nun an wieder in alter Stärke zu erscheinen, zum Leidwesen von Faschos, Bullen und dem internationalen Monopolkapital (Höhöhö)«*.

In jedem Fall werden aber noch Spenden für die »Auferstehung aus Ruinen« benötigt.

Spendenkonto: T.Glander, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 4793 28-501, Stichwort »Feuer und Flamme«

Hagen

Waffen SS-ler geoutet

Ungestört wohnte HUBERTUS BIKKER über Jahre hinweg in der Dickenbruchstraße 77. Doch am 4. November letzten Jahres war es mit der Ruhe für den ehemaligen Waffen SS-ler vorbei. Etwa 150 holländische und deutsche AntifaschistInnen rissen den über 80jährigen aus seiner Anonymität, machten die Nachbarschaft auf ihn aufmerksam.

Bikker, auch als »Henker von Ommen« bekannt, war als Angehöriger der Waffen-SS Wächter im Lager »Erika« im niederländischen Ommen gewesen. Dabei tat er sich durch besondere Brutalität hervor, unter anderem bei der Suche nach sogenannten Underduikers (Untergetauchten). 1949 wurde Bikker von einem niederländischen Gericht wegen Mord und unzähligen Mißhandlungen zum Tode verurteilt, was jedoch später in lebenslange Haft umgewandelt wurde.

Am 26. Dezember 1952 gelang dem Waffen-SS'ler die Flucht, woraufhin er sich sofort in die Bundesrepublik begab. Hier kam er mit zehn Mark Geldbuße wegen illegalen Grenzübertrittes davon. Seine Auslieferung an die Niederlande wurde abgelehnt, schließlich hatten im Mai 1943 per Führererlaß alle Angehörigen der Waffen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und Deutsche werden nicht ans Ausland ausgeliefert. Ein Dortmunder Gericht sah 1957 »zu wenig Beweise« für eine Verurteilung Bikkers. Seitdem wohnt er in aller Ruhe im nordrhein-westfälischen Hagen, wo er heute seine Rente aus einer Tätigkeit als Hausmeister und Nachtwächter bei der Firma Nord-West bezieht.

»Autonome AntifaschistInnen in Erinnerung an Hannie Shaft«* erklärten in einem während der Demo verbreiteten Flugblatt: *»Wir sind heute hier zusammen mit holländischen AntifaschistInnen, um dem Nazimörder und Kriegsverbrecher keine Ruhe zu lassen und seine Nachbarn und Bekannten in dieser Stadt über das 'Vorleben' des Herrn zu informieren«.*

* Hannie Shaft bildete zusammen mit Freddie und Truus Oversteegen eine Gruppe, die bewaffnet gegen deutscehe Besatzer, Gestapo und den Sicherheitsdienst der SS vorging. Am 26. März 1945 wurde sie verhaftet und von Bikkers Kameraden tagelang gefoltert. In den Dünen von Bloemendaal wurde Hannie Shaft am 17. April 1945 erschossen.

Hamburg

»Archiv der sozialen Bewegungen« vernichtet

Am 28.11.1995 um 2.30 Uhr wurde von AnwohnerInnen ein Feuer im Obergeschoß der Roten Flora entdeckt. Das Feuer war im »Archiv der sozialen Bewegungen« ausgebrochen und breitete sich schnell auf den gesamten Dachstuhl aus, der völlig zerstört wurde. Erst um 8 Uhr morgens war das Feuer gelöscht.

Das Archiv ist völlig zerstört und ausgebrannt. Somit sind die Sammlungen von Flugblättern, Zeitungsausschnitten, Broschüren und Plakaten der undogmatischen Linken seit 1986 bis heute, das Ergebnis achtjähriger Sammel- und Sichtungsarbeit, vernichtet. Lediglich einige Zeitungen in Boxen sowie Doppelexemlare in einem angrenzenden Lagerraum haben das Feuer überstanden, wurden aber durch Löschwasser beschädigt. Neben der gesamten Einrichtung und den technischen Geräten hat auch das FotoArchivKollektiv alle Kontaktabzüge und die Systematik verloren; von einem Teil der Fotos existieren noch die Negative, aber es sind auch eine Reihe von Originalen verbrannt. Der materielle

Das Antifa-Info...

... im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Ihr könnt den Bestellvordruck nebenan benutzen, da dürfte eigentlich nichts mehr schief gehen. Wichtig ist, ab welcher Ausgabe Ihr das Info haben wollt und bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Außerdem müssen Abos bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Scheck oder mit Überweisung.

Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

... Nachbestellung

Alle bereits erschienenen Ausgaben könnt Ihr nachbestellen, ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der untenstehenden Liste. Es ist immer nur die Liste aus der aktuellen Nummer zu verwenden. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

... zum Weiterverkaufen

Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe, wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

... Preise

Abo (5x eine Ausgabe/ca. ein Jahr):	30,00 DM
Doppelabo (5x zwei Ausgaben):	50,00 DM
zum Weiterverkaufen:	
ab drei Stück pro Ausgabe:	5,00 DM
ab fünf Stück:	20% Rabatt
ab 50 Stück:	25% Rabatt

(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

... Überweisungen:

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Bereits erschienene Infos:

(Portokosten: 3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM)

INFO 0	87	Kopie	3,00 DM
INFO 1	6/87	Kopie	6,00 DM
INFO 2	12/87	Kopie	4,50 DM
INFO 3	3/88	Kopie	6,50 DM
Sondernr.	5/88	Kopie	3,50 DM
INFO 4	9/88	Kopie	7,50 DM
INFO 5	11/88	Kopie	6,00 DM
INFO 6/7	2/89	Kopie	8,50 DM
INFO 8	5/89	Kopie	8,50 DM
INFO 9	10/89	Kopie	9,50 DM
INFO 10	2/90	Kopie	7,00 DM
INFO 11	5/90		3,00 DM
INFO 12	9/90	Kopie	7,00 DM
INFO 13	Win/90		3,00 DM
INFO 14	Früh/91		3,00 DM
INFO 15	Som/91		3,00 DM
INFO 16	Win/91		3,00 DM
INFO 17	3/92		4,00 DM
INFO 18	5/92		4,00 DM
INFO 19	7/92		4,00 DM
INFO 20a/b	11/92	Kop.	10,50 DM
INFO 21	3/93		4,00 DM
INFO 22	5/93		4,00 DM
INFO 23	Som/93		4,00 DM
INFO 24	10/93		4,00 DM
INFO 25	12/93		4,00 DM
INFO 26	3/94		5,00 DM
INFO 27	6/94		5,00 DM
INFO 28	11/94		5,00 DM
INFO 29	3/95		5,00 DM
INFO 30	6/95		5,00 DM
INFO 31	9/95		5,00 DM
INFO 32	11/95		5,00 DM

INFO-Paket 1: 11,13,14,17,18,23
gibt's für 12,- DM incl. Porto.
INFO-Paket 2: 25,26,27,28,29,30
gibt's für 18,- DM incl. Porto.

INFO-Paket 1+2 zusammen
gibt's für 27,- DM incl. Porto.

Gesamtschaden beläuft sich auf mindestens 70.000 DM, der immaterielle Verlust ist nicht abschätzbar.

Das Erd- und Kellergeschoß war voll mit Löschwasser. Entgegen der ersten Befürchtungen ist die Statik des Gebäudes jedoch nicht beschädigt, so daß kein Vorwand besteht, die Rote Flora abzureißen.

Den ganzen Tag waren viele Leute an der Flora, haben zusammen aufgeräumt, gerettet, was zu retten war, und begonnen, ein Notdach aufzusetzen. In einem Zelt wurde eine Infostelle eingerichtet und Spenden entgegengenommen. Übereinstimmend war die Meinung:»Weitermachen«.

Obwohl in ersten Meldungen von einem technischen Defekt ausgegangen waren, scheinen sich die Hinweise auf Brandstiftung zu bestätigen.

Die Außentür war beschädigt und eine zugemauerte Tür zum Archiv aufgebrochen. Ursprünglich waren die Leute der Flora sowie die Brandermittler des LKA davon ausgegangen, daß die Feuerwehr die Tür und die Mauer aufgebrochen hatten, um an den Brandherd zu gelangen. Bei einer Ortsbegehung stellten die Feuerwehrleute aber klar, daß das Loch in der Mauer schon bei ihrem Eintreffen vorhanden war und daß sie es lediglich vergrößert hatten. Ein in den Räumen des Archiv installierter Bewegungsmelder, der wegen mehrerer Fehlalarme lediglich an einen Anrufbeantworter angeschlossen war, löste um ca. 1.30 Uhr und ca. 1.40 Uhr Alarm aus. Zudem versicherten die Leute, die am Abend vor dem Brand als letzte im Archiv waren, daß sie garantiert alle Geräte abgeschaltet hatten. So kann mit großer Wahrscheinlichkeit von einem Brandanschlag ausgegangen werden, der gezielt einen wichtigen Teil linker Infrastruktur treffen sollte.

Unabhängig von der Brandursache soll das Projekt Rote Flora als selbstverwaltetes Stadtteilkulturzentrum und als Teil der linken Gegenöffentlichkeit auf jeden Fall weiterbestehen.

Die Flora und das Archiv brauchen dringend Spenden! Alle sind aufgefordert, ihre Privatsammlungen durchzuforsten und alles, was an Flugis, Broschüren und Plakaten zu entbehren ist, dem Archiv zur Verfügung zu stellen. Sobald geeignete Ersatzräume gefunden sind, werden sich die Archivleute dann melden. Sie hoffen auf Papierberge und Spendengelder!

Spendenkonto: Flora e.V., Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonr. 29 492-202. Bei Spenden für das Archiv bitte Stichwort »Archiv« angeben.

Hannover

Feuriger Weihnachtsgruß

Unangenehm endete ein Weihnachtlsbesuch STEFFEN HUPKAS bei seinen Eltern in der Wißmannstraße 14. In der Nacht zum 25.Dezember letzten Jahres setzte ein »Autonomes Festtagskomitee« sein Auto mit dem Kennzeichen QLB–XC 79 in Brand.

Hupka sei seit 1982 in der rechten Szene aktiv, heißt es in der Erklärung zum Brandanschlag. Zunächst bei den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN, dann in MICHAEL KÜHNENS AKTIONSFRONT NATIONALER AKTIVISTEN, für die Neonazi-Postille SIEG und das Vertriebenenblättchen DER SCHLESIER aktiv, landete er schließlich bei der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF). Nachdem er 1987 von Hannover nach Detmold gezogen war, nahm er in der Partei MEINOLF SCHÖNBORNS eine wichtige Stellung ein. Schulungsprogramme und das interne Blättchen AUFBRUCH lagen in seiner Verantwortung. Als sich die NF 1992 spaltete, verließ Hupka zusammen mit ANDREAS POHL die Partei und zog Ende 1993 nach Quedlinburg, um die dortige Neonaziszene in Zellen zu organisieren. So treten in der Region Ostharz mittlerweile verschiedene Gruppen mit Namen wie »UNABHÄNGIGER ARBEITSKREIS«, »HARZER HEIMATSCHUTZBUND«, »AUFBRUCH« ODER »HARZFRONT« auf. Hupka koordiniert bzw. befehligt diese Zusammenschlüsse, die als »DEUTSCHER FREUNDESKREIS NORDHARZ« mit Gruppen wie NPD, JN, REPUBLIKANERN oder der DEUTSCHEN LIGA zusammenarbeiten.

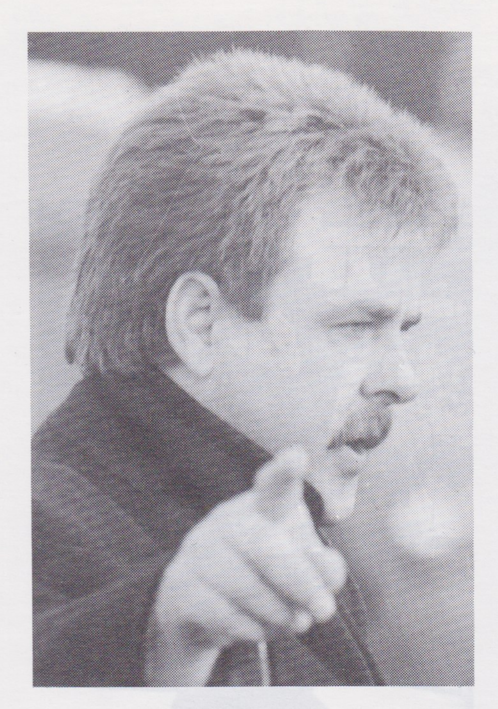
Laut seiner Erklärung handelte das »Autonome Festtagskomitee« getreu dem Motto *»Wenn du Nazis nicht triffst, um sie zu schlagen, dann brenne wenigstens ihre Autos nieder«*. Außerdem berichtet es, Hupka besuche seine Eltern regelmäßig.

Solingen

Antirassistischer Verein

»Mit gefletschten Zähnen kann man nicht lächeln und mit geballten Fäusten kleine Hände schütteln«.

Mit diesem Zitat Bertha von Suttners wirbt der Verein zur Förderung der Völkerverständigung e.V., der sich gründete, um der rassistischen Entwicklung in der Bundesrepublik »nicht länger hilflos gegenü-



Verwirrung beim Republikaner-Parteitag: Geht's da lang oder dort oder hier entlang???

berstehen« zu müssen. Rassismus diene dazu, »Menschen in gut und schlecht [zu] unterteilen, um somit Führungspositionen herauszubilden und Unterdrückung [zu] legitimieren«.

SOS Rassimus Solingen arbeitet dabei mit Bürgerinis, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, anderen Vereinen und Gruppen und auch mit Parteien zusammen.

Kontakt über: SOS Rassismus e.V., Postfach 10 11 89, 42611 Solingen oder per Fax: 0212-205137.

Lippstadt/ NRW

Dumm wie Bohnenstroh oder: ein lustiger REP-Parteitag

Kurze Haare, schwarze Bomberjacke und hohe Kampfstiefel, so steht der Ordner an der Einfahrt des kleinen Parkplatzes an der Autobahnabfahrt Beckum. Mit kritischem Blick prüft er das ankommende Auto und winkt es dann zu dem weiter hinten stehenden Auto. Ein junger Mann steigt aus, legt das Funktelefon aus der Hand begrüßt die Republikaner. Dann läßt er sich deren Mitgliedsausweis zeigen, trägt die Namen sorgsam in seine TeilnehmerInnenliste ein, reicht die Wegbeschreibung ins Auto, wechselt noch einige Worte und wünscht den Kameraden eine gute Fahrt.

Es ist Samstag, der 18.November 1995 gegen 8.00 Uhr, und der Landesverband NRW der Republikaner hat zum Landesparteitag geladen. Was die anreisenden REP's zu diesem Zeitpunkt nicht bemerken und wissen: Schon seit 7.00 Uhr sind 30 bis 40 AntifaschistInnen vor Ort. Sie hatten die republikanische Kontaktperson, welche den TeilnehmerInnen des Parteitages den Veranstaltungsort mitteilen sollte, gewaltfrei aber bestimmt zum Verlassen des Ortes aufgefordert, was dieser mit quietschenden, durchdrehenden Reifen sogleich tat.

Schon kurze Zeit später nahm ein anderes Auto den Platz ein, die AnitfaschistInnen verzogen sich hinter die nächste Ecke. Als die von der Zivilpolizei angeforderten Einsatzkräfte eintrafen, war wieder alles in Ordnung. In aller Ruhe wurden die Wegbeschreibungen ausgeteilt, alles friedlich, alles okay.

Überrascht waren die antifaschistischen Schleuser, welche die Rep's mit ihren falschen Wegbeschreibungen zu zehn verschiedenen angeblichen Veranstaltungsorten leiteten, als gegen 9.00 Uhr die republikanische Ablösung eintraf. Aber – kein Problem, diese wurden kurz eingewiesen, daß die Wegbeschreibungen nur nach Vorlage des Mitgliedausweises abgegeben werden dürften und man selbst noch einige Sicherheitsaufgaben zu erledigen habe. Später würde man sich am Veranstaltungsort wiedersehen. Immerhin 15 Minuten brauchten die REP's, um zu merken, daß etwas nicht stimmen konnte. Schließlich führten die Wegbeschreibungen ja alle zu verschiedenen Orten.

Als den AntifaschistInnen klar wurde, daß der Schwindel aufgeflogen war, besetzten sie den Parkplatz. Lange Gesichter machten die REP's, als sie ihre »Kameraden« von vorhin bei der Gegenseite entdeckten. Leider war es ab diesem Zeitpunkt wegen der Polizeipräsenz nur noch möglich, das Weiterleiten der REP's zu be- und nicht mehr zu verhindern. Allerdings ließen sich einige REP's in Sichtweite des Schwarzen Haufens abfangen und ins Irgendwo leiten. Letztlich schafften es die REP's doch noch, ziemlich viele Personen zum richtigen Veranstaltungsort zu leiten. Nach ganzen drei Stunden tauchten dann jene Autos wieder auf, welche schon einmal begrüßt und weitergeleitet worden waren.

Nach Antifaschistischen Informationen sind einige Leute nicht am Parteitag im nordrhein-westfälischen Cappel angelangt, andere brauchten ewig. An den eingesammelten Adressen werden AntifaschistInnen viel Freude haben.

Daß es nicht möglich gewesen ist, den Parteitag zu verhindern, ist zwar bedauerlich, doch sorgte die Aktion auf dem im Lippstädter Vorort Cappeln stattfindenden Parteitag für einigen Streit und Verwirrung. Ob die REP's wohl gelernt haben, daß nicht alle Menschen, die kurze Haare haben, Rechte sind? Oder daß nicht alle Leute, die ordentlich auftreten, und mit »Kamerad« grüßen, zu ihnen gehören?



Auch bei diesem republikanischen Herrn mochte keine rechte Freude aufkommen

Die anwesenden Ordnungshüter waren übrigens anfangs genauso leichtgläubig wie die Republikaner. Später amüsierten sie sich teilweise köstlich über die Aktion, ein anderer Teil war ziemlich sauer. Auf jeden Fall ließen sie die AntifaschistInnen in Ruhe.

Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in Berlin

Schwerpunkte dieser Broschüre sind, zwei Jahre nach dem Verbot kurdischer Vereinigungen durch den Bundesinnenminister, die Übergriffe und die Verletzung von Bürgerrechten durch die Polizei, die deutsch türkischen Polizeizusammenarbeit, Anwerbung von Spitzeln, die Vorverurteilung durch die öffentliche Meinung und die Abschiebung und die Folgen die aus allem resultieren.

Die Broschüre ist gut lesbar und übersichtlich aufgebaut, bezieht sich in dabei in vielen Punkten auf die parlamentarischen Anfragen des Abgeordnetenhauses vor allem von Sigrun Steinborn (PDS) und Ismaeil Hakki Kosan (Bündnis 90/Grüne). Um das Verbot kurdischer Vereinigungen und Organisationen durchzusetzen, wurde ein umfangreicher Überwachungs- und Verfolgungsapparat auf Kurden angesetzt. Die Broschüre soll eine vorläufige Dokumentation der systematischen Verfolgung von KurdInnen auch oder gerade hier in der BRD aufzeigen. Gerade die Berliner Polizei nimmt für sich in Anspruch, bei der »Bekämpfung von PKK-Aktivitäten« an der Spitze zu stehen. Übergriffe bei Hausdurchsuchungen durch die Polizei, z. Teil ohne Durchsuchunsbefehl durchgeführt, teilweise in Begleitung von Staatsanwälten, sind an der Tagesordnung. Das Kurdenzentrum in der Zossener Strasse, Berlin, wurde 1995 fünf mal durchsucht. Die Regel ist, daß gegen die unterschiedlichen Gruppen und Organisationen, welche dort ihre Treffen und Veranstaltungen abhalten, in völlig indifferenter Weise gegen »PKK-Terroristen« in der Zossener Strasse« vorgegangen wurde und wird. Aufgrund einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (PDS) vom 7.8.95 ist es inzwischen bekannt, daß deutsche und türkische Sicherheits- und Innenbehörden in Sachen »Rückführung von Flüchtlingen« und im Zusammenhag Kurden und PKK zusammenarbeiten.

Anscheinend läut aber die Zusammenarbeit auf der Berliner Ebene eher auf eine informelle Kooperation hinaus. Informationen von Nachrichtendiensten werden dazu verwendet, um ein härteres und provokatives Vorgehen der Polizei gegenüber kurdischen Aktionen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Der türkische Botschafter Onur Öymen berichtet, daß an Ankara eine Liste über in Deutschland an PKK-Aktionen beteiligten Asylbewerber übermittelt wurde. Der Verfassungschutz versucht, unter kurdischen Immigranten und Flüchtlingen Informanten anzuwerben. An mehreren Beispielen wird in dieser Broschüre versucht, die Vorverurteilung durch Innenverwaltung, Polizei und Geheimdienst deutlich zu machen. In der Regel wird erst versucht, Simmung gegen die PKK aufzubauen, um dann letztendlich in diesem Klima der Hysterie die Art und Weise der Polizeieinsätze zu rechtfertigen. Im Sommer 1995, wärend des Hungerstreiks von KurdInnen in Berlin wurden Gerüchte ausgestreut, die PKK würde demnächst Scharfschützen gegen bundesdeutsche Polizisten einsetzen. Später dann, folgten Dementis.

Wobei der Zweck, die Verunsicherung von DemonstrationsteilnehmerInnen sowie Polizei, erfüllt war. Im März 1995 unterzeichneten Innennminister Mentes und Kanther ein Abkommen über die »Abschiebung« von türkischen Staatsangehörigen, die sich an Straftaten im Zusammenhang mit der Tätigkeit der PKK und anderer Terrororganisationen in der BRD beteiligt haben«. Und noch ein Zitat von Innenstaatsekretär Kuno Böse: »Niemand« kommt ungeschoren davon. Jeder Kurde, der sich nicht an Recht und Gesetzhält, unser Gastrecht mißbraucht, wird »abgeschoben«.

Im Zusammenhang mit der Durchsetzung des PKK-Verbots und der damit zusammenhängenden Kriminalisierung ist zu befürchten, daß Abschiebungen im größeren Ausmaß stattfinden werden. ■

Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in Berlin, herausgegeben von Genocide Watch und der Roten Hilfe Berlin, Berlin November 1995, Broschüre, zu beziehen über: Genocide Watch, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin

Hamburg

Scheinhinrichtungen

Erstmals sagte ein Opfer polizeilicher »Scheinhinrichtung«, der Ghanaer Jael Boaleng, vor der Hamburger Dienststelle für interne Ermitlungen (DIE) über seine Mißhandlung durch zwei Polizisten am Hamburger Hafen im Februar`95 aus. Einer der Beamten hätte hin zum Geschlechtsverkehr gezwungen und als er sich wehrte mit der Dienstwaffe niedergeschlagen. Dann setzte er die Waffe wieder an seinen Kopf und drückte wahrscheinlich mit entladener Pistole ab. Boaleng bestätigte seine Aussagen im ARD-Magazin »Panorama« und dem Hamburger Stadtmagazin »HH19«.

Dies ist nicht der erste Fall dieser Art, der bekannt wird. Schon Anfang März wurde eine »Scheinhinrichtung« durch die Aussagen des Kronzeugen und Kriminalkommissars Chrobok im Zuge des Hamburger Polizeiskandals, in dessen Mittelpunkt die Revierwache 11 stand, bekannt. Damals hatten die Beamten auf der Wache 11 damit geprahlt, daß sich *»der Neger vor Angst fast beschissen und bepißt hat«*. Innensenator Werner Hackmann trat wegen den Mißhandlungsvorwürfen und der Verhinderung der Aufklärung von Beamten-Straftaten durch den *»unseligen Corpsgeist«* im Apparat zurück und eine Ermittlungskommission wurde gebildet. Die Mißhandlung von Boaleng fand zu einem Zeitpunkt statt, als bereits gegen 80 namentlich bekannte Polizisten Ermittlungen liefen! Der jetzt amtierende Innensenator Wrocklage sicherte zwar dem Ghanaer Zeugenschutz zu, aber daß es zu diesem Zeitpunkt zu dieser Tat kommen konnte, zeigt wie sicher sich die Polizisten trotz der Ermittlungen fühlen.

Berlin

VS stellt Broschüren vor

Am 15.1.95 trat der Berliner Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Eduard Vermander, vor die Presse, um zwei Broschüren unter dem Titel »Durchblicke« zu den Themen »linksextremistisch motivierter Terrorismus« und »militante autonome Bewegung« vorzustellen. In dem 200 Seiten umfassenden Werk wird festgestellt, daß sich zwar die autonome Szene in einer Krise befindet, sich in ein Ost-Westlager gespalten hat und die Zahl der Gewalttaten 1995 um 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sei, wird aber gleichzeitig behauptet, daß der Linksextremismus eine größere Gefahr als der Rechtsextremismus darstellt. Dies wird mit der Bereitschaft der Linksradikalen zur Abschaffung des Gesellschaftsystems und dem Handeln mit einer *»wie auch immer zu bewertenden, intellektuellen Komponente«* begründet, während rechtsextremistische Straftaten oft mit jugendspezifischer Gewalt verbunden seien.

Weitere Erkenntnisse über die linke Szene, wie 1200 in Berlin lebende Autonome, 50 Personen, die dem RAF-Umfeld zugerechnet werden können und über Bestrebungen zur Vernetzung der Szene und ihrer Umorientierung wurden bekannt gegeben. Allein die Ermittlungen gegen »Klasse gegen Klasse« (KgK) kommen nicht so recht voran und so wird wohl KgK nach bisher 38 Anschlägen in über 3 Jahren auch 1996 den VerfassungsschützerInnen Kopfschmerzen bereiten.

Mittenwald

Gebirgsjäger-Kameraden halten an NS-Tradition fest

Der einflußreiche Kameradenkreis der Gebirgjäger hat den Befehl des Verteidigungsministers Rühes zur Kasernenumbenennung als eine »rein opportunistisch-politische Entscheidung« kritisiert. In dem Kameradenkreis sind Wehrmachts- und SS-Veteranen sowie Bundeswehrsoldaten und -Reservisten organisiert. Nach jahrzehntelanger Kritik an der besonderen Art der Traditionspflege seitens der Bundeswehr hatte Rühe zwei besondere Exponenten militärischer Tradition tilgen lassen: Zwei Kasernen sollten nicht mehr die Namen des Hitler-Intimus Eduard Dietl und von Ludwig Kübler, wegen Kriegsverbrechen in Jugoslawien verurteilter General, tragen.

Die Zeitung des Kameradenkreis »Die Gebirgstruppe« erklärte, »kompromißlos« sich allen Versuchen zu widersetzen, die Bundeswehr von der *»bewährten stolzen Tradition deutschen Soldatentums abzukoppeln«*. Weiter: *»Ein gesünderes Verhältnis zur Tradition, zu dem, was war, wird zur Überlebensfrage. Wer nicht weiß, woher er*

kommt, wird die Zukunft nicht gewinnen können.«

Daran wollen wir anknüpfen: Wer nicht weiß, woher die Bundeswehr kommt, wird ihre zukünftige Rolle schwer erfassen können.

Ihre gemeinsame Tradition pflegen Wehrmachts- und Bundeswehrgebirgsjäger auch dieses Jahr wieder bei ihrem traditionellen Pfingsttreffen am 25./26. Mai auf dem Bundeswehrgelände bei Mittenwald.

Bonn

Elitetruppe jetzt auch beim Heer

Eine Eliteeinheit für Spezialeinsätze wird auch beim Heer geschaffen. Nach einem Befehl Rühes soll die Bundeswehr die »Kommandos Spezialkräfte« aus der Luftlandebrigade 25 in Calw bilden. Anstoß für die Neuschöpfung soll die Geiselnahme der Mitarbeiter der Deutschen Welle in der ruandischen Hauptstadt im April 1994 gewesen sein. Damals waren die Deutschen von belgischen Fallschirmjägern befreit worden.

Dieser neue GSG 9-Verschnitt für militärische Auslandseinsätze soll je nach Bedarf den Krisenreaktionskräften, der Landes- oder der Bündnisverteidigung zur Verfügung stehen. Vier Einsatzkommandos mit insgesamt ca. 1000 Mann (Fallschirm- und Gebirgsjäger mit ScharfschützenAusbildung, Fernspäher und Fernmeldespezialisten) sollen entstehen Die Spezialausbildung soll 18 Monate betragen, in Frage kommen dafür nur Berufssoldaten. Bei der Marine gibt es eine vergleichbare Einheit. Die 211 sogenannten Waffentaucher in Eckernförde werden auch für für Stoßtrupp- und Kommandounternehmen zu Wasser, zu Lande und aus der Luft ausgebildet.

Saarland

Schwarz-grüne Schützenhilfe für die Saarlandbrigade

Der saarländische Kreistag Merzig-Wadern hat der »Aktion 3. Welt Saar« die bisherigen Fördergelder von 25.000 DM gestrichen. Dies war möglich mit den Stimmen der CDU und mit Stimmenthaltung der Grünen. Ab jetzt muß jedes Projekt einzeln beantragt und abgerechnet werden. Der Anstoß: In den letzten jahren hatte »Aktion 3.Welt Saar« Aufklärungsarbeit über eine Eliteeinheit der Bundeswehr, die Saarlandbrigade, gemacht. Die sieht sich in der Tradition der mörderischen Falschirmtruppe der Wehrmacht und pflegt deren Liedgut (bei öffentlichen Gelöbnissen erschallt noch immer Görings Lieblingslied »Rot scheint die Sonne«). Die »Aktion 3. Welt Saar« hatte auch öffentlich gemacht, daß die Saarlandbrigade regelmäßig an Manövern zusammen mit der türkischen Armee in Türkisch-Kurdistan teilnimmt.

Arolsen

Anwerbungsversuche

Der hessische Verfassungsschutz versucht seit November 1994 Personen aus der Arolser Antifa-Szene anzuwerben. Die Anwerbungsversuche der beiden VS-MitarbeiterInnen (siehe Foto) waren hartnäckig und fanden jedesmal auf die selbe Art statt.

Die VerfassungsschützerInnen wollten über einen Vorfall in Rennertehausen, bei dem der damalige Aktivist der Sauerländischen Aktionsfront, Thomas Kubiak, angegriffen und verletzt wurde, weshalb die beiden anvisierten Personen angeklagt waren und über ihre Bedrohung durch FaschistInnen ins Gespräch kommen.

Einer der Antifas wurde mit einer Falschmeldung zur Post gelockt, wo die VS-Leute schon warteten. Mit kleinen, »unverbindlichen« Geschenken, wie einer Bahncard und einem Antifa-Kalender sollte ihm die Zusammenarbeit versüßt werden. Er wurde noch mindestens vier Mal angesprochen, indem er auf der Arbeitsstelle, beim Trampen oder vor der Haustür abgefangen wurde. Bei der zweiten Person lief es ähnlich, denn auch diese wurde am 9. August`94 vor ihrer Arbeitsstelle angesprochen und dann noch ein zweites Mal wieder vor der Arbeit. Ihr wurde die finanzielle Unterstützung des Studiums für die Mitarbeit angeboten. Trotzdem die beiden sich auf keine verbindlichen Sachen einließen und einer von beiden sogar umzog, meldeten sich die VSlerInnen kontinuierlich über Wochen und Monate bei ihnen.

Das wahre Interesse an den Antifas wurde bald klar. Es schien auf Informationen über die lokale Arolser Szene, den Arolser Büchertisch und das autonome Zentrum in Kassel gerichtet zu sein. Es ging den VS-Leuten jedenfalls nicht um Kleinichkeiten sondern um Aktionen, wie sie sagten.

Seit diese ihnen klar sagten, daß sie keine weiteren Treffen wollten und der VS wohl auch merkte, daß die Versuche gescheitert waren, haben sie sich über einen längeren Zeitraum nicht mehr gemeldet. Die Veröffentlichung dieses Vorfalls ist dazu gedacht, daß sich die GeheimdienstlerInnen aus Arolsen verpissen und daß die Menschen, die woanders mit Anwerbeversuchen konfrontiert sind/waren, diese veröffentlichen und sich auf keinerlei Gespräche, mögen sie noch so harmlos erscheinen, einlassen.

Dieses Foto, auf dem die beiden VS-Leute abgebildet sind, entstand beim einem Anwerbungsversuch der zweiten Person beim Verlassen des Lokals, indem das Gespräch stattfand. Der etwa 28jährige Mann zeigte dem ersten Antifa einen VS-Ausweiß, der auf den Namen Thomas Danner ausgestellt war, allerdings kein Foto enhielt. Die Frau ist ca. 26 Jahre alt und 1,65 m groß.





Rundreise mit Jonathan Mozzochi aus den USA im Februar und März 1996

»Nach Oklahoma: Faschismus in den USA«

Der Terroranschlag in Oklahoma City vom 19. April 1995 markiert ein neues Stadium der Entwicklung des Faschismus in den USA. Die rechtsradikale Gefahr droht nicht mehr von dem immer schwächer werdenden Ku-Klux-Klan, sondern von kleinen faschistischen Terrorzellen. Sie sind Teil der Bewegung der sogenannten »Christlichen Patrioten«, die ihrerseits zu der breiten Bewegung der Bürgermilizen (Militias) gehören. Timothy McVeigh und Terry Nichols, die beiden Hauptverdächtigen von Oklahoma, kommen direkt aus diesem Milieu. Die Milizen haben das erreicht, womit der KKK gescheitert ist: Eine Massenbewegung zu schaffen.

Der Anschlag von Oklahoma war der vorläufige Höhepunkt einer Welle von faschistischen Morden und Mordversuchen. Diese Gewalt richtet sich gegen UmweltschützerInnen, AfroamerikanerInnen, Schwule und Lesben und gegen Abtreibungs-ÄrztInnen. Die radikale Rechte hat der ganzen demokratischen Gesellschaft den Krieg erklärt.

Die Veranstaltungen mit Jonathan Mozzochi bieten deutschen AntifaschistInnen die seltene Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Bedingungen und Aktionsformen der Antifa-Bewegung in den USA zu informieren. Er wird die Probleme des antifaschistischen Kampfes in den USA darstellen. Die Antifa-Bewegung in den USA ist, im Gegensatz zur europäischen, mit schwer bewaffneten, extremistischen Lobbies der Waffenbesitzer konfrontiert, mit einem rassistischen, antisemitischen Christlichen Fundamentalismus, der mit der Bibel um sich schlägt und einer rechtsradikalen Massenbewegung unter der Führung der Militias.

Mozocchi wird auch die internationalen Verbindungen der radikalen Rechten thematisieren und ein Bild von der großen Gefahr vermitteln, die von der »Amerikanisierung« eines Teil der europäischen Hardcore-Naziszene ausgeht. Auch der gegenseitige Erfahrungsaustausch soll nicht zu kurz kommen.

Graeme Atkinson, Searchlight Magazine

Die Rundreise des US-Antifaschisten Jonathan Mozzochi organisiert »Searchlight« zusammen mit den deutschen Antifa-Zeitschriften »Antifa-Infoblatt« (Berlin), »ATZE« (Kiel), »Der Rechte Rand« (Hannover), »Antifaschistische NRW-Zeitung« (Wuppertal) und «Rabaz« (Nürnberg). Mozzochi von der »Coalition for Human Dignity« aus Portland (Oregon) wird im Februar und Anfang März 1996 in der BRD unterwegs sein. Portland liegt im äußersten Nordwesten der USA – der Region, in der die US-Faschisten und »christlichen Patrioten« ihre »weiße Republik« errichten wollen.

USA: Nazis, Patrioten und Milizen

In den USA gibt es verschiedene rechtsradikale Organisationen und Strömungen, die einander teilweise bekämpfen, teilweise nebeneinander her existieren, teilweise (und zunehmend) aber auch zusammenarbeiten. Die Liste der verschiedenen Ku-Klux-Klan-, Nazi- und Skinhead-Gruppen ist lang. Es gibt keine eindeutige Führungsperson oder -organisation.

Historisch war der rassistische Geheimbund Ku-Klux-Klan die bedeutendste Strömung (siehe Glossar). In den letzten 30 Jahren haben die verschiedenen KKK-Organisationen aber an Bedeutung verloren. Früher hatte der US-patriotische KKK wenig mit den »deutsch-freundlichen« Neonazis zu tun. Heute gibt es immer mehr Zusammenarbeit und Überschneidungen. Diese Kooperation zeigte sich zum ersten Mal 1979 in dem Ort Greensboro (North Carolina). Dort griff eine Gruppe von KKK-Leuten und Neonazis eine antifaschistische Demonstration an und erschoß fünf Mitglieder der »Communist Workers Party«. Obwohl die Polizei Informanten bei den Rechtsradikalen eingeschleust hatte und mehrere Fernsehkameras den Angriff gefilmt hatten, wurde nie jemand wegen dieser Morde verurteilt. Seither hat sich die Zusammenarbeit verschiedener rechtsradikaler Strömungen (KKK, Neonazis, Skinheads, etc.) kontinuierlich verstärkt.

Viele dieser Gruppen sind schwer bewaffnet. Insofern sind die rechten »Bürgermilizen«, die in den letzten beiden Jahren zu Hunderten im ganzen Land entstanden sind, keine neue Erscheinung. Rechtsgerichtete paramilitärische Verbände haben eine lange Geschichte in den USA. Dazu gehörte schon im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts der Ku-Klux-Klan mit seinem organisierten Terror vor allem gegen Schwarze in den Südstaaten. In den 1960er Jahren gab es die »Minutemen« (Gründer: Robert DePugh), ein landesweiter Verbund aus antikommunistischen paramilitärischen Gruppen. Die »Minutemen« waren überzeugt davon, daß sich die US-Bundesregierung bereits in der Hand von Kommunisten und Verrätern befand. Spektakuläre Erfolge hatten die »Minutemen« keine.

Ku Klux Klan, Wahington D.C., 1925



»Christliche Patrioten«

Mitte der siebziger Jahre entstand eine neue rechtsradikale, aber nur wenig organisierte Bewegung, die sich »Christian Patriots« nennt (nicht zu verwechseln mit der gleichzeitig entstehenden organisierten christlichen Rechten der Fernsehprediger). Die »christlichen Patrioten« sind gegen die Bundesregierung, Einkommenssteuern, die US-Bundesbank und die »Rassen«-Integration - alles unter Berufung auf die Bibel und die US-Verfassung. Diese lose Strömung besteht aus einer Vielzahl von kleinen Gruppen und Einzelpersonen (mehrere Millionen). Viele »christliche Patrioten« bezeichnen die US-Bundesregierung als »ZOG« (Zionistische Besatzungsregierung). Sie wollen eine Loslösung der nordwestlichen Bundesstaaten, in denen sie eine »weiße Republik« errichten wollen.

Mit zeitweise mehreren zehntausend Aktiven war die wichtigste paramilitärische Organisation aus diesem Spektrum der »Posse Comitatus« (Latein für »Macht des Landkreises«), der in Vielem der heutigen Miliz-Bewegung ähnelt. Oberste Autorität für den »Posse« war der Landkreis-Sheriff, die höheren Instanzen (Einzelstaat und Bundesregierung) waren illegitim und von der US-Verfassung angeblich nicht vorgesehen. Die stärkste Basis hatte der »Posse« in den Farm-Staaten des Mittleren Westens, in denen Anfang der 80er Jahre zehntausende von Familienbetrieben pleite gingen. Die Erklärung des »Posse«: Schuld am Farm-Sterben sind die jüdischen Banker und die von ihnen kontrollierte Bundesregierung. Diese Propaganda fiel einige Jahre auf fruchtbaren Boden. Heute spielt der »Posse« keine Rolle mehr.

»The Order«

Im Umfeld der »Patriots« entstanden Anfang der 1980er Jahre mehrere konspirative Terrorgruppen. Die bekannteste davon

war »The Order«, der »bewaffnete Arm« der Nazi-Organisation »Aryan Nations« (siehe Glossar).

Das Vorbild von »The Order« stammt aus dem Roman »Turner Diaries« von William Pierce. Der ehemalige Physikprofessor und heutige Chef der Nazi-Organisation »National Alliance« schrieb das Buch 1978 unter dem Pseudonym Andrew Macdonald. Das »Turner Tagebuch« schildert im Science-Fiction Stil die Aktionen eines straff organisierten Netzwerks von Terror-Zellen. Deren Mordanschläge gegen AfroamerikanerInnen, JüdInnen, »gemischtrassige« Pärchen und gegen Polizei und andere Regierungsinstitutionen führen schließlich zu einem großen Rassenkrieg in den USA. Auch das Attentat von Oklahoma City scheint aus den »Turner Diaries« kopiert zu sein (siehe Kasten auf Seite IV). Von diesem Buch wurden angeblich bisher über 200.000 Exemplare verkauft, vor allem über den Versandhandel. Auch in Europa kursiert dieser Nazi-Roman.

Der echte »Order« mit mehreren Dutzend Mitgliedern unter Führung von Robert Mathews verübte Anfang der 1980er Jahre eine lange Serie von Mordanschlägen und Banküberfällen. Mathews war ein Mitglied der »National Alliance« von Pierce und wechselte zu den Aryan Nations. Die Gruppe erbeutete mehrere Millionen Dollar. Ein Teil des Geldes landete bei verschiedenen rechtsradikalen Organisationen, die damit ihre politische Arbeit und ihre paramilitärischen Trainingslager finanzierten. Nach mehreren Schußwechseln mit dem FBI wurde »The Order« 1985 von der Polizei zerschlagen. Mathews wurde bei einem 36stündigen Feuergefecht mit dem FBI erschossen.

Eine andere bewaffnete Gruppe mit engen Verbindungen zu den »Aryan Nations« nannte sich »The Covenant, the Sword and the Arm of the Lord« (etwa: »Der Bund, das Schwert und der Arm des Herrn«). Die Gruppe plante 1983 einen Raketenwerfer-



UnterstützerInnen der Aryan Nations, 1989

Anschlag auf dasselbe Bürogebäude in Oklahoma City, das 12 Jahre später zerstört wurde. Der Anschlag wurde jedoch nie durchgeführt und die »Covenant«-Gruppe wurde vom FBI zerschlagen. Einer der damals Beteiligten, der »Christian Identity«-Anhänger Richard Snell, wurde im April 1985 wegen zwei Morden an einem (vermeintlich) jüdischen Geschäftsmann und einem schwarzen Polizisten zum Tode verurteilt. Er wurde am 19. April 1995 - dem Tag des Oklahoma-Anschlags - im Nachbarstaat Arkansas hingerichtet.

»Führerloser Widerstand«

Ein weiteres »Covenant«-Mitglied war Louis Beam, ein ehemaliger KKK-Führer, der sich später den »Aryan Nations« anschloß. Beam ist heute einer der wichtigsten Nazi-Figuren in den USA. Er vertritt das Konzept des *»führerlosen Widerstands«*. Sein Aufsatz (Titel: »Leaderless Resistance«) aus dem Jahre 1992 ist inzwischen in verschiedenen rechtsradikalen Zeitschriften erschienen und wird heftig diskutiert. Beams »führerloses« Widerstandsmodell besteht aus einzelnen konspirativen Zellen, die völlig unabhängig voneinander operieren. Sie sind nicht über Führungspersonen, sondern nur über eine gemeinsame Ideologie miteinander verbunden. Beam: »*Auf den ersten Blick sieht diese Art von Organisation gar nicht wie eine Organisation aus*«. Das ganze sei ein »*Kind der Notwendigkeit*«, denn hierarchische Organisationen ließen sich allzu leicht von Spitzeln infiltrieren.

Zitate aus Beams Papier: »*Nach der Strategie des führerlosen Widerstands operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und fragen nie bei einem zentralen Hauptquartier und Einzel-*

Das Attentat von Oklahoma City

169 Tote und über 500 Verletzte – das ist die grausige Bilanz des Bombenattentats von Oklahoma City am 19. April 1995. In dem völlig zerstörten Bürogebäude waren verschiedene Bundesbehörden (Polizei und Sozialverwaltung) sowie ein Kindergarten untergebracht. Die genauen Hintergründe des Terror-Anschlags sind immer noch ungeklärt.

Bereits zwei Stunden nach der Explosion wurde Timothy McVeigh festgenommen, wenige Tage später auch sein Freund Terry Nichols. Beide sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Die beiden stammen aus dem Umfeld der paramilitärischen Bürgermiliz »Michigan Militia«. Weitere Verdächtige mußten mangels Beweisen wieder freigelassen werden. Das Hauptverfahren gegen McVeigh und Nichols soll im Mai 1996 beginnen. Die US-Bundesanwaltschaft will die Todesstrafe beantragen.

Der Anschlag fand auf den Tag genau zwei Jahre nach der polizeilichen Erstürmung des Hauptquartiers einer Psycho-Sekte in Waco (Texas) statt. Dabei kam es zu einem Großfeuer, bei dem 86 Mitglieder der »Branch Davidian«-Sekte ums Leben kamen. Das rücksichtslose Vorgehen von FBI und anderen Polizeikräften gegen die (schwerbewaffnete) Sekte gilt in rechtsradikalen Kreisen seither als Fanal. Die 86 Toten gelten als Märtyrer, die nur ihr »Grundrecht auf Waffenbesitz« verteidigen wollten und deswegen vom FBI in einen »Holocaust« getrieben wurden. Vor dem Oklahoma-Attentat hatte McVeigh verschiedentlich angekündigt, daß die Toten von Waco gerächt werden sollten.



Norman Olson - Chef der »Michigan Militia«

Führer nach Anweisungen. ... Die Teilnehmer in einem Programm des führerlosen Widerstands durch Phantomzellen oder individuelle Aktionen müssen genau wissen, was sie tun und genau, wie sie es tun. ... Allgemein zugängliche Organe der Informations-Verbreitung wie Zeitungen, Flugblätter, Computer, etc. halten jede Person auf dem Laufenden und ermöglichen damit eine geplante Reaktion in vielerlei Variationen. Niemand muß irgend jemand einen Befehl erteilen. ... Dies führt zu sehr kleinen oder sogar Ein-Personen-Zellen.« Vieles spricht dafür, daß auch das Oklahoma-Attentat von einer solchen Klein-Zelle ausgeführt wurde. Dieses Modell der »führerlosen« Zellen wird inzwischen auch von deutschen Neonazi-Organisationen aufgegriffen.

Beam stellte sein Papier im Oktober 1992 auf einem »fraktions-übergreifenden« Treffen von rund 150 rechtsradikalen Kadern in Estes Park (Colorado) vor. Zu diesem Treffen hatte der »Pastor« Pete Peters von der nazistischen »Christian Identity«-Strömung eingeladen. Der unmittelbare Anlaß war die mehrtägige FBI-Belagerung des Aryan-Nations-Anhängers Randy Weaver wenige Wochen zuvor in Idaho. (Weaver wurde wegen unerlaubten Waffenbesitzes gesucht und verschanzte sich in seiner Berghütte. Während der Belagerung kam es zu mehreren Schußwechseln, bei denen ein Polizist, Weavers Frau und sein Sohn getötet wurden. Gleichzeitig versammelten sich hunderte von Rechtsradikalen aus den gesamten USA außerhalb des Belagerungsrings, um ihre Unterstützung für Weaver zu demonstrieren. Weaver ergab sich schließlich.)

Auf dem Estes-Park-Treffen sprach neben Beam und Peters auch Larry Pratt, ein ehemaliger Landtags-Abgeordneter aus Virginia. In den vergangenen zehn Jahren hat Pratt bei verschiedenen rechtskonservativen Organisationen eine wichtige Rolle gespielt. Heute ist er der Chef der »Gun Owners of America«, einer reaktionären Waffenbesitzer-Organisation mit über 100.000 Mitgliedern (siehe Glossar). Die Teilnahme von Pratt, der bisher kein eindeutiger Rechtsradikaler war, bedeutete einen dramatischen politischen Durchbruch für die US-amerikanischen Nazis.

Paramilitärische Bürgermilizen

Auf dem Treffen wurde der Aufbau von »Bürgermilizen« beschlossen. Die Nazi-Organisationen sehen die bewaffneten paramilitärischen Verbände als ideales Rekrutierungsfeld. Die versammelten Kader schritten zur Tat. So gründete das langjährige Aryan-Nations-Mitglied John Trochmann die »Militia of Montana«, die heute als eine der am besten organisierten Milizen in den USA gilt.

Zwar gibt es schon lange rechtsradikale paramilitärische Verbände in den USA, aber zu einer regelrechten Massenbewegung wurden die Bürgermilizen erst in den vergangenen zwei bis drei Jahren. Diese Gruppen sind meist auf Landkreis- (County-) oder Bundesstaats-Ebene organisiert. Sie nennen sich »Michigan Militia«, »Militia of Montana«, »Arizona Patriots«, »Texas Light Infantery«, »Constitutional Defense Militia« (New Hampshire) oder »Citizens for the Reinstatement of Constitutional Government« (North Carolina). Ihre Stärke bewegt sich von wenigen Dutzend bis mehreren tausend Aktiven; landesweit wird ihre Mitgliederzahl inzwischen auf einige Zehntausend geschätzt (nach eigenen Angaben sogar 200-300.000). In fast allen US-Bundesstaaten gibt es inzwischen derartige Milizen. Der Schwerpunkt liegt im Mittleren Westen und in den Rocky-Mountains-Staaten.

Über ausformulierte politische Programme verfügen die Milizen nicht. In der Öffentlichkeit betonen sie vor allem ihre Opposition gegen »gun control«, also gegen alle Versuche, den Privatbesitz an Schußwaffen zu regulieren. Dazu kommt meist eine gehörige Portion Ver-

The Turner Diaries - Auszug (S. 38-42):

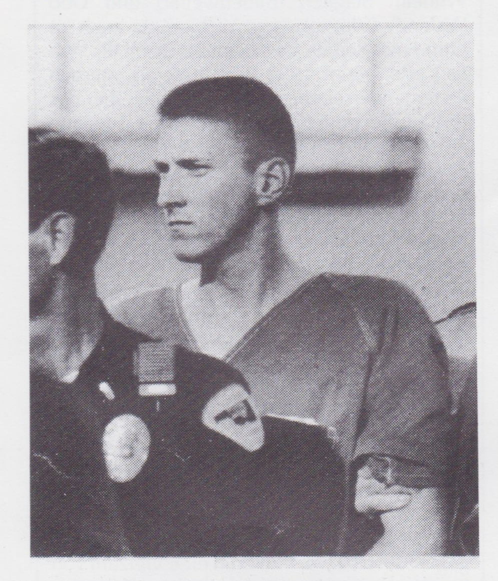
Gestern früh um 9.15 Uhr ging unsere Bombe in der nationalen FBI-Zentrale hoch. Unsere Sorge wegen der relativ kleinen Sprengladung war unberechtigt; der Schaden ist riesig. Wir haben sicherlich einen großen Teil der FBI-Operationen für mindestens die nächsten paar Wochen unterbrochen.

Mein Tagewerk begann gestern kurz vor 5 Uhr morgens, als ich Ed Sanders in der Garage von Einheit 8 half, Heizöl mit dem Ammoniumnitrat-Dünger zu mischen (die gleiche Mischung wurde auch in Oklahoma City verwendet, Anm. d. Ü.). Währenddessen stahlen George und Henry einen Lastwagen. Da wir nur zweieinhalb Tonnen Sprengstoff hatten, brauchten wir keinen großen LKW. Deswegen beschlossen wir, den kleinen Lieferwagen einer Schreibwarenfirma zu klauen. Als der Fahrer - ein Neger - die Hintertür des Wagens öffnete und hineinkletterte, sprang ihm Henry hinterher und beseitigte ihn schnell und lautlos mit seinem Messer.

Nach jüngsten Schätzungen wurden etwa 700 Personen durch die Explosion getötet oder starben danach in den Trümmern. Es wird zwei Wochen dauern, bis die ganzen Trümmer beseitigt sind. Es gibt keinen Weg, in dem wir das System zerstören können, ohne viele tausend unschuldiger Leute zu schädigen. Es ist ein Krebs, der zu tief in unserem Fleisch sitzt. Wenn wir das System nicht zerstören, bevor es uns zerstört, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben. Die Korrumpierung unseres Volkes durch die jüdisch-liberale-demokratische-egalitäre Pest zeigt sich in unserer Weichsinnigkeit, unserem Unwillen, die harte Realität des Lebens zu erkennen.

schwörungstheorie: Angeblich bereitet Washington eine totale Diktatur vor, in Verbindung mit den Vereinten Nationen. Die »New World Order« und »Big Government« sind die Feindbilder, die US-Bundesregierung ist der konkrete Gegner. Vorbedingung für eine Diktatur sei freilich die Entwaffnung der US-Bürger - angeblich der Hintergedanke bei allen »gun control«-Gesetzesvorhaben.

Auch manche Milizen propagieren das Konzept des »führerlosen Widerstands«. So betont das Handbuch der »Wisconsin Free Militia«, das unter den verschiedenen Miliz-Gruppen zirkuliert, die »*dezentralisierte Taktik und Aktion*«. Einerseits müsse es »*Gehorsam gegenüber einem höheren Kommando geben*«, andererseits »*sollte die konkrete Taktik den einzelnen Teilen überlassen bleiben, damit die Enttarnung eines Teils nicht das Ganze entblößt.*« Louis



Oklahoma: Tatverdächtiger Timothy McVeigh

Beam würde es wohl nicht sehr viel anders formulieren. Auch die Informations-Strukturen der Milizen entspricht Beams Konzept. Es gibt keine zentrale Führung, kein zentrales Büro und keine zentrale Zeitschrift. Stattdessen kommunizieren die Milizionäre landesweit mit hochmodernen dezentralen Medien: Internet, Fax-Netzwerke, Kurzwellen-Radios, etc.

Das politische Umfeld: Rechtspopulismus

Die politischen Inhalte der Miliz-Bewegung sind eingebettet in den gegenwärtigen rechtspopulistischen Trend in der US-Gesellschaft. Gegen »Big Government«, gegen (zu hohe) Einkommenssteuern, gegen die Zentralregierung und für erweiterte Befugnisse der Einzelstaaten, gegen »gun control«, gegen Einschnitte in das »Recht auf Privateigentum« zugunsten des Umweltschutzes - für dieses Programm steht auch die republikanische Mehrheit im US-Kongreß. Eine Handvoll republikanischer Abgeordneter macht sich unverhohlen zum Sprachrohr der Milizen.

Auch die unterschwelligen Ressentiments, die die Milizen antreiben (obwohl sie dort nur selten öffentlich propagiert werden), werden von den Rechtspopulisten im Kongreß bedient: Gegen Schwarze und ImmigrantInnen, gegen Feminismus, etc.

Am krassesten ist der Anti-Washington-Populismus in den ländlichen Regionen im Mittleren Westen und Nordwesten der USA ausgeprägt. Dort verweigern zehntausende die Bundessteuern, benutzen keine Führerscheine (Personalausweise gibt es in den USA sowieso keine), etc. Die meisten davon sind relativ harmlose Spinner, die nur von den Behörden in Ruhe gelassen werden wollen - und in den äußerst dünn besiedelten Landstrichen auch oft in Ruhe gelassen werden. Allerdings bieten sie ein ideales Potential für Rekrutierungsversuche von Rechtsradikalen.

Insgesamt gesehen handelt es sich bei der Miliz-Bewegung jedoch nicht um ewiggestrige Waffennarren - auch wenn die bürgerlichen Medien gerne dieses Bild vorgeben. Die Bewegung ist hochmodern. Sie ist in allen Landesteilen aktiv und hat »Stützpunkte« in vielen wichtigen Institutionen, einschließlich des US-Kongresses.



Oklahoma: Tatverdächtiger Terry Nichols

Mit den Bürgermilizen ist es der radikalen Rechten in den USA zum ersten Mal seit der Blütezeit des Ku-Klux-Klans in den 1920er Jahren wieder gelungen, eine bewaffnete Massenbewegung aufzubauen. In den vergangenen Jahren ist das politische Klima in den USA bereits weit nach rechts gerückt. Die Existenz von schwerbewaffneten rechtsradikalen Verbänden ist eine große Bedrohung für die demokratischen Freiheiten in den USA. ■

Aryan Nations

Die seit über 20 Jahren bestehende Aryan Nations (Arische Nationen) ist heute die wohl wichtigste nazistische Organisation in den USA. Sie ist der »politische Arm« der sogenannten »Church of Jesus Christ Christian« mit Hauptquartier in Hayden Lake (Idaho). Ihr Ziel ist eine »weiße Republik« im Nordwesten der USA. Führungspersonen: Der inzwischen verstorbene Robert Miles, der inzwischen todkranke Richard Butler, sowie der (leider immer noch recht lebendige) ehemalige KKK-Aktivist Louis Beam. Die Aryan Nations haben enge Verbindungen zur »Militia of Montana« (vermutlich auch zu anderen Milizen), zur NSDAP/AO und zu rechtsradikalen Skinheads. Die AN veranstalten jährliche Feiern zum Hitler-Geburtstag und einen regelmäßigen »World Aryan Congress«. Nachdem die Organisation lange Zeit auf den US-Nordwesten konzentriert war, sind in den vergangenen beiden Jahren auch in anderen Regionen der USA Ableger entstanden.

Christian Coalition

Die »Christian Coalition« ist die mitgliederstärkste Organisation der »Religiösen Rechten« in den USA, mit (nach eigenen Angaben) über zwei Millionen Mitgliedern. Führungspersonen: Ralph Reed und der Fernsehprediger Pat Robertson. Robertsons internationales TV-Netzwerk »Christian Broadcasting Network« hat Jahreseinnahmen von rund 150 Millionen Dollar. Die CC unterwandert systematisch die republikanische Partei und kontrolliert bereits über ein Dutzend Landesverbände der Partei. Die Organisation vertritt nicht nur die traditionellen fundamentalistischen Ziele (Verbot der Abtreibung, Einführung des Schulgebets, etc.) sondern auch detaillierte Positionen in der Sozial- und Steuerpolitik. Robertson vertritt zwar unterschwellig antisemitische Verschwörungstheorien, ist aber kein »richtiger« Faschist.

Christian Identity

Die »christliche Identität« bietet eine wichtige ideologische Klammer für verschiedene rechtsradikale Strömungen. Zu dieser Lehre gehört, daß die Weißen in Nordamerika und Nordwest-Europa das eigentliche »auserwählte Volk« der Bibel seien, Schwarze und andere Nicht-Weiße eine »prä-adamische« (also vor-menschliche) Gattung seien, und JüdInnen von Satan abstammen. Keine zentrale Organisation, sondern eine Vielzahl von (nur teilweise miteinander verbundenen) Kirchengemeinden und Gruppen. Wichtigste Führungsperson: »Pastor« Pete Peters. Zeitschrift: »Jubilee«. Wichtig: Die offen biologistisch-nazistische »Christian Identity« hat nichts mit der christlichen Rechten (»Christian Coalition«, »Lebensschützer«, Fernsehprediger, etc.) zu tun.

Die Amerikanisierung der europäischen Nazi-Bewegung

Schon lange gibt es Verbindungen zwischen Rechtsradikalen in Europa und in den USA. Seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es einen engen Austausch zwischen den verschiedensten Strömungen - nicht zuletzt zwischen den organisierten Auschwitz-Leugnern - auf beiden Seiten des Atlantiks. Einige Beispiele:

Die Rolle des Deutsch-Kanadiers Ernst Zündel (Toronto) wurde in der antifaschistischen Presse vielfach dokumentiert. Zündel hat jahrelang Bela Ewald Althans (München) gefördert und ihm ein Monatshonorar von 2.500 Mark gezahlt. Vor kurzem wurde Hans Schmidt in Schwerin verhaftet. Schmidt führt den GANPAC (German-American National Political Action Committee), das Verbindungen mit Zündel, mit den Aryan Nations in Idaho und mit der Liberty Lobby von Willis Carto hat. An den jährlichen Tagungen des berüchtigten »Institute for Historical Review« nehmen regelmäßig zahlreiche deutsche und europäische Auschwitz-Leugner teil (siehe Glossar).

Auch verschiedene Gruppen des Ku-Klux-Klans haben Kontakte nach Europa. Die KKK-Führer Bill Wilkinson, David Duke, James K. Warner, James W. Farrands und Dennis Mahon haben alle Europa besucht - zum Teil auch in Konkurrenz zueinander. Allerdings sind sie hier alle nur auf relativ wenig Resonanz gestoßen. Europäische Faschisten lassen sich nun mal kaum von einer Geheimorganisation begeistern, deren Mitglieder in weißen Bettlaken herumlaufen.

Aber auch andere Kräfte haben Kontakte nach Europa. Dazu gehören Gary Lauck von der NSDAP/AO (siehe Glossar) und die heidnisch-nazistische »Church of the Creator« (Kirche des Schöpfers). Die COTC wurde von dem inzwischen gestorbenen US-Millionär Ben Klassen gegründet und hat Ableger in Großbritannien (unter Mitgliedern der British National Party) und in Schweden (dort spielt der COTC-Chef Tommy Ryden eine führende Rolle in der terroristischen VAM).

Die COTC hat einen großen Einfluß unter rechten Skinheads auf beiden Seiten des Atlantiks, vor allem wegen ihrer Unterstützung für rassistische Rockbands wie Bound for Glory, The Voice und Rahowa (Rahowa ist der Slogan der COTC und steht für »Racial Holy War«).

Dieser »Hate Rock« ist ein wichtiges Mittel für nazistische Propaganda. Dabei

Dänemark, 1995: NSDAP/AO-Unterstützer auf dem Rückzug



Institute for Historical Review

Das IHR mit Sitz in Kalifornien ist DIE internationale Zentrale der Holocaust-Revisionisten. Auf den jährlichen Tagungen sprechen regelmäßig alle prominenten Auschwitz-Leugner (u.a. David Irving, Robert Faurisson, Fred Leuchter, Ernst Zündel). Im 26-köpfigen Beirat des Instituts sitzen auch drei Deutsche: Georg Franz-Willing (Überlingen), Wilhelm Stäglich (Badenweiler) und Udo Walendy (Vlotho). Enge Verbindung auch zu Otto Ernst Remer. Der Gründer des IHR, Willis Carto, verlor 1993 nach bitteren internen Auseinandersetzungen die Kontrolle über das Institut. Bei dem Konflikt geht es u.a. um eine 7,5 Millionen-Dollar Erbschaft, die zwar für das IHR gedacht war, die sich aber Carto unter den Nagel gerissen hat. Das IHR wird jetzt von Mark Weber geführt. Im April 1990 nahm Weber an einem u.a. von B.E. Althans organisierten internationalen Revisionistentreffen in München teil. Weber hat gute Kontakte zu dem Berliner Historiker Ernst Nolte. Ob das IHR die Trennung von Carto langfristig überlebt, ist noch ungewiß.

KKK

Der Ku-Klux-Klan war jahrzehntelang die wichtigste Strömung der US-amerikanischen rechtsradikalen Bewegung. Dieser rassistische Geheimbund wurde nach dem Bürgerkrieg und der Sklavenbefreiung vor rund 130 Jahren gegründet und war immer in eine Vielzahl von Einzelorganisationen zersplittert. Zunächst terrorisierte der KKK die afroamerikanische Bevölkerung in den Südstaaten, später war er auch gegen katholische und jüdische ImmigrantInnen aktiv. Seine größte Stärke erreichte er in den 1920er Jahren mit mehreren Millionen Mitgliedern; heute dürften es nur noch wenige Tausend sein.

Die letzte einigermaßen US-weite Klan-Fraktion sind die »Knights of the KKK« (Ritter des KKK) von Thom Robb aus Arkansas. Seit einigen Jahren versuchen verschiedene KKK-Gruppen, ihr »altmodisches« Image (weiße Kostüme, brennende Holzkreuze, etc.) loszuwerden. Inzwischen dürfen auch Frauen und Katholiken beitreten. Zahlreiche Klan-Führer haben aber auch das »altmodische« Schiff verlassen (z.B. David Duke oder Louis Beam).

Liberty Lobby

Wichtige Schaltstelle der radikalen Rechten mit Sitz in Washington, D.C. Gegründet vor 40 Jahren von Willis Carto (siehe auch »Institute for Historical Review«). Die Liberty Lobby gibt die antisemitische Wochenzeitung »Spotlight« mit angeblich über 100.000 Auflage heraus und betreibt das Radio-Netzwerk »Radio Free America«. Das »Spotlight« ist das wohl wichtigste »fraktions-übergreifende« Organ der rechtsradikalen Szene in den USA. Wegen interner Differenzen zerbrach vor

kurzem die langjährige Verbindung mit der rechtsradikalen Populist Party. Nachdem Carto die Kontrolle über das IHR verlor, gründete er die revisionistische Zeitschrift »Barnes Review«.

National Rifle Association and Gun Owners of America

Neben der »Christian Coalition« ist die Waffenlobby die wichtigste rechtskonservative Massenbewegung in den USA. Die führende Organisation ist die National Rifle Association (NRA) mit über drei Millionen Mitgliedern. Daneben gibt es die Gun Owners of America (GOA) von Larry Pratt mit rund 100.000 Mitgliedern, denen die NRA noch zu zahm ist. Beide Organisationen verlangen uneingeschränkten Privatbesitz von Schußwaffen und fördern den Aufbau von Bürgermilizen. Beide haben direkten Einfluß auf die republikanische Partei im US-Kongreß.

NSDAP/AO

»NSDAP-Auslands/Aufbauorganisation«, geführt von Gary Lauck mit Postadresse in Lincoln (Nebraska). Jahrelang der wichtigste Lieferant von nazistischem Propagandamaterial, das tonnenweise in die BRD geschmuggelt wurde (u.a. die Zeitschriften »New Order« und »NS-Kampfruf«). Seit Laucks Festnahme in Dänemark im März 1995 und seiner Auslieferung an die BRD-Justiz ist unklar, wie es mit der US-Organisation weiter gehen wird. Verschiedene Faschisten haben bereits Anspruch auf Laucks »Nachfolge« angemeldet, u.a. Harold Covington von der »International Union of National Socialists«. In den USA selbst hat die NSDAP-AO immer nur eine relativ kleine Rolle gespielt.

White Aryan Resistance

Der »Weiße Arische Widerstand« wird von dem ehemaligen KKK-Führer Tom Metzger und seinem Sohn John Metzger geleitet (Hauptquartier in der Nähe von Los Angeles). Rekrutiert vor allem unter rechtsradikalen Skinheads an der US-Westküste. Metzger produziert das Kabel-TV-Programm »Race and Reason« und verschiedene Info-Telefone. Ideologisch vertritt WAR die sogenannte »Third Position« (Strasserismus), also einen »antikapitalistischen« Nazismus. Strategisch propagiert Metzger zusammen mit Louis Beam den »führerlosen Widerstand« von einzelnen Terror-Zellen ohne zentrale hierarchische Führung.

Wise Use Movement

Wörtlich: Vernünftiger-Gebrauch-Bewegung. Lockerer Verbund von über 1.000 verschiedenen Anti-Umweltschutz-Gruppen. Führungspersonen: Ron Arnold und Alan Gottlieb. Ähnlich wie die Bürgermilizen wehren sich die Wise-Use-Gruppen gegen angeblich illegitime Bundesgesetze. Es geht vor allem um die Ausbeutung von Bodenschätzen sowie um den Gebrauch von Wasser und von Weideflächen auf den riesigen staatlichen Flächen im Westen der USA. Die Wise-Use-Leute beanspruchen hier ein »Recht auf Privateigentum« und gehen mit Waffengewalt gegen Bundesbeamte vor, die unerlaubtes Abholzen oder Abweiden von ökologisch gefährdeten Landstrichen verhindern wollen. Die Wise-Use-Leute stellen sich in der Öffentlichkeit meist als kleine Rancher und Cowboys dar. Finanziert werden sie von großen Konzernen, die auf eine profitable Ausbeutung der Bodenschätze hoffen.



$12,5 Mio. - Strafe: Tom Metzger (2.v.r.) bei der Versteigerung seines Lkws, 1991.

hat sich vor allem die Plattenfirma »Resistance Records« aus Detroit hervorgetan, die auch die Hochglanz-Zeitschrift »Resistance Magazine« herausgibt (Auflage angeblich 15.000). Resistance Records wurde 1994 von dem 24jährigen George Burdi (alias George Eric Hawthorne) und Mark Wilson gegründet. Resistance hat sich zum wichtigsten Organ für Nazi-Skinheads in Nordamerika entwickelt. Viele dieser Skinheads gehören zu dem lockeren Verbund der »Hammer Skins«.

Das terroristische VAM/Storm-Netzwerk in Schweden hat den Ball bereits aufgenommen und publiziert ein eigenes Hochglanz-Magazin (»Nordland«). Resistance und Nordland werden von dem deutschen Nazi-Blatt Nationaler Beobachter (aus Frankfurt/Oder) unterstützt. Auch deutsche Naziskins organisieren sich nach dem »Hammer«-Modell, u.a. in Berlin, Brandenburg, Sebnitz in Thüringen und Burladingen in Baden-Württemberg. Ähnliche Gruppen existieren auch in Polen, Tschechien und in der Schweiz.

Der bedrohlichste Aspekt der Amerikanisierung der europäischen Nazi-Szene ist allerdings die Verbreitung des Konzepts des »führerlosen Widerstands« und die Verherrlichung der früheren US-Terror-Organisation »The Order«. Europäische Skinhead-Magazine verehren Robert Mathews als Märtyrer (siehe S. III). »The Order« gilt auch als Vorbild der britischen Terror-Organisation Combat 18 und des VAM/Storm-Netzwerks in Schweden (VAM/Storm kopiert die Aktionen von The Order: Angriffe auf Polizeibehörden, Militärdepots, Banken und Regierungsbüros).

Die »Vorlage« für »The Order«, der Roman »Turner Diaries« von William Pierce (siehe Kasten auf Seite IV), zirkuliert bereits in halb Europa und wird seit Neuem auch in der BRD verbreitet. Die fiktiven TerroristInnen der »Turner Diaries« sind zwar streng hierarchisch organisiert (Pierce lehnt das Konzept des »führerlosen Widerstands« ab), aber ihre blutrünstigen Aktionen stoßen offensichtlich auch bei europäischen Neonazis auf Begeisterung. Mörderische Angriffe von kleinen, autonom operierenden Zellen sollen politische Gegner und staatliche Organe schwächen. Die folgende politische Destabilisierung soll zu einem offenen »Rassenkrieg« führen. Die Übernahme solcher Terrorstrategien durch europäische Nazi-Gruppen ist besonders bedrohlich. Auch in Deutschland sind verbotene Organisationen wie die NF und die FAP bereits dabei, konspirative paramilitärische Zellenstrukturen aufzubauen. ■

VAM, Schweden



Die Arbeit der »Coalition for Human Dignity«

Die »Coalition for Human Dignity« (Koalition für die menschliche Würde) wurde 1988 gegründet. Der Auslöser war der Mord an dem äthiopischen Immigranten Mulegeta Seraw durch drei Nazi-Skins in Portland (Oregon). Heute hat CHD Büros in Portland und in Seattle (Washington) und ist darüber hinaus in Montana und Idaho aktiv (die vier Bundesstaaten liegen alle im Nordwesten der USA).

CHD beschäftigt sich mit drei Problemen:

1) Die Gewalt von »Haßgruppen«, besonders von paramilitärischen Bürgermilizen und rechtsradikalen Skinheads,

2) schwulen- und lesbenfeindliche Organisationen und

3) der wachsende Einfluß der religiösen Rechten.

CHD organisiert Bündnis-Demonstrationen und direkte Aktionen gegen Rechtsradikale. Außerdem macht CHD Recherche-Arbeit, um die Verbindungen zwischen den verschiedenen rechten Organisationen zu dokumentieren. Diese Herangehensweise ist wichtig, um die Trennung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu überwinden, damit sie gemeinsam gegen Haß und Vorurteile kämpfen können.

CHD hat mitgeholfen, neue Organisationen und Bündnisse aufzubauen. So arbeiteten 1992 im »Oregon Democracy Project« großstädtische Linke, Schwulen- und Lesbenorganisationen, Bürgerrechtsgruppen und andere zusammen mit AktivistInnen aus den ländlichen Regionen. Das Projekt war eine gemeinsame Kampagne gegen die christliche Rechte.

[Anm. d. Ü.: Diese umfassende Herangehensweise ist eine Seltenheit in den USA. Meistens haben afroamerikanische BürgerrechtlerInnen, jüdische Organisationen, Schwule- und Lesben, Gewerkschaften, städtische »Autonome«, etc. so viele Vorbehalte und Berührungsängste gegeneinander, daß es nur selten zu einer antifaschistischen Zusammenarbeit kommt.]

Im vergangenen Jahr veröffentlichte CHD eine umfassende Dokumentation über die radikale Rechte im US-Nordwesten (»The Northwest Imperative«. Bestelladresse : Coalition for Human Dignity, P.O.Box 40344, Portland, OR 97240, USA). Zum Thema »rechtsradikale Bürgermilizen« erstellte CHD 1995 eine Zeitung mit Massenauflage (100.000). CHD publiziert den vierteljährlichen »Dignity Report«, der an 2.000 Adressen in der Region verschickt wird.

Rassismus, Antisemitismus, Ultra-Nationalismus und Fremdenhaß sind internationale Erscheinungen. Holocaust-Leugnung, die Skinhead-Bewegung und gewalttätigen Haß gibt es anderswo ebenso wie in den USA. Die USA spielen eine wichtige Rolle beim Export rechtsradikaler Ideologien und Ressourcen (z.B. das Schmuggeln von Nazi-Materialien nach Deutschland).

Die Notwendigkeit für internationale Zusammenarbeit ist besonders groß im Nordwesten der USA, wo Skinheads, Neonazis, »Christian Identity«-Leute und andere ständig über die US-kanadische Grenze hin- und her reisen. Amerikanische Menschenrechts-Gruppen und antifaschistische Organisationen (wie CHD) und ähnliche Gruppen im Ausland können viel voneinander lernen.

»Nach Oklahoma: Faschismus in den USA«

Eine Veranstaltungsreise mit dem amerikanischen Antifaschisten Jonathan Mozzocki von der »Coalition for Human Dignity« aus Portland, Oregon, USA.

Veranstaltungstermine 1996:

Nürnberg:	Samstag, 10.Februar	Dresden:	Donnerstag, 22. Febr.
Stuttgart:	Montag, 12. Februar	Leipzig:	Freitag, 23. Februar
Reutlingen:	Dienstag, 13. Februar	Braunschweig:	Montag, 26. Februar
Wuppertal:	Donnerstag, 15. Februar	Hamburg:	Dienstag, 27. Februar
Bielefeld:	Freitag, 16. Februar	Kiel:	Mittwoch, 28. Febr.
Oldenburg:	Montag, 19. Februar	Potsdam:	Freitag, 1. März
Bremen:	Dienstag, 20. Februar	Luckenwalde:	Sonntag, 3. März

Die Veranstaltungsreise wird von den Antifa-Zeitungen »Antifaschistisches Infoblatt« (Berlin), »ATZE« (Kiel), »Der rechte Rand« (Hannover), »Antifa-NRW-Zeitung« (Wuppertal), »Rabaz« (Nürnberg), der internationalen Antifazeitung »Searchlight« sowie der Antifagruppe »antifaschistisches komitee« (Bremen) unterstützt.

Zwangsprostitution im Nationalsozialismus – Teil 1

Frauen in Lagerbordellen

Der NS-Staat betätigte sich als Zuhälter. Auf Wunsch der Wehrmacht wurden im Sommer 1940 die ersten Bordelle für Soldaten eingerichtet, auf Himmlers Initiative entstanden ab 1942 zahlreiche Bordelle für Häftlinge in Konzentrationslagern. Tausende weiblicher Häftlinge wurden gezwungen, hier als Prostituierte zu arbeiten. Im ersten Teil berichten wir über Zwangsprostituierte in den Häftlingsbordellen der Konzentrationslager sowie über die Stellungnahmen männlicher politischer Häftlinge dazu. Der zweite Teil, in der nächsten Ausgabe, beschreibt die Bordelle der Wehrmacht, der SS und der Fremd- und Zwangsarbeiter. Wir geben die Meinungen weiblicher Mithäftlinge wieder und berichten über die Nichtanerkennung von Zwangsprostituierten als Verfolgte des Naziregimes.

1927 wurde die Strafbarkeit der Prostitution weitgehend aufgehoben, die Kontrolle und Erfassung vermeintlicher oder tatsächlicher Prostituierter jedoch erweitert. Nach der Machtergreifung verhafteten die Nazis tausende Prostituierte. Die nationalsozialistische Frauenpolitik gewährte nur »arischen« Frauen gewisse Privilegien, die sich bedingungslos in die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« eingliederten. Alte, biologistische Theorien wurden wieder aufgenommen und rassistische »Merkmale« konstruiert, Prostituierte mit »Gemeingefährlichen« und »Gewohnheitsverbrechern« gleichgestellt.[1]

Mit dem »Reichsgesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten« wurde nicht nur verschärft gegen Prostituierte vorgegangen. Jede Frau, die »öffentlich in geeigneter Weise« die Allgemeinheit belästigte oder zur »Unzucht« aufforderte, konnte verhaftet werden. So wurden Frauen, die bei Razzien ohne Begleitung eines männlichen Familienmitgliedes aufgegriffen wurden, zwangsweise auf Geschlechtskrankheiten untersucht. Wurde eine Frau mehrmals bei einer Razzia aufgegriffen, drohte ihr die Registrierung als Prostituierte und staatliche Kontrolle.

Ab Dezember 1937 wurde die Verfolgung von Menschen, die sich der Anpassung an nationalsozialistische Normen widersetzten, verstärkt. Registrierte Prostituierte wurden als »asoziale weibliche Elemente« in »Vorbeugehaft« genommen oder in Konzentrationslager deportiert. Dort erhielten sie den »schwarzen Winkel«, in der Lagerhierarchie eine niedrige Stufe. Doch den »Saubermännern« ging es nicht um die Prostitution an sich, sondern nur darum, sie aus der Öffentlichkeit zu vertreiben.

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen wurde vom Oberkommando der Wehrmacht bereits 1936 der Wunsch geäußert, Bordelle für Soldaten einzurichten. In einer Rede vor SS-Gruppenführern im Februar 1937 sprach sich Himmler dafür aus, die Prostitution als Mittel zur Bekämpfung der männlichen Homosexualität einzusetzen. Und die IG Farben forderten seit Mitte 1942 die Einführung des Akkordsystems für das KZ Auschwitz und einhergehend damit den Besuch von »Freudenhäusern« zur Leistungssteigerung.[2]

Bordelle für Lagerhäftlinge

Nach der Niederlage bei Stalingrad mobilisierte die SS alle Häftlingsarbeitskräfte für die Rüstungsindustrie. Am 15.Mai 1943 wird die sogenannte »Prämienverordnung« erlassen. Neben »Hafterleichterungen«, »Verpflegungszulagen«, »Geldprämien« und »Tabakwarenbezug« wird ausgewählten Gefangenen, die sich durch »Fleiß, Umsichtigkeit, gute Führung und besondere Arbeitsleistung auszeichnen«, als dritte Prämienstufe der »Bordellbesuch« in Aussicht gestellt. Diese Prämienverordnung sollte die Bereitschaft zur Solidarität unter den Häftlingen vermindern und so die gewünschte Anpassungsbereitschaft an die Regeln des Überlebens im KZ fördern, da nur diejenigen Häftlinge Vergünstigungen erhielten, die sich im Lagersystem als brauchbares »Instrument« der SS einfügten.

Auf Befehl Himmlers wurde bereits im Sommer 1942 das erste Lagerbordell im KZ Mauthausen eingerichtet. Es folgten: Auschwitz , Buchenwald, Sachsenhausen (1943), Neuengamme, Flossenbürg, Dachau, und Mittelbau-Dora (1944).

Nur ausgewählte Häftlinge durften das Bordell besuchen, »Bordellscheine« mit dem Aufdruck »... bittet gehorsamst, das Bordell besuchen zu können« wurden auf die Häftlingsnummer ausgestellt, konnten aber weitergegeben werden[3]. Gleichzeitig gestaltete sich die SS eine weitere Einnahmequelle. *»Für den Besuch des Bordells haben die Häftlinge eine Gebühr von RM 2,- zu entrichten. (...) Von diesem Betrag erhält die Insassin des Bordells RM 0,45, der aufsichtsführende weibliche Häftling RM 0,50, der Rest in Höhe von RM 1,50 ist vorläufig zu hinterlegen* [4]. Zeitzeuginnen berichten, sie hätten niemals Geld erhalten. Ab 1944 wurde der Betrag pro Besuch auf 1 RM gesenkt. Dies deutet darauf hin, daß die Häftlinge nicht so oft ins Bordell gingen, wie es sich die SS erhofft hatte.[5]

Selektionen

Nach Aussagen von ZeitzeugInnen konnten sich die Frauen angeblich freiwillig zur Prostitution melden. Sie hätten das Versprechen erhalten, nach sechsmonatiger Tätigkeit in den Bordellen entlassen zu werden. Andere Überlebende sind sicher, keine einzige der Frauen habe sich freiwillig gemeldet. Erstaunlicherweise wird in Berichten die »Freiwilligkeit« im Zusammenhang mit Lagerbordellen viel häufiger betont als

Auszug aus der »Prämienverordnung« vom Mai 1943

Der Chef des
SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes

Dienstvorschrift
für die Gewährung von Vergünstigungen an Häftlinge.
Prämien-Vorschrift.
Gültig ab 15. Mai 1943.

1. Hafterleichterung.
.... Reichsdeutsche Häftlinge dürfen sich mit Genehmigung des Lagerkommandanten die Haare stehen lassen.
5. Bordellbesuch.
Nur den Spitzenkräften soll auf Wunsch als besondere Belohnung der Besuch des Bordells ermöglicht werden.
Die betreffenden Häftlinge stellen kurzen Antrag über den Schutzhaftlagerführer beim Lagerkommandanten, der ihn unverzüglich prüft und entscheidet.
Der Lagerkommandant wird ermächtigt, die Erlaubnis zum Besuch des Bordells im Einzelfalle bis zu einem Mal wöchentlich zu erteilen.
Ich weise jedoch besonders darauf hin, dass hierfür nur Häftlinge mit wirklich hervorragender Leistung zugelassen werden. Für den Besuch des Bordells haben die Häftlinge eine Gebühr von RM. 2.-- zu entrichten. Die Entrichtung erfolgt durch Abgabe eines Prämienscheines in dieser Höhe, den der Häftling an seiner Arbeitsstätte für seine dort geleistete Mehrarbeit erhalten hat.
(Vergleiche Ausführungen zu Ziffer 3)
Von diesem Betrag erhält die Insassin des Bordells RM. -.45, der aufsichtsführende weibliche Häftling RM. 0.05, der Rest in Höhe von RM. 1.50 ist vorläufig zu hinterlegen und halbjährlich, erstmalig zum 10. 1. 1944 für die Zeit bis zum 31.12.1943 dem Chef der Amtsgruppe D zu melden.

gez. Pohl

bei anderen Arbeiten, sei es in der Häftlingsselbstverwaltung oder der Rüstungsindustrie. Dies hängt mit der gesellschaftlichen Ächtung der Prostitution zusammen.

Sicher ist: Unter den Bedingungen der KZ-Haft kann nicht von einer freiwilligen Entscheidung für die Prostitution gesprochen werden, denn der Begriff »freiwillig« hat in einem Konzentrationslager, in dem die Herrschaft der SS absolut ist, keine Relevanz[6]. Und: Keine der Frauen kam frei.

Selektiert wurden Frauen, die laut Akten als Prostituierte inhaftiert worden waren und solche, die aus anderen Gründen in Ravensbrück eingewiesen worden waren. Aber nicht alle registrierten Prostituierten wurden automatisch für die Zwangsarbeit bestimmt. Der Nationalität nach waren es zum großen Teil deutsche Frauen, aber auch Roma und Sinti und Frauen aus Osteuropa waren darunter. Über jüdische Frauen finden sich in Bezug auf die Häftlingsbordelle keine Hinweise.

Auf Himmlers Anweisung, strotzend vor menschenverachtendem Zynismus, sollten für die Arbeit im Bordell nur solche Frauen ausgesucht werden, bei denen: *»von vornherein anzunehmen ist, daß sie nach Vorleben und Haltung für ein späteres geordnetes Leben nicht mehr zu gewinnen sind, bei denen wir uns also bei strengster Prüfung niemals den Vorwurf machen müssen, einen für das deutsche Volk noch zu rettenden Menschen verdorben zu haben.«*[7]

Nach Recherchen von Christa Paul wurden allein in den Jahren 1940-1942 an die 35.000 Frauen zur Prostitution in den Häftlingsbordellen gezwungen.

Während die Zwangsprostituierten in Auschwitz aus Auschwitz selbst kamen, wurden die Frauen für die anderen KZ aus Ravensbrück selektiert. Der Ravensbrücker Lagerkommandant wählte zusammen mit dem Kommandanten des betreffenden Männerlagers die Frauen aus. Sie wurden nackt im Revier den SS-Offizieren vorgeführt und von diesen klassifiziert: die *»minder gute Ware kam in die KZ, bessere zur Wehrmacht, die schönsten und kräftigsten Mädchen in die Häuser für die Offiziere und die SS.«*[8]

Gemeinschaftsraum des »Sonderbaus« im KZ Buchenwald



Die zur Prostitution vorgesehenen Frauen und Mädchen wurden durch Essen und Höhensonne präpariert und schließlich durch SS-Männer im Operationssaal »ausprobiert«. Am nächsten Morgen wurden sie unter Bewachung von zwei SS-Aufseherinnen in einem verschlossenen Personenwagen in das Bordell des KZ transportiert. Der »Sonderbau«, abgetrennt mit einem Bretter- oder Stacheldrahtzaun, stand abseits der anderen Baracken. Es gab einen Aufenthaltsraum, sowie einen gemeinsamen Schlafraum, von dem nach zwei Seiten kleine Zimmer abgingen. Diese konnten vom Flur aus durch ein Guckloch eingesehen werden und die SS kontrollierte die Prostituierten und ihre Freier.

Margarethe W., Zwangsprostituierte in Buchenwald berichtet: *»Unsere Bekleidung war ein weißer Faltenrock, kleiner Schlüpfer darunter und ein Büstenhalter. Wir mußten nun jeden Abend acht Männer über uns rübersteigen lassen, innerhalb von zwei Stunden. Das hieß, die konnten rein, mußten ins Ärztezimmer, sich eine Spritze abholen, konnten zu der Nummer, also dem Häftling, konnten ihre Sachen da verrichten: rein, rauf, runter, raus, wieder zurück, kriegten nochmals eine Spritze und gingen wieder. Wir hatten ein Badezimmer mit Bidet und WC. Also an Sauberkeit hat es da nicht gefehlt«*[9].

Die Lebensbedingungen für die Zwangsprostituierten waren besser als die der übrigen Häftlinge. Sie brauchten nicht zusätzlich zu arbeiten, erhielten besseres Essen und zusätzlich Lebensmittel und kleine Geschenke von Freiern. Dies provozierte den Neid anderer Häftlinge und ließ oftmals ein verzerrtes Bild ihrer Lage, bestimmt durch sexuelle Ausbeutung, Gewalt und Zwang, entstehen. Sie waren vom Rest des Lagers völlig isoliert, durften sich nicht auf dem Rest des Lagergeländes bewegen und mußten auch am Sonntag arbeiten.

Verhütungsmittel gab es nicht. In Sachsenhausen wurden weibliche Häftlinge der Lagerbordelle, die schwanger wurden, umgebracht. Andere starben bei Zwangsabtreibungen. Säuglinge waren in den Augen der SS »nicht verwertbar«, in Auschwitz wurden Neugeborene direkt ins Feuer geworfen[10]. Waren die Frauen krank oder ihre sexuelle Attraktivität verbraucht, wurden sie durch »Unverbrauchte« ersetzt und nach Ravensbrück zurückgeschickt. Meist fand dieser Austausch nach einigen Monaten statt, einige Frauen mußten jedoch bis Kriegsende im Lagerbordell arbeiten. Waren sie infiziert mit Geschlechtskrankheiten wurden sie mit medizinischen Versuchen gequält, man ließ sie ohne Behandlung liegen und sterben oder schickte sie auf den Vernichtungstransport.

Die SS war sich ihrer Doppelmoral durchaus bewußt. So durften bei Lagerbesichtigungen Bordelle und Verbrennungsanlagen nicht gezeigt werden, zu den Besichtigungsteilnehmern durfte nicht darüber gesprochen werden, Schriftstücke darüber trugen den Stempel »Geheim«.

Der SS war der Besuch der Häftlingsbordelle strengstens verboten, obwohl sie sich nicht daran hielt. Dafür wurden eigene Lagerbordelle für die SS eingerichtet (siehe Artikel nächste Ausgabe).

Stellungnahmen männlicher Häftlinge

Viele ehemalige Häftlinge erwähnen in Berichten die Bordelle, ihre Aussagen sind unterschiedlich. Laut Christa Paul sind diejenigen, die sich diskriminierend äußerten in der Minderheit, viele erkannten, welche Demütigungen und Gewalt die Frauen zu erleiden hatten, relativierten den äußeren Anschein und stellten vor allem die »Freiwilligkeit« in Frage. Manche weigerten sich den Bordellschein zu nutzen, die politischen Häftlinge riefen zum Boykott der Lagerbordelle auf.

Ein extremes Beispiel lieferte der Schriftsteller Jorge Semprun, der Zwangsprostituierte ausschließlich als »Nutten« bezeichnet und ihre Lage so schildert, als würden sie zur Arbeit ins KZ und anschließend wieder nach Hause gehen. Zudem listet er ihre Nachnamen auf, voller Ignoranz welche Brisanz dies für die betroffenen Frauen hat.[11]

Für Eugen Kogon, ehemaliger Häftling des KZ Buchenwald, war die Einrichtung von Bordellen der Versuch, die politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern zu korrumpieren, zu bespitzeln und von der Politik abzuhalten. Die Bordelle sollten boykottiert werden, nicht nur aus Gründen der Korruption sondern auch aus sozialen Gründen, denn es sei eine Schande wenn die Häftlinge das ihnen von Familienmitgliedern mühsam ersparte und übersandte Geld für Bordellbesuche nutzten. Doch auch politisch-moralische Gründe spielten eine Rolle. Ein Häftling von politischer Ehre lasse sich nicht von der SS zum Bordellbesuch kommandieren, meine Joseph Joos. Manfred Schiffko-Pungartnik, ein ehemaliger Mauthausener Häftling, bezeichnet das Häftlingsbordell als »neues Verbrechen, sowohl gegenüber den Frauen, als auch gegenüber den Häftlingen.«[12]

Einem Bericht des Dachauer Häftlings Joseph Zeidler zufolge sei von allen politischen Häftlingen der Boykott des Bordells geplant worden. So habe die Masse der ausgemergelten Häftlinge kein Verlangen oder Kraft gehabt zu einer Frau zu gehen. Die deutschen politischen Häftlinge wären über viele Jahre daran gewöhnt gewesen, keinen

sexuellen Verkehr zu haben und es gab *»genügend Gründe gegenüber den weiblichen Häftlingen, die sich angeblich »freiwillig« gemeldet hatten...«*[13]

Die SS versuchte den Widerstand der politischen Häftlinge zu brechen. So zwang sie im KZ Buchenwald den Lagerältesten das Bordell aufzusuchen, sonst hätte er seine Funktion verloren, *»was schwerwiegende Folgen für das ganze Lager heraufbeschworen hätte.«*[14]

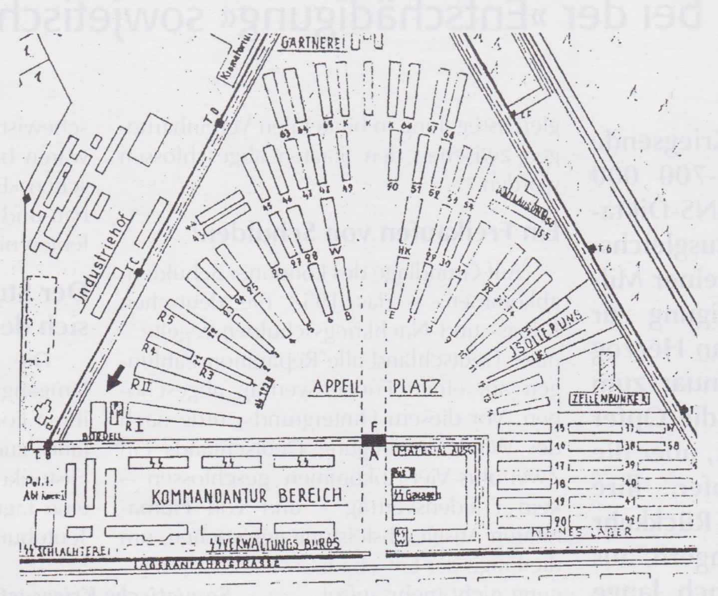
Doch trotz des Boykottaufrufes beantragten politische Häftlinge den Bordellbesuch. Heinz Junge schreibt dazu: *»Da die geheime Lagerleitung der Häftlinge durch die Blockältesten Kontrolle darüber hatte, wer den Sonderbau besuchte, konnte mit solchen, wenn sie zum politischen Kreis gehörten, geredet werden. War das zwecklos, wurde der Häftling aus dem Kollektiv der Politischen langsam entfernt, da jeder Besucher des Sonderbaus von der SS erpresst werden konnte, wodurch Gefahr für den Untergrund bestand.«*[15]

Laut Auskunft einer Mitarbeiterin der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald hatte ein Lagerschreiber beim Abendappell, entgegen der sonst üblichen Praxis, im Falle der genehmigten »Bordellbesuche« nicht nur die Nummern sondern auch die Namen der Häftlinge aufgerufen um sie moralisch unter Druck zu setzen.

Nach Kriegsende wurden die Bordellaufenthalte politischer Häftlinge unter anderem von der Parteikontrollkommission der KPD thematisiert. Nach einem Protokoll vom April 1945 wurden 626 aktive Genossen und ehem. Häftlinge auf ihr Verhalten in Buchenwald überprüft. Von den 626 wurden fünfzehn gemaßregelt. Neun dieser fünfzehn wurden gerügt, weil sie das Häftlingsbordell aufgesucht hatten.[16]

Christa Paul stieß bei den Recherchen zu ihrem Buch oftmals auf Unverständnis und Unmut über das Interesse an den Häftlingsbordellen. Einige ehemalige politische Häftlinge befürchteten, daß dadurch falsche Vorstellungen über die Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern entstünden. Dies ist sicherlich auch ein Grund dafür, daß weder in den Plänen noch in Führungen auf die Häftlingsbordelle hingewiesen wird. Doch dieses Argument ist unstimmig, denn gerade durch die Tabuisierung der Bordelle wird ein falsches Bild vermittelt. Die Häftlingsbordelle waren Teil des Lageralltages, auch wenn sie nur wenigen Häftlingen offenstanden. Sie waren Orte an denen Frauen Gewalt angetan wurde.

Und es gibt das Beispiel zweier politischer Häftlinge, die sich vor allem um die Zwangsprostituierte Margarethe W. in Buchenwald »kümmerten«. Sie brachten ihr Lebensmittel und kauften Freier für sie. *»D. und N., die haben natürlich ihr Recht verlangt, dem konnte ich mich nicht widersetzen. Von Anfang an wurde gleich beschlossen: Die gehört uns. Wir schicken die Häftlinge, die tun Dir nichts, aber wenn wir kommen, wir wollen unseren Teil. So ist es auch gewesen. Damit war ich einverstanden, denn das war mir lieber als die ewigen acht Männer - jeden Abend.«*[17] Nach dem Krieg erklärte Heinz N. Margarethe, dies sei damalige Strategie der illegalen kommunistischen Lagerleitung Buchenwalds gewesen, um die Frauen möglichst unbeschadet durchzubringen. Dies läßt sich durch andere Quellen weder bestätigen noch dementieren.



Lage des »Sonderbaus im KZ Sachsenhausen (siehe Pfeil)

Es ist schwierig, als Nachkriegsgeneration, die den Nationalsozialismus nicht selbst durchlebt hat, moralische Verurteilungen über das Verhalten von Häftlingen zu treffen. Aber es ist legitim, eine Auseinandersetzung einzufordern über diskriminierende Äußerungen und diskriminierendes Verhalten ehemaliger Häftlinge, die Ausdruck sind von Ignoranz gegenüber sexueller Gewalt an Frauen und der traditionellen moralischen Verurteilung von Prostitution.

Doch sollte über das Thema Zwangsprostitution nicht versucht werden, im Rahmen der bundesrepublikanischen »Geschichtsneuschreibung«, die Arbeit der kommunistischen Lagergemeinschaften zu diskreditieren.

Nach der Befreiung – Vorurteile und Schweigen

Nach der Befreiung gibt es kaum eine Auseinandersetzung mit der Zwangsprostitution. Auch die Opfer waren, und sind oftmals bis heute, nicht in der Lage über die an ihnen verübten Verbrechen zu reden. Nur dem Mut einiger Frauen, über das zu berichten was ihnen angetan wurde, ist es zu verdanken, daß heute eine Diskussion über Zwangsprostitution im Nationalsozialismus beginnen kann.

Die ehemaligen weiblichen Häftlinge, die in den Lagerbordellen arbeiten mußten, haben in der Regel keinen Kontakt zu den Lagergemeinschaften.

Aus Scham und befürchteten Schuldzuweisungen verschweigen die meisten in einem KZ-Bordell gearbeitet zu haben. Da Diskussionen erst begonnen haben, werden vielgelesene Bücher wie Kogons »SS-Staat« durch eher diskriminierende Aussagen bestimmt. Häftlingsberichte, die sich kritisch auseinandersetzen, sind in kleineren Auflagen erschienen. Insofern ist die Diskussion notwendig, um die bestimmende Meinung über Zwangsprostituierte im Nationalsozialismus auf die Realität hin zu relativieren und die Würde dieser Frauen nicht immer wieder zu verletzen.

Für eine Weiterbeschäftigung mit dem Thema empfehlen wir das hervorragende Buch »Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus« von Christa Paul, das bisher umfassendste Werk, kritisch und gleichzeitig sensibel geschrieben. ■

Anmerkungen, Quellen:
1) Lombroso führte bereits 1894 rassistische Untersuchungen an Prostituierten durch. Seine Berichte lesen sich wie die nationalsozialistische »Rassenkunde«.
2) C.Füllberg-Stolberg u.a. (Hrg.): Frauen in Konzentrationslagern. Bergen-Belsen Ravensbrück 1994, S.138.
3) Im KZ Mauthausen erhielten 1942 nur Deutsche und Österreicher die Erlaubnis, ab 1943 auch andere Nationalitäten. Juden, Russen und Südeuropäern war der Bordellbesuch generell verboten. Paul S.59f
4) Füllberg, S.138
5) Christa Paul: Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus. Edition Hentrich 1994, S.72
6) Paul S.33
7) Paul S.31
8) Füllberg S.139
9) Paul S.55
10) Wolf H. Wagner: Wo die Schmetterlinge starben. Kinder in Auschwitz. Dietz Berlin 1995, S.15
11) Paul S.87
12) ebd. S.88
13) ebd. S.82
14) ebd.
15) ebd S.83
16) ebd. S.84
17) Füllberg S.144. »Das große Schweigen« Bordelle in Konzentrationslagern. Maren Niemeyer, Caroline von der Tann. ORB 1995. Frauen-Lesben-Info von Radio Dreyeckland, 19.4.95

Literaturhinweise:
Zum Thema Verfolgung von Prostituierten im Nationalsozialismus siehe auch Angelika Ebbinghaus (Hrg.): »Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus.« Greno, Nördlingen, 1987, S.91ff.

Deutschland entzieht sich seiner »Humanitäre Ausgleichzahlung« historischen Verantwortung!

Schwierigkeiten bei der »Entschädigung« sowjetischer NS-Opfer

Mehr als 50 Jahre nach Kriegsende wird den ca. 500 000-700 000 sowjetischen Opfern der NS-Diktatur eine »humanitäre Ausgleichszahlung« von insgesamt einer Milliarde DM als Entschädigung zur Verfügung gestellt. Roman Herzog erklärte zwar den 27.Januar zum »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus«, aber die Entschädigung der Opfer, ihre Schicksale auch nach der Rückkehr aus den Konzentrationslagern, aus der Zwangsarbeit ist noch lange nicht entgolten. Die »biologische Lösung« ist wohl das politisch favorisierte Modell.

Am 16.Dezember 1995 jährte sich zum dritten Mal die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und Boris Jelzin in Moskau. In dieser Erklärung wurden Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit behandelt und die »humanitäre Regelung für nationalsozialistisches Unrecht in besonderen Härtefällen« bestätigt. Die Bundesrepublik verpflichtete sich, eine humanitäre Ausgleichszahlung von einer Milliarde DM der Russischen Föderation, der Ukraine und Weißrußland zur Verfügung zu stellen. Die Einzelheiten wurden in einem späteren gemeinsamen Notenwechsel im März 1993 vereinbart.

Die Mittel der Humanitären Ausgleichszahlung wurden nach Gründung der Stiftungen für Verständigung und Aussöhnung in Moskau, Kiew und Minsk in 3 Raten im Verhältnis 40:20:20 überwiesen. Mit der Vorgabe, daß die Zahlungen für Sowjetbürger, die durch das »nationalsozialistische Regime verfolgt« worden sind einschließlich der »Schwere des zugefügten Gesundheitsschadens« und der »gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage«, bestimmt sind.

Fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit ist die Humanitäre Ausgleichsregelung in bilateralen Vereinbarungen zwischen den Staaten abgeschlossen worden.

Ein Freikaufen von Schulden!

Auf Grundlage des Londoner Schuldenabkommens – das 1953 die deutschen Kriegs- und Nachkriegsschulden regelte – hatte Deutschland alle Reparationszahlungen auf einen Friedensvertrag abgeschoben. Vor diesem Hintergrund wurde nach der Wiedervereinigung Deutschlands ein Zwei-plus-Vier-Abkommen geschlossen – kein Friedensvertrag – und von Humanitären Ausgleichsleistung gesprochen, um die Frage der Entschädigung nicht mehr aufrollen zu müssen.

Durch das zur Verfügungstellen der Pauschalsumme an die drei Staaten wird der Eindruck einer Good-Will-Geste erweckt und der deutschen Wirtschaft die Tür zum 'russischen Markt' geöffnet. Die Verantwortung lag in den Händen der Stiftungen, die alle weiteren Aufgaben zu bewältigen haben. In der öffentlichen Wahrnehmung ist Deutschland nicht mehr verantwortlich.

Den Opfern fühlte sich Deutschland nicht verpflichtet

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion wurden 4 Millionen Kriegsgefangene und Zivilisten zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Ihnen wurde das Los von Sklaven und die Behandlung als bolschewistische Untermenschen zuteil. Sie waren billigste Arbeitskräfte für den deutschen »Endsieg« in der Industrie, im Bergbau und in der Landwirtschaft. Viele überlebten nicht!

Der Stukenbrocker Appell nahm sich der Opfer an

Die Klagen der Überlebenden, der Umgang der russischen Bürokratie mit ihren Forderungen, erreichten in Deutschland zuerst Gedenkstätteninitiativen und Historiker. Sie nutzten im Frühjahr 1994 eine Tagung in Stukenbrock am Rande des Teutoburger Waldes – dem Ort des Stalag

Sowjetische Kriegsgefangene – sie sind noch immer von Entschädigungszahlungen ausgenommen



326, wo ca. 300 000 sowjetische Kriegsfangene interniert waren. 65 000 überlebten nicht – und initiierten den Stukenbrocker Appell, um den Opfern Gehör zu verschaffen. Adressaten waren die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit in den jeweiligen Ländern und in Deutschland.

Durch die Meldungen in der russischen Presse im Dezember 1992 über die geplanten Kompensationszahlungen aus Deutschland, waren große Hoffnungen bei den geschundenen, geschlagenen und benachteiligten Opfern der NS-Willkürherrschaft geweckt worden. Das Vertrauen in die russische Bürokratie war gering. Viele Sowjektbürger waren Doppelopfer. Sie durchliefen die Infiltrationslager, wurden als Kollaborateure verteufelt und verschwanden oft in Stalins GULAG. Viele vertauschten so den einen Stacheldraht mit dem anderen! Viele wurden in der offiziellen Sowjetgesellschaft ausgegrenzt, und im persönlichen und beruflichen Fortkommen erheblich benachteiligt.

Sie richteten ihre Fragen nach den Auszahlungsmodalitäten an den Bundeskanzler. Der St. Petersburger KZ-Häftlingsverband stellte über einen Bundestagsabgeordneten eine Anfrage an die Bundesregierung. Die ließ durch das Auswärtige Amt verlauten, daß allgemeine völkerrechtliche Grundsätze, Einzelansprüche von Geschädigten, nicht gegen verantwortliche Staaten erhoben werden können. Die Sowjetunion habe 1953 gegenüber der DDR – im Verständnis der Bundesrepublik gegenüber Deutschland insgesamt – auf weitere Reparationsleistungen verzichtet, verantwortlich für die Verteilung der Mittel seien nun alleine die Stiftungen.

In dieser Haltung verbirgt sich eine komplizierte völkerrechtliche, juristische, sozialrechtliche und politische Realität. Die Bundesregierung arbeitet an diesem Punkt mit viel diplomatischem Geschick, zuvor schon erprobt in Abkommen mit westeuropäischen Ländern.

Die deutsche Seite spricht es nicht aus, sieht aber Zwangsarbeit als »normales Kriegsrecht«, das somit unter Reparationszahlungen fällt und kein »NS-Unrecht« ist. Bei der historisch belegten Rolle der Wehrmacht im »Blitzkrieg« gegen die Sowjetunion eine schwierige Angelegenheit!

Was ist seither passiert?

Die Stiftungen arbeiten seit über 2 Jahren. Seit Sommer 1994 wird von allen drei Stiftungen – sie hatten untereinander die Vergabekriterien, Auszahlungsmodalitäten abgesprochen – ausbezahlt.

Die drei Stiftungsvorsitzenden aus Moskau, Kiew und Minsk befanden sich im Herbst 1995 auf einer Informationsreise in Deutschland und besuchten die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, unter deren Trägerschaft wurde der Stukenbrocker Appell koordiniert, und berichteten über den aktuellen Stand der Arbeit in ihren Stiftungen. Sie mußten in kürzester Zeit arbeitsfähige Strukturen aufbauen und beklagten die fehlende Unterstützung mit dem reichhaltigen Know-How von deutscher Seite.

Bis Oktober 1995, so war im Gespräch zu erfahren, wurden in Rußland von 145 000 eingegangenen Anträgen ca. 116 000 bewilligt und ausbezahlt. Die ukrainische Stiftung hatte bei 650 000 geschätzten Anspruchsberechtigten über 505 000 Anträge erhalten, etwa 450 000 bearbeitet und 360 000 Betroffenen Pauschalen von durchschnittlich 600 DM gezahlt. Die weißrussische Stiftung hat mit 65 000 bewilligten Anträgen bereits fast der Hälfte aller geschätzten Opfer geholfen.

In Rußland und der Ukraine bilden die zur Zeit der deutschen Besetzung noch Minderjährigen mit ca. 70 Prozent die weitaus größte Opfergruppe. In Weißrußland dagegen sind über die Hälfte der damals Erwachsenen in der Überzahl. Die Erwachsenen wurden unterteilt in KZ- und Ghetto-Häftlinge und die »Ostarbeiter«.

Sie erklärten, daß die Arbeit in vollem Gange ist und in diesen laufenden Prozeß nicht mehr eingegriffen werden kann. Sie sind jetzt zum erstenmal in der Lage, mehr Anträge von Anspruchsberechtigten bearbeiten zu können wie eingehen. Die Vertreter brachten ihre Zuversicht zum Ausdruck, die Arbeit bis Ende 1996 abschließen zu können und hoffen auf Unterstützung bei dem schwierigsten Problem, der Beschaffung von Dokumenten für die Opfer.

Was bleibt?

Die deutsche Bürokratie hat den Ball den Stiftungen zugespielt. Den Opfern und ihrer Verbände und Bürgerrechtsorganisationen wurde die Mitarbeit in der Stiftung verweigert, demokratische Kontrolle ist nicht erwünscht.

Die damals minderjährigen Opfer genießen gegenüber den damals Erwachsenen – unterteilt in KZ- und Ghetto-Häftlinge sowie »Ostarbeiter« – Privilegien und sind durch die Sozialgesetze bevorteilt.

Die »Ostarbeiter« haben keine Lobby und die Kriegsgefangenen können aus völkerrechtlichen Gründen nicht berücksichtigt werden. Die staatlichen Vertreter sind in den Stiftungsgremien überrepräsentiert. Die Auszahlungskategorien sind nicht an der Schwere des Leides, sondern am Alter orientiert. Die Schwächsten und Ältesten scheinen wieder ausgegrenzt zu werden, nicht zu ihrem Recht zu kommen.

Wahrscheinlich bleibt Geld übrig. Zwei Stiftungsvorsitzende stellen Überlegungen an, das Geld für Rehabilitationseinrichtungen für Opfer bzw die »Kriegsgräberfürsorge« für deutsche Soldaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion umzuwidmen. Die Opfer und ihre Interessenvertreter fordern, daß in einer zweiten Runde die restlichen Mittel vor allem an die benachteiligten Opfergruppen ausgezahlt werden sollen. Die Kriegsgefangenen wollen beteiligt werden.

Es bleibt das millionenfach erlittene Unrecht, das unsägliche Leid, das nicht zu entschädigen ist. Es scheint der politische Wille zu fehlen, den Opfern unbürokratisch zu helfen. Die Überlebenden setzen ihre Hoffnungen immer wieder auf Deutschland. ■

Neonazis in der »Hermann-Niermann-Stiftung«

An der langen Leine der Behörden

Vier Jahre verhandelten nordrhein-westfälische Behörden mit dem Neonazi Norbert Burger um die Einrichtung der gemeinnützigen »Hermann-Niermann-Stiftung«. Acht Jahre finanzierte der Südtirolterrorist steuerbegünstigt Gesinnungskameraden und Separatisten im Ausland. Die NRW-Behörden, denen die Stiftungsaufsicht oblag und für die Burger kein Unbekannter war, ließen jede Kontrolle vermissen. Sie warnten nicht einmal die entsprechenden Stellen im befreundeten Ausland. In Belgien ist dieser Vorgang noch heute ein Skandal.

NORBERT BURGER, Bundessprecher der österreichischen NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (NDP), Burschenschaftler und Südtirolbomber, war einer der bekanntesten Neonazis Österreichs. Es ist also wenig verwunderlich, wenn ein Großdeutscher überall dort Subversion betreibt, wo deutsche Minderheiten in ehemals deutschen Gebieten siedeln. Als Berater des millionenschweren Düsseldorfers HERMANN NIERMANN, der ebenfalls ein Herz für deutsche Minderheiten besaß, gründete Burger deshalb die gemeinnützige HERRMANN-NIERMANN-STIFTUNG (HNS) in Düsseldorf. Das von Niermann beigesteuerte Kapital war u.a. in den Ziegeleien der Familie von Zwangarbeitern erwirtschaftet worden. Ziel der mildtätigen Stiftung ist die Unterstützung des Deutschtums im Ausland bzw. die Unterstützung europäischer Minderheiten. Den zuständigen Behörden, nämlich den Düsseldorfer Regierungspräsidenten als Stiftungsaufsicht und dem NRW-Innenministerium, war keinesfalls entgangen, mit wem sie es zu tun hatten. Daher durfte Burger selbst keinen Posten in der 1978 gegründeten Stiftung einnehmen. Als engster Berater des senilen Stifters Niermann behielt er jedoch die Fäden in der Hand.

Was in Folge geschah, ist nur noch lückenhaft zu rekonstruieren, denn eine ordentliche Buchführung der steuerbegünstigten Stiftung fand der Sachverwalter Tondorf, der 1986 eingesetzt wurde, nicht vor. Acht Jahre hatten die Behörden den Neonazi und seine »Kameraden« offensichtlich schalten und walten lassen, ohne überhaupt die Bücher zu prüfen. In dieser Zeit wurde der Wahlkampf des österreichischen Rechtsextremen OTTO SCRINZI finanziert. Geld gab es auch für die Verteidigung der SCHWARZEN WÖLFE, einer elsässischen Separatistengruppe, die Anschläge gegen das ehemalige KZ Struthof verübt hatte und sich deshalb vor Gericht verantworten mußte. Bei dubiosen Geschäften mit Stiftungsimmobilien fiel ca. eine halbe Million DM für Burger ab, deren Verwendung völlig ungeklärt ist. Ungefähr eine Million DM wurde an »bedürftige Bergbauern« im nicht gerade armen Südtirol gezahlt. Nur die Hälfte kam nach Nachforschungen der Bozener Staatsanwaltschaft überhaupt bei den Leuten an. Den Rest, so vermuten Verfassungsschützer des Kölner Bundesamtes im Spiegel (45/94), könnte »zur Unterstützung terroristischer Aktivitäten in Südtirol veruntreut worden sein«. In Bozen prüft die Staatsanwaltschaft, ob Niermanngelder an die Terrortruppe EIN TIROL geflossen sind, die von 1986 bis 1988 insgesamt 40 Anschläge verübten. Nicht zuletzt wurden die Parteikassen der PARTEI DER DEUTSCHSPRACHIGEN BELGIER (PDB) gefüllt.

Der »Minderheitenspezialist« aus Bonn steigt ein

Mit dem Ableben Hermann Niermanns wurde das Kuratorium mit alten Kameraden Burgers besetzt. Unter anderem waren dies der Südtirolbomber DR. ERHARD HARTUNG, der Chef des rechtsextremen AULA-Verlages HERWIG NACHTMANN oder der CSU-Rechtsausleger VON DER HEYDTE. Erst 1986 setzte die Stiftungsaufsicht einen Sachverwalter ein und ließ die Konten sperren. Die Aufklärung der Vorgänge war wegen fehlender Belege jedoch äußerst mühsam und die verantwortlichen Stellen in Düsseldorf dürften kein allzugroßes Interesse an dem gehabt haben, was unter ihrer »Aufsicht« vor sich gegangen war. So wurde, nachdem der Bericht des Sachverwalters Tondorf 1987 in den Aktenschränken der Behörde verschwunden war, nicht etwa das Kuratorium verabschiedet, sondern weitgehend im Amt belassen. Neu hinzu kamen allerdings der führende PDB-Politiker und bisherige Nutznießer LORENZ PAASCH als Geschäftsführer und der Ministerialbeamte und Minderheitenspezialist aus dem Ministerium für »innerdeutsche Beziehungen«,



»Nein zur hegemonialen deutschen Außenpolitik« - Eine Gruppe von DemonstrantInnen protestiert am 29. Mai 1995 in Brüssel vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

UWE STIEMKE als Stiftungsvorsitzender. Stiemke, Besitzer eines SPD-Parteibuches, ließ ganz im Sinne der Düsseldorfer Behörden nichts auf die Stiftung kommen und leugnete in ostbelgischen Medien, daß Burger überhaupt etwas mit der Stiftung zu tun gehabt habe. Dieses Vorgehen war nicht gerade ein Bruch mit der bisherigen Stiftungspolitik. Auch scheint es nicht besonders glaubwürdig, daß der Minderheitenspezialist der Bundesregierung der HNS ausschließlich als Privatmann vorsteht, wie sein heutiger Dienstherr behauptet. Für das Privatvergnügen eines Sozialdemokraten dürfte die Gesellschaft, in der er sich dort bewegte, nämlich arg gewesen sein.

Denn vorerst blieb das alte Kuratorium im Amt. Noch 1990 sitzen dort Hartung, Nachtmann, das ehemalige Bundesvorstandsmitglied des WITIKOBUNDES OSKAR BÖSE, der ehemalige NDP-Vorsitzende RUDOLF WATSCHINGER, der ehemalige »Bundesführer« des BUNDES HEIMATTREUER JUGEND, GERNOT MÖRIG, der Südtirolterrorist KIENESBERGER und der ehemalige Sprecher der Burschenschaft DANUBIA, MICHAEL VOGT. Mit dabei ist auch PETER IVER JOHANNSEN, vom Verwaltungsrat des VEREINS FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (VDA).

Immerhin ist seit 1987 einigermaßen durchschaubar, wohin die Gelder aus dem ca. 120 Millionen betragenden Vermögen der Stiftung fließen. Zuschüsse erhält der SUDENTENDEUTSCHE RAT, der VDA oder die FÖRDERALISTISCHE UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (FUEV). Millionen gehen weiterhin in das kleine Ostbelgien, wo der ehemalige PDB-Politiker und jetzige Geschäftsführer der HNS als Weihnachtsmann auftreten kann. Eine knappe Million vereinnahmt die STILLE HILFE SÜDTIROL. Nicht nur die unvermeidlichen »Bergbauern« profitieren davon, sondern auch der rechtsextreme »TÜRMER-VERLAG. Mit Paletten pangermanischen Schrifttums beliefert der Vorsitzende BLETSCHACHER das Südtiroler Kulturinstitut. Darauf angesprochen beruft er sich auf Dr. Rudolf Aschenauer, einen alten Nazi, berüchtigten NS-Verteidiger und Antisemiten. Aschenauer, der auch schon mal für NATION EUROPA schrieb, ist ehemaliger Vorsitzender des VDA.

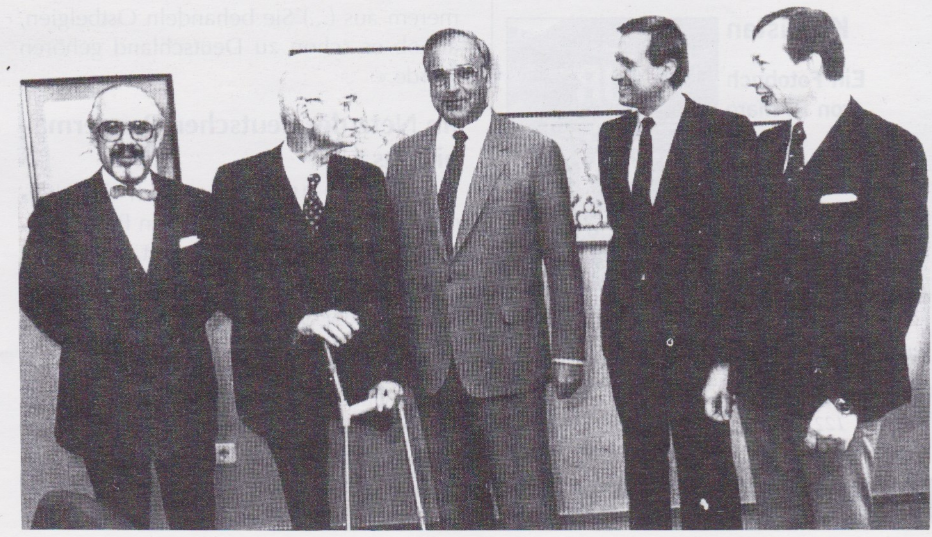
»Als ob es schon zu Deutschland gehören würde«

Die Abberufung des Kuratoriums zog sich hin. Noch 1993 wird sie vom Bundesgerichtshof als »unwirksam« erklärt, in Einzelfällen wurde noch länger prozessiert. Zwei Gründe waren entscheidend für die Zögerlichkeiten der Behörden. Zum einen wußten die Neonazis in der HNS, was die Stiftungsaufsicht wußte oder zumindest hätte wissen müssen, aber gerne verschweigen wollte, zum anderen hätte ein öffentlicher Skandal Fragen nach der Tätigkeit des



In deutscher Tradition:
Reichspräsident Paul von Hindenburg (ganz rechts) empfängt Pfingsten 1932 uniformierte Aktivisten des Vereins für das Deutschtum im Ausland - VDA (Foto oben)
Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß (Bildmitte) im Oktober 1940 auf der Haupttagung des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (Foto mitte)
Helmut Kohl (Bildmitte) empfängt 1982 in seiner Funktion als CDU-Vorsitzender führende Personen des Vereins für das Deutschtum im Ausland, unter Ihnen das CSU-Mitglied Hans Klein (ganz links im Bild), der heute Vizepräsident des Bundesinnenministerium ist (Foto unten)





Ministerialbeamten Stiemke aufgeworfen und nach der verdeckten Außenpolitik, die über Jahre von der HNS betrieben wurde. Das Wesen der verdeckten Außenpolitik ist aber in erster Linie die Nichtöffentlichkeit.

Vor allem in Ostbelgien gab es jedoch Leute, die wissen wollten, woran sie waren, und hinter der Stiftung eine völkische Anschlußpolitik vermuteten. In der kleinen deutschsprachigen Minderheit von ca. 68.000 Menschen ließ sich mit den Niermann-Millionen erheblicher Einfluß geltend machen. Landesweit machte darum die Niermann-Affäre Schlagzeilen. Das Regionalparlament verhandelte die Angelegenheit und offizielle ostbelgische Stellen bemühten sich beim NRW-Innenminister vergeblich um Aufklärung. Letztlich warnte der Ministerpräsident Maraite die Bevölkerung vor der Annahme der Niermanngelder. In den Genuß staatlicher Kulturförderung kommt in Ostbelgien heute nur, wer kein Niermann-Geld annimmt. Seitdem hat auch die HNS ihre Förderung eingestellt und versucht nun, steuerbegünstigt und auf dem Gerichtswege gegen Kritiker vorzugehen. Bruno Kartheuser und Freddy Derwahl, zwei ostbelgische Journalisten, die sich besonders um die Aufklärung der Niermann-Affäre verdient gemacht haben, sollen durch diese Prozesse zum Schweigen gebracht und finanziell ruiniert werden. Dabei hatten Kartheuser und Derwahl nicht viel anderes gesagt als auch hierzulande beispielsweise im *Spiegel* nachzulesen war. Dagegen forderten Stiemke & Co. nicht einmal Gegendarstellungen ein.

Alfred Evers, Senator und Bürgermeister von Eupen hat mit mehreren Briefen an den NRW-Innenminister und die Bundesregierung versucht, Licht in das Dunkel zu bringen. Doch Antworten blieben aus oder waren nichtssagend. »Ursprünglich hoffte ich«, so Evers in einem Gespräch mit der *Jungen Welt*, »daß es sich dabei um einen unzuständigen Beamten unterer Ebene handelt, der Außenpolitik auf eigene Faust betreibt. Mittlerweile sieht es nach Schlimmerem aus (...) Sie behandeln Ostbelgien, als ob es schon zu Deutschland gehören würde.«

Im Netz des deutschen Pangermanismus

Seit Ende 1993 haben sich die Niermänner im Netz des deutschen Pangermanismus behaglich eingerichtet. Die offen auftretenden Neonazis sind abberufen und die HNS macht den Eindruck einer Regierungsagentur. Neben dem Vorsitzenden Ministerialrat Stiemke und dem Geschäftsführer Paasch hat der Ministerialbeamte Leo Weiler (vom Bundesinnenministerium, BMI) den stellvertretenden Vorsitz inne. Im Kuratorium hält der Vorsitzende des VDA-Verwaltungsrates Peter Iver Johannsen den Kontakt zum VDA und der FUEV-Vorsitzende Armin Nickelsen den zur FUEV. Die beiden Letztgenannten vertreten auch den Bund der Nordschleswiger, der deutschen Minderheit in Dänemark.

Um das arg angeschlagene Image der Stiftung aufzubessern, werden heute auch Projekte für Sinti und Roma gefördert oder Geld für eine Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus gespendet. Die alte Politik wird jedoch, wenn auch in weit moderaterer Form, weitergeführt. Mit der institutionellen Förderung der FUEV, einem Zusammenschluß von ca. 40 Europäischen »Volksgruppen« wird eine Organisation gefördert, die sich in die Tradition der unheilvollen Minderheitenpolitik der 30er Jahre stellt. Demnach gehören die Angelegenheiten der »volklichen Gemeinschaften«, so die FUEV, »nicht mehr wesentlich allein zu den inneren Angelegenheiten eines Staates«. In den 20er und 30er Jahren diente diese Minderheitenpolitik den Nazis zur Sammlung ihrer fünften Kolonnen in ganz Europa. Auch heute ist die Ideologie, die das sog. »Mutterland« als zuständig für Minderheiten erklärt nicht ungefährlich. Demnach ist nicht derjenige Staat für die Rechte von Minderheiten verantwortlich, in dem diese leben, sondern derjenige, aus dem sie stammen. Deutsches Blut wird also höher bewertet als ein russischer, polnischer oder tschechischer Paß. Folgerichtig ist also das bundesdeutsche Innenministerium für die deutschen Minderheiten im Sudetenland, in Schlesien, Ostbelgien oder an der Wolga zuständig. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ist jedoch keineswegs unumstritten. Deshalb kann in vielen Fällen die Bundesregierung nicht direkt tätig werden. Es braucht »private« Vereine, wie die HNS, den VDA oder die FUEV als »private« Vorfeldorganisationen ihrer Vormachtspolitik. ■

Einblick ins braune Netz:

Die »Stille Hilfe Südtirol«

Eine bayrische Affäre wirbelt Staub auf und ein Verein gerät in die Schlagzeilen: Sein Name, Stille Hilfe Südtirol, wurde mit Bedacht gewählt - einziges Ziel ist es, im Stillen zu arbeiten. Der Verein, jahrelang mit Steuergeldern finanziert, wurde von seinem Vorsitzenden GERHARD BLETSCHACHER um etwa fünf Mio. DM betrogen. Angeblich will der Verein mehr als 50 Millionen DM Spendengelder von 35000 Mitgliedern gesammelt haben. 1994 wurde ihm die Gemeinnützigkeit entzogen.

Die »Stille Hilfe Südtirol« ist eine Organisation im verschwiegenen Netz des Bonner Innenministeriums. Meist auf Umwegen finanziert das Ministerium die »Volkstumspflege« der »deutschen Minderheiten« in fast sämtlichen Staaten Europas mit Millionensummen.

1987 bis 1993 erhielt der Verein großzügige Zahlungen vom heutigen Ministerialrat UWE STIEMKE. Der heutige Beamte des Bonner Innenministeriums war früher im »Gesamtdeutschen Ministerium« für »Grenzgebiete« zuständig und hat als Vorsitzender die Finger in der schwarz-braunen Kasse einer weiteren Netzwerkorganisation: der HERMANN-NIERMANN-STIFTUNG (eines der führenden Gründungsmitglieder der Stiftung ist der rechtsextremistische Bombenterrorist Norbert Burger, siehe Artikel in diesem Heft). Von den Konten dieser Organisation überwies Stiemke sogenannte Spendengelder an die »Stille Hilfe Südtirol«. Allein 1988 flossen 644.000 DM vom Rhein über Zwischenstation an der Isar nach Südtirol. Ausgerechnet in der Wohlstandsregion Italiens wurden »bedürftige Bergbauern« ausgemacht und mit der stattlichen Summe von 182.000 DM bedacht. Für die Ausstattung von Bibliotheken zahlte der Beamte mal 29.000 DM, mal 15.000 DM.

Wenig später erhielt das Kulturinstitut palettenweise deutsches »Schrifttum« mit Bletschacher als Absender. Zum Inhalt gehörten unter anderem pangermanische Propagandaschriften aus dem rechtsradikalen Türmer-Verlag. Den Versand, so erklärte Bletschacher blauäugig, habe ihm ein gewisser DR. RUDOLF ASCHENAUER aufgegeben. Aschenauer (siehe Antifa Info-Blatt Nr. 29), ein berüchtigter Antisemit, stand nicht nur der »Stillen Hilfe Südtirol« äußerst nahe. Die Gründung dieses Vereins sowie der gleichnahmigen STILLEN HILFE, einer Gefangenenhilfsorganisation zur Betreuung von im Gefängnis sitzenden NS-Verbrechern, war Aschenauers Idee. In den 50er Jahren belebte er zwischen München und Südtirol jene Beziehungen, die er als NS-Sachbearbeiter für staatsfeindliche Angelegenheiten, Fachkraft im NS-Reichspropagandaamt und Südtirol-Spezialist des VOLKSBUNDES FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (VDA) stets gepflegt hatte. Für den VDA speiste Aschenauer die Gelder aus Bonn in das großdeutsche Netzwerk ein - unter anderem bei der »Stillen Hilfe Südtirol«.


Rudolf Aschenauer, Verbindungsmann der Bundesregierung im Milieu des deutschen Rechtsradikalimus

Gerhard Bletschacher, 23 Jahre lang Vereinsvorsitzender und Geschäftsführer der »Stillen Hilfe Südtirol«, erhielt für sein »ehrenamtliches Engagement« den Bayerischen Verdienstorden, den Großen Tiroler Adlerorden und das Bundesverdienstkreuz. Von 1990 bis 1995 war Bletschacher CSU-Fraktionsvorsitzender. Er trat aufgrund der Affäre um die »Stille Hilfe Südtirol« zurück. Neun Jahre lang nahm er monatliche Abhebungen zwischen 18.000 und 70.000 DM vom Vereinskonto vor. Dafür wurde er im Dezember 1995 in München zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt wegen Untreue in 83 Fällen. Insgesamt verschwanden 4,9 Millionen DM. Davon konnten jedoch »nur« 2,6 Mio. DM strafrechtlich geahndet werden. Das unterschlagene Geld steckte er in seine marode Käseschachtelfabrik.

Bemerkenswert ist, daß in der Presse zwar viel über den bemitleidenswerten Angeklagten während des Prozesses berichtet wurde, aber kein Wort über die Arbeit und Funktion der »Stillen Hilfe Südtirol« zu lesen war. Offen bleibt, ob und in wieweit sie den Südtirol-Terrorismus finanziert hat. Auch wenn ihr Vereinsvorsitzender hinter Gittern verschwindet, wird die »Stille Hilfe Südtirol« wohl weiterhin ein Instrument der verdeckten Einflußnahme bundesdeutscher Außenpolitik bleiben.

Quellen:
junge welt vom 11.5.95
tageszeitung vom 14.12.95
Süddeutsche Zeitung 14.12.95

Vor zwei Ausgaben haben wir den Begriff »Neue Rechte« zur Diskussion gestellt und zwei Texte zu dieser Thematik abgedruckt. In diesem Antifa Info-Blatt dokumentieren wir eine Zuschrift, die wir als Reaktion darauf erhalten haben. Wir drucken den Text in voller Länge und unverändert ab, lediglich den Namen des Autors haben wir weggelassen. Schließlich ist es ja auch egal, wer der Verfasser ist... Wir hoffen, damit zur Fortsetzung der Debatte beizutragen und zu weiteren Beiträgen anzuregen.



Ein Beitrag zur Diskussion um die »Neue« Rechte

Gegen die nationale Verengung im Blick

Gegen Ende des Artikels »Der Begriff 'Neue Rechte'« im »Info« Nr.31 wird gefordert, diese Eigenbezeichnung nur noch im allerengsten Wortsinne zu benutzen. Weiter heißt es: »Die faschistische Rechte muß in ihrer Kontinuität gesehen werden. Das erfordert verstärkt den Blick auf die Ursprünge und Entwicklungen derjenigen rechten Erscheinungen, die uns heute begegnen.« Jedes rechte Phänomen müsse konkret betrachtet und analysiert werden. Warum sollte auch das, was für jede politische Analyse gilt, ausgerechnet für die faschistischer Bewegungen nicht gelten?

Einverstanden bin ich auch mit Eurer Aussage, daß es in Deutschland keine »Neue« Rechte als greifbare Bewegung gebe, abgesehen von ideologischen Importgeschäften wie dem THULE-SEMINAR und »EUROPA VORN«. Bei den restlichen von Euch aufgeführten Parteien, Zeitschriften und Studienzentren dagegen handelt es sich um Zusammenhänge, die noch nicht einmal zur Weiterentwicklung rechter Ideologie beigetragen haben. »JUNGE FREIHEIT«[1], »BUND FREIER BÜRGER«, die ZITELMANN/VON STAHL-FDP etc. greifen nahezu ungebrochen die alte Tradition des Nationalliberalismus auf, für die der Name FRIEDRICH NAUMANN steht. Liberal ist diese Richtung in dem Sinne, daß sie fordert, die Wirtschaft müsse sich im Lande ungehindert durch den Staat entwickeln können. Nationalistisch in dem Sinne, daß der Staat nach außen die bestmöglichen Verwertungsbedingungen schaffen müsse.

Hier gibt es selbstverständlich erhebliche Schnittmengen zum konservativen Denken, das allerdings die Bedeutung des Staates erheblich stärker betont. Zentraler Ideologiebestandteil in der Vorstellungswelt dieser beider Gruppen wie auch der offenen (Neo-) Faschisten ist der Nationalismus. Dieser aber ist, wie Ihr richtig erwähnt, kein Monopol der Rechten. Es bedarf also gar keiner komplizierten Querfrontstrategie, um eine BRIGITTE SEEBACHER-BRANDT, einen ALFRED MECHTERSHEIMER, einen TILMAN FICHTER u.a. in die eigenen Diskussionszusammenhänge einzubinden, denn Nationalisten sind sie ebenfalls.

Wenn wir einen Blick auf die besonders durch Margret Feit, den von Euch angeführten Jan Peters[2] und später durch Klaus Schönekäs[3] beleuchteten Gruppen, Zeitschriften und Einzelpersonen werfen, dann werden wir feststellen, daß die Nation dort ebenfalls der zentrale Punkt im Denken ist. Verändert haben sich gegenüber den historischen Vorgängern lediglich die Sprache und die Bezugspersonen und -gruppen. Mit der KONSERVATIVEN REVOLUTION wurde dabei durchaus selektiv umgegangen. Nach Art eines Steinbruches wurden vor allem diejenigen Autoren genutzt, die entweder dem nationalrevolutionären Spektrum der Weimarer Republik zuzurechnen waren[4] oder aber die etatistische Strömung vertraten. Entscheidend für die Nutzung war vor allem die Einschätzung, welche der verschiedenen Tendenzen innerhalb der Konservativen Revolution sich am besten für aktuelle nationalistische Politik nutzbar machen ließen. Diese Gruppierungen und Personen der 70er Jahre, von der AKTION NEUE RECHTE[5] bis zu HENNING EICHBERG[6], hatten also lediglich ihr Erscheinungsbild und die Strategie verändert, die wesentlichen Ideologiebestandteile jedoch ungebrochen beibehalten. Dies rechtfertigt für mich nicht, sie als neue Rechte zu bezeichnen.

Betrachten wir dagegen die Entwicklung in anderen europäischen Ländern, dann werden wir feststellen, daß die Bundesrepublik in der Geschichte des Neofaschismus eine Ausnahmeposition hat, die in konkreten historischen Unterschieden begründet ist. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg hatte zur Abtrennung erheblicher Teile des ehemaligen Staatsgebietes und zu einer langjährigen Besetzung durch die Siegermächte geführt. Für jede bürgerliche Politik mußten in dieser Situation naturgemäß die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit der Nation und die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität im Mittelpunkt des Denkens und Handelns stehen.

Heute, da diese Ziele weitgehend erreicht sind, führt gerade der Erfolg des nationalistischen Wegs zu der Zielvorstellung der Erringung einer Vormachtstellung in einem Europa, das als Großmacht innerhalb einer weltbeherrschenden Triade USA – Japan – Europa wirkt. Die vielzitierte »Wende« in der DDR und im gesamten ehemals realsozialistischen Lager hat eher

zur Verstärkung des Nationalismus als ideologischer Leitfigur geführt.[7]

Ganz anders ist die Entwicklung in den anderen europäischen Ländern. Der Blick auf das Gründungsjahr 1968 des GRECE, der bekanntesten neurechten Gruppierung, in Frankreich und auf den nicht hinterfragten Eigenbezug auf die Neue Linke läßt dabei die realen Hintergründe der Herausbildung der NOUVELLE DROITE verschwimmen. Eigentlicher Anlaß der Herausbildung der Nouvelle Droite war nämlich die Niederlage Frankreichs im Kolonialkrieg gegen Algerien und das Versagen der französischen Rechten, dem entgegenzuwirken. Sowohl der bewaffnete Kampf der OAS[8] als auch die verschiedenen parteipolitischen Konzepte[9] hatten versagt. Jüngere Intellektuelle des Neofaschismus in Frankreich und ehemalige Aktivisten der OAS zogen aus dem Entkolonialisierungsprozeß die Schlußfolgerung, daß eine eigenständige Weltmachtrolle Frankreichs nicht mehr möglich sei. Diese sei nur noch in einem gesamteuropäischen Kontext möglich.[10]

Zu den gleichen Schlußfolgerungen kamen neofaschistische Strömungen in anderen europäischen Ländern. In Belgien, wo der Kongo als erste Kolonie verlorenging, bildete sich zu Beginn der 60er Jahre die »JEUNE EUROPE« um JEAN THIRIART heraus, die den Staatsnationalismus durch einen Europanationalismus ersetzte.[11] In Großbritannien, dessen Weltmachtrolle durch die Dekolonialisierung entgültig verlorenging, entwickelte OSWALD MOSLEY Konzeptionen für einen europäischen Staat, der alle wichtigen Funktionen von den bisherigen Nationalstaaten übernehmen sollte.[12] In Italien erfolgten die neurechten Abspaltungen vom bisherigen neofaschistischen Monopolisten MSI sowohl aus innen- wie auch aus außenpolitischen Gründen, führten aber zum gleichen Ergebnis: der Europa-orientierung.[13] Die Unterschiede lagen jeweils nicht im Ziel, sondern in der für erfolgversprechend erachteten Methode begründet.

Alle ideologische Arbeit konzentrierte sich auf die Entwicklung der Europakonzeption. Sowohl der biologische Rassismus der Frühphase der Nouvelle Droite als auch das Neuheidentum als spirituelle Basis in dieser Zeit sollten dazu dienen. Für die innere Verfassung Europas wurde am Regionalismus und Föderalismus gearbeitet. Für den Bereich der Außenpolitik wurde auf die Geopolitik und die Großraumtheorie[14] zurückgegriffen. Der atlantischen und antikommunistischen Orientierung der alten Rechten wurde das Konzept des Doppelfeindes USA/UdSSR und des Bündnispartners Dritte Welt entgegengesetzt. Wir sehen also, daß im Gegensatz zu Deutschland in anderen europäischen Ländern Teile des Neofaschismus sich nicht nur modernisierten, sondern tatsächlich wegen des neuen Bezugspunktes Europa ihre Arbeit auf eine veränderte ideologische Basis stellten. Es ist deshalb berechtigt, von einer neuen Rechten zu sprechen.

Verengte deutsche Optik

Die verengte deutsche Optik hat in der Vergangenheit lange Zeit oftmals nicht nur den Blick darauf verstellt, daß nicht ausschließlich das Konstrukt Konservative Revolution für diese ideologische Arbeit genutzt wurde, sondern auch darauf, daß dieses sehr selektiv ausgebeutet wurde. Der Etatismus CARL SCHMITTS war brauchbar, um das Primat der Politik vor der Ökonomie zu begründen. Seine Großraumtheorie konnte für die Eurostrategien eingesetzt werden. Sein Katholizismus stand zwar im Widerspruch zum neurechten Neuheidentum, war aber kompatibel mit der eigenen Einschätzung der Notwendigkeit für eine spirituelle Grundlage für die Politik. Sowohl FRIEDRICH HIELSCHER, ERNST JÜNGER, ERNST NIEKISCH oder MARTIN HEIDEGGER waren zwar weit davon entfernt, den Nationalismus überwunden zu haben, gingen aber in ihrem Denken weit über ausschließlich nationale Bezüge hinaus. Nicht berücksichtigt wurden dagegen diejenigen Autoren, deren ausschließlicher Bezug die Nation, natürlich die deutsche, war.

Vergessen wird in Deutschland jedoch oft, daß es in Frankreich eine Entsprechung der Konservativen Revolution, die sogenannten »Nonkonformisten der dreißiger Jahre« gab. So wurde z.B. THIERRY MAULNIER persönlich zu einer der wichtigsten Personen, die dazu beitrugen, daß die Nouvelle Droite bei etablierten Kräften an Respektabilität gewann.[15] Gleichzeit hatte er bereits in den 30er Jahren grundlegende Schriften verfasst, die ihre Brauchbarkeit für den Neofaschismus fünfzig Jahre später bewiesen. Der Titel einer von ihnen ist Programm: »Au-delà du nationalisme« (Jenseits des Nationalismus).[16] Ein DENIS DE ROUGEMONT erarbeitete zur gleichen Zeit umfassende regionalistische Konzepte[17]. Der Italiener JULIUS EVOLA kritisierte gleichzeitig den Nationalstaat als Produkt der von ihm verurteilten Moderne.[18]

Der Historiker GEORGES DUMÉZIL verwies auf gemeinsame europäische Wurzeln in Sprache, Gesellschaft und Religion schon in der Vorzeit. Der durch die Nouvelle Droite relativ spät entdeckte RENÉ GUÉNON verhalf zur Ausweitung des Blicks über die heidnischen europäischen Quellen hinaus in Richtung eines antiegalitaristischen Universalismus ebenso wie der Religionswissenschaftler MIRCEA ELIADE. Zur theoretischen Begründung der Notwendigkeit der Ungleichheit dienten konterrevolutionäre Denker wie der Spanier JUAN DONOSO CORTÉS[19]. Auch in den ideologischen Bezügen überwand die Nouvelle Droite also sehr schnell die nationale Beschränkheit.

Ein letzter Punkt, der die tatsächliche von der angeblichen neuen Rechten unterscheidet, sei angeführt. Während die Rechte in Deutschland weitgehend in ihrem Denken dem eigenen Lager verhaftet bleibt, nimmt die internationale Neue Rechte Entwicklungen in den Geisteswissenschaften auf und integriert sie in die eigene Ideologie, wenn eine genügend große Schnittmenge existiert. Als Beispiel dafür seien nur der Bioregionalismus und die »Deep Ecology«[20], der Kommunitarismus[21] und der Anti-Utilitarismus sowie nicht zuletzt der Postmodernismus in seinen verschiedenen Spielarten angeführt. Mit dieser Rezeption zeigt die Nouvelle Droite sowohl Modernität als auch Flexibilität. Beides Eigenschaften, die den deutschen Möchtegern-Neurechten, den 89ern als Karikatur einer rechten Intelligenzia, den Nationalisten aller Schattierungen im Lande völlig fehlt.[22]

Ebenso, das sei angefügt, fehlt die Rezeption dieser Strömungen aber weitgehend auch im deutschen Antifaschismus, da mensch sich auf die Bekämpfung offensichtlich faschistischer Tendenzen, oder was dafür gehalten wird, beschränkt. Das ideologische Umfeld gerät so aus dem Blick, die wirkungsvolle Bekämpfung des Feindes wird nahezu unmöglich gemacht.

Damit von einer Neuen Rechten gesprochen werden kann, müssen bei der so bezeichneten Fraktion des Neofaschismus meiner Ansicht folgende Faktoren in der Ideologie vorhanden sein:

- als zentrales Moment die Europaorientierung anstelle des Staatsnationalismus als außenpolitisch handelndes Subjekt,
- der regionalistische, föderative Aufbau im Inneren,
- die spirituelle Unterfütterung der Ideologie durch antiegalitäre Religiosität,
- das Primat der Politik vor der Ökonomie und damit

auch der Ökologie vor der Ökonomie,

- die Suche nach einem Bündniskonzept mit der »Dritten Welt« gegen den Hauptfeind USA,
- die offensive Verarbeitung des jeweils aktuellen gesellschaftswissenschaftlichen Diskurses.

Erst wenn alle diese Punkte zusammenfallen, ist es für mich berechtigt, von einer Neuen Rechten zu sprechen. Dies beinhaltet zugleich das Eingeständnis, daß es eine Neue Rechte in Deutschland nicht gibt.

Diese Feststellung enthebt uns allerdings nicht der Aufgabe, jeweils genau zu überprüfen, welche ausländische Gruppierung bzw. welches internationale Netzwerk die Kritierien erfüllt. Denn, wie ihr völlig richtig schreibt, es »muß jedes rechte Phänomen konkret betrachtet und analysiert werden.« Als Alternative zum Begriff »Neue Rechte« schließlich würde ich eine Kennzeichnung als »Europafaschismus« vorschlagen, da es wesentlich aussagekräftiger ist und das von den anderen Fraktionen unterscheidende Hauptideologem schon im Namen benennt. ■

Anmerkungen:

1) Die Zeitung orientiert sich übrigens schon lange nicht mehr an den Jungkonservativen. Die Schmittianer in der Redaktion, z.B. Hans-Ulrich Kopp, sind ausgeschieden.

2) Jan Peters, der eigentlich Peter von Spall heißt, kann entgegen Eurer Ansicht sicher nicht als jemand bezeichnet werden, der an der Aufklärung neofaschistischer Einflüsse in der Ökologiebewegung gearbeitet hat. Er war vielmehr selbst Teil dieses Netzwerkes. Sein Beitrag »Rechtsextremisten unterwandern Ökologieszene« in dem Sammelband »Neofaschismus. Die Rechten im Aufwind« (Berlin 1979) weist ihn als Anhänger der AUD, einer der ökofaschistischen Gründergruppen der Grünen, aus. An Ende dieses Artikels folgt ein ganzseitiges Inserat für die von ihm redaktionell betreute Zeitschrift »Nonkonform«, die jahrelang im Verlag des Strasser-Anhängers und Geheimdienstmannes Nikolaus J. Ryschkowsky erschien. Zu den regelmäßigen Autoren dieses Blattes gehörten auch etliche Personen, die regelmäßig für die »Neue Politik« des Nationalrevolutionärs Wolf Schenke schrieben. Die Enthüllungen von Jan Peters waren meiner Einschätzung nach keineswegs Teil antifaschistischer Arbeit, sondern waren vielmehr begründet in Fraktionsauseinandersetzungen bei den Neofaschisten.

3) siehe sein Beitrag in dem Band »Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik - Frankreich - Großbritannien« (Opladen 1990). Den drei Autoren fällt offensichtlich gar nicht auf, daß sie unter dem gleichen Oberbegriff für die drei Länder völlig unterschiedliche ideologische Probleme beschreiben. Für Deutschland sind dies vor allem die Nationalrevolutionäre und die Autoren des »neuen Nationalismus« (Bernard Willms, Hans-Dietrich Sander, Gert-Klaus Kaltenbrunner etc.), die den Nationalismus radikalisierten. Da es sich zudem vorwiegend um völkische Nationalisten handelt, wird also von Schönekäs eine genau der Nouvelle Droite entgegengesetzte Entwicklung beschrieben. Eine Erklärung für diese Vorgehensweise wird nicht gegeben.

4) Hier entstehen auch die Verunsicherungen in der Linken der Bundesrepublik, da bereits die historischen Vorbilder nicht ohne Erfolg Verbindung zur Linken gesucht und teilweise deren Sprachgebrauch übernommen hatten. Diese Verwirrung der antifaschistischen Linken wurde auch dadurch verursacht, daß von den organisierten VertreterInnen des antifaschistischen Widerstandes alle Hitlergegner, also auch die Nationalrevolutionäre, als Antifaschisten begriffen wurden. Daß der antisemitische Hetzer Ernst Niekisch in der DDR Mitglied der VVN werden konnte oder der spätere Präsident der VVN - Bund der Antifaschisten, Kaplan Joseph Rossaint, mit Anhängern Niekischs und Otto Strassers in einer gemeinsamen Organisation, der Sammlung zur Tat, zusammenarbeitete. Die ideologische Reduzierung des Faschismusbegriffs auf den Nationalsozialismus durch die Linke und der fast ausschließliche Bezug auf die Dimitroff-Definition des Faschismus erleichterten dieses taktische Vorgehen der Nationalrevolutionäre.

5) Gerade diese Gruppierung demonstriert besonders deutlich, daß der Eigengebrauch des Begriffs »Neue Rechte« widersprüchlich und von unterschiedlichen Intentionen geprägt war. Teile der ANR waren eher stärker NS-orientiert als die Mutterpartei NPD und wollten durch das »neu« im Namen vor allem auf eine veränderte Praxis hinweisen, nämlich den Vorrang des Aktionismus gegenüber der Parlamentsfixierung. Der gegnerische Flügel dagegen sah vor allem eine gegenüber der NPD ideologisch »Neue« Rechte durch den Rückgriff auf die nationalrevolutionäre Theorie. Wenn heute Rolf Schlierer und Konsorten eine neue Rechte fordern und sich selbst als solche bezeichnen, dann vor allem, um dem (Neo-) Faschismusvorwurf begegnen zu können. Die Gründe für die Eigenbezeichnung »Neue Rechte« im Neofaschismus sind also ebenso unterschiedlich wie ihre ideologische Ausrichtung.

6) Bei Eichberg muß eingestanden werden, daß er wenigstens z.T. die ideologische Arbeit der Nouvelle Droite aufgenommen und auf deutsche Verhältnisse zugeschnitten hat. Verantwortlich dafür dürften seine Kontakte zur Fédération des Etudiants Nationalistes (Vereinigung Nationalistischer Studenten) noch vor der Gründung des GRECE sein. Im Gegensatz zur Nouvelle Droite hat er allerdings nie den Rahmen völkischen Denkens verlassen. Seine Übernahme regionalistischer Konzepte aus Frankreich war darin begründet, daß er die Regionen als räumliche Entsprechung der Volksstämme betrachtet. Auch bei gleicher strategischer Konzeption muß also jeweils genau untersucht werden, auf welchen ideologischen Voraussetzungen sie fußen.

7) Eine einleutende Prognose für diesen Trend liefert wieder einmal der konservative irische Diplomat Connor Cruise O'Brien in seinem Aufsatz »Die Zukunft des Westens« (Ästhetik & Kommunikation Nr.84, 1994, S.56 - 64), der bereits in der Phase des Anschlusses der DDR erklärt hatte, daß und warum der Geschichtsrevisionismus in der vergrößerten Bundesrepublik eine wachsende Rolle auch unter etablierten Wissenschaftlern und in der Politik erhalten muß. Die jüngste Expertenanhörung im Bundestag zur Rolle der Wehrmachtsjustiz ist ein eindrucksvoller Beleg dafür.

8) vgl. dazu die Memoiren des eigentlichen Inspirators der Nouvelle Droite, Dominique Venner, der selbst in der OAS aktiv war: »Le coeur rebelle« (Paris 1994)

9) Im Dezember 1965 erhielt der Präsidentschaftskandidat der extremen Rechten, Tixier-Vignancourt, nur wenig mehr als 5% der Stimmen. Noch erfolgloser waren die parteipolitischen Projekte, an denen auch die wesentlichen Repräsentanten des späteren GRECE beteiligt waren.

10) Die Gründung des GRECE war nur der Endpunkt dieser Entwicklung. Gruppen wie »Europe Action«, die Fédération des Etudiants Nationalistes, der Rassemblement européen de la liberté und andere hatten die Europaorientierung bereits vor 1968 entwickelt.

11) vgl. zu Geschichte und Ideologie dieser Gruppe mit Sektionen in zahlreichen europäischen Ländern die Nrn.3 + 4 der Revue d'Histoire du Nationalisme Révolutionnaire.

12) siehe besonders seine autobiographische Schrift »Weg und Wagnis« (Leoni 1973) und die ideologische Schrift »Ich glaube an Europa. Ein Weg aus der Krise - Einführung in das europäische Denken« (Lippoldsberg 1962).

13) ein guter, knapper Überblick zu diesen dissidenten Gruppierungen findet sich bei Piero Ignazi: Il polo escluso (Mailand 1989). Diese Gruppen waren in unterschiedlichem Ausmaß durch das Ideengut von Julius Evola geprägt.

14) In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, daß Carl Schmitts Arbeit »Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte« von seinen größeren Schriften als letzte erst im Jahr 1991 erstmals in der Bundesrepublik wiederveröffentlicht wurde. Beim internationalen Carl-Schmitt-Kolloquium an der Verwaltungshochschule Speyer im Oktober 1986 blieb es dem Franzosen Jean-Louis Feuerbach vorbehalten, über die Großraumtheorie Schmitts zu referieren. Ein Band, der die wichtigsten Arbeiten Schmitts zu diesem Komplex als Schwerpunkt hat, wurde zwar bereits seit Jahren angekündigt, wurde aber erst im Oktober 1995 von Günter Maschke herausgegeben. (Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916 - 1969; Berlin 1995)

15) Trotz seiner Vergangenheit in der Action Francaise war er nicht nur geachteter Schriftsteller, sondern auch Kolumnist der Tageszeitung »Le Figaro« und Mitglied der Académie Française. In der Frühphase des GRECE stellte er sich als Aushängeschild für das »Institut d'études occidentales« (Institut für abendländische Studien) zur Verfügung, das es den jungen Intellektuellen des GRECE ermöglichte, neben international bekannten Schriftstellern und Gelehrten bei Kolloquien aufzutreten und sich so allmählich einen Namen zu machen.

16) Neuauflage Paris 1993. Da es beinahe Pflichtlektüre für die Nouvelle Droite ist, wird es selbstverständlich im Buchversand der »Eléments« geführt.

17) auch dessen »Ecrits sur l'Europe« (Schriften über Europa) wurden 1994 in einer voluminösen zweibändigen Ausgabe wieder aufgelegt.

18) Die Kontinuität dieser Nationalstaatskritik wird besonders deutlich in der Aufsatzsammlung »Essais politiques« (Puiseaux 1988). Die abgedruckten Artikel zum Thema gehen bis zum Beginn der 30er Jahre zurück.

19) Auch ihn versucht wiederum Günter Maschke - bisher vergeblich - als Herausgeber und Übersetzer seines Hauptwerkes in Deutschland zu popularisieren. Es ist also durchaus keine Verlegenheitslösung, daß Maschke gegenwärtig als deutscher Korrepondent der »Nouvelle Ecole« fungiert.

20) so zuletzt umfassend im Themenheft »Ecologie?« der von Benoist herausgegebenen Zeitschrift »Krisis« (Nr.15, 1993)

21) auch dazu ein Themenheft der gleichen Zeitschrift (Nr.16, 1994).

22) eine gewisse Ausnahme bilden allerdings im Bereich des Ökofaschismus die Unabhängigen Ökologen Deutschlands, die die Entwicklung bei ihren französischen Gesinnungsgenossen sehr genau betrachten und teilweise auch bereits nachvollziehen, wie die letzte Bundesversammlung im Herbst 1995 in Gelnhausen gezeigt hat.



LeserInnen-briefe

Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder. Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler probieren wir richtigzustellen.

Grün-Braun ist die Haselnuß !

Endlich war es soweit. Nach einigen Terminschwierigkeiten wurde am 24.10.1995 im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus des »Bundes der Vertriebenen« der Dialog fortgesetzt, der am 28. Mai in Frankfurt/M. begonnen hatte. Die »sehr geehrte Frau Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages« traf sich zum »Streitgespräch« mit der »größten Friedensbewegung auf deutschem Boden« (früher abschätzig »Berufsvertriebene« genannt).

Da saß sie nun am Podium unter einem großen Transparent mit der Aufschrift »50 Jahre Flucht und Vertreibung-Unrecht bleibt Unrecht!« und ließ sich feiern für den wichtigen Schritt hin zum Dialog mit denen, die man in Zeiten des Kalten Krieges als dessen heißeste Kämpfer kritisierte.

Lobend erwähnte der Eröffnungsredner, daß Frau Vollmer im Mai in Frankfurt die Charta der Vertriebenen wegen des darin enthaltenen Gewaltverzichts als ein »positives Dokument der geschlagenen Opfer« gewürdigt hatte.

Und Frau Vollmer war denn auch den ganzen Abend lang bemüht, diesen Vorschußlorbeeren gerecht zu werden. Der Dialog zwischen Vertriebenen und »Linken, 68ern und Grünen« – früher unmöglich – sei für die Zukunft notwendig. Leider erwähnte sie nicht, für wessen Zukunft. Etwa für die Zukunft der Grünen durch Erschließung eines neuen Wählerpotentials, das die Partei über die Fünf-Prozent-Hürde hebt?

Aber vorher müssen noch schnell ein paar Vorurteile beseitigt werden:

- Zum Beispiel, das Schicksal der Vertriebenen sei ein »verdientes Schicksal« für die Taten der Deutschen im 2. Weltkrieg, denn eine solche Anschauung ist laut Frau Vollmer eine »falsche und mitleidlose Kollektivschuld-These«, weil nämlich »die deutsche Geschichte eine gemischte Täter- und Opfergeschichte« ist,

- zum Beispiel, die Wählerstimmen der Sudetendeutschen für die Heinlein-Partei seien Stimmen für Hitler gewesen (vielleicht waren es ja in Wahrheit »vorgezogene« Stimmen für die Grünen, die es damals nur noch nicht gab?),

- zum Beispiel, die Charta der Vertriebenen sei ein Dokument des Revanchismus. Diese Bewertung wird ab sofort ersetzt durch: Der darin enthaltene »Verzicht auf Rache ist eine große moralische Geste«.

Aus dem Material dieser Hindernisse auf dem Weg zu Dialog und Versöhnung lassen sich dann wunderbare »Brücken nach Ost-Europa« (für deutsche Panzer?) schlagen sowie in der Tschechischen Republik die für die Beschäftigung der Tschechen mit ihrer Geschichte so überaus wichtigen und notwendigen »Gedenkstätten der Vertreibung« (wo dann Frau Vollmer mit dem Kanzler ein Wettrennen veranstaltet, wer denn zuerst einen Kranz niederlegt) errichten.

Aber weil Frau Vollmer als anständige Deutsche ja aus zwei Weltkriegen gelernt hat, daß allein gegen den Rest der Welt nicht viel auszurichten ist, muß die ganze Chose-bis 1989 ein deutsches innenpolitisches Problem- nunmehr »europäisch gelöst« werden. Auch eine »Rücksiedelung von Vertriebenen muß (...) möglich sein«, aber um Himmels Willen nicht alle auf einmal, denn dies würde jede tschechische Regierung destabilisieren, wo doch eine stabile Tschechische Republik »im wohlverstandenen nationalen deutschen Interesse« ist.

Fazit: Ein rundum gelungener Abend, an dem zusammen diskutierte, was zusammen gehört.

Liebe GenossInnen,

Dies ist eine leider etwas verspätete Anmerkung zu Euren Überlegungen zur »Neuen Rechten«, im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 31 (Sept./Oktober 1995) geäußert.

Ich hoffe, Ihr könnt meine Gedanken gebrauchen und wertet sie als einen Beitrag zu einer Debatte, die mir bisher zu sehr durch eine antifaschistische Recherche-Brille betrachtet worden ist.

Ein eklatanter Mangel Eurer Analyse ist, daß das Aufzeigen personeller Kontakte, Vernetzung und kollektiver Arbeit in Gruppen -wie immerden weitaus größten Teil der Debatte einnimmt. Unentschuldbar vernachläßigt werden deshalb die Konzeption, Mythen, Strategien, etc., die zentral für neu-rechte Praxis sind. Eure Kritik, daß der Begriff »Neue Rechte« sehr vage ist, ja zu unscharf, um mit ihm das was Ihr als Braunzone und Faschisten bezeichnet, aufzusplitten und differenziert zu betrachten, trifft in zweierlei Hinsicht den Kern der Problematik. Zum einen kann man die Neue Rechte nicht wie eine Skinhead-Clique, die in irgendeinem Großstadtvorort ihr Unwesen treibt behandeln. Ihr habt völlig Recht, wenn Ihr feststellt, daß der Begriff »Neue Rechte« sehr unscharf ist. Anstatt ihn jedoch angemessen zu füllen und so zu zeigen, daß es Affinitäten zwischen Haider, Schäuble, Fichter etc. gibt, die natürlich in der Tradition (klassisch) rassistischer Denkmeister stehen, sich jedoch neuartig und differenziert äußern; in der Strategie eines Zitelmanns oder Benoists nie sehr unterschiedlich ist, flieht Ihr in einen »allerengsten« Begriff von »Neu-Rechten«. Dieser wird letzten Endes durch die Selbstbezeichnung der betreffenden Personen bestimmt werden und so nahe zu völlig überflüssig werden. (Sogar R. Zitelmann will nicht als neu-rechts verstanden werden).

Punkt zwei ist, daß es integraler Bestandteil der neu-rechten Strategien ist, äußert vage und auf Verwirrung angelegt zu sein. Dies sollte auch von antifaschistischer Analyse beachtet werden - freilich nicht auf eine verschwörungstheoretische Weise, wie Ihr sie im AIB 31 kritisiert habt.

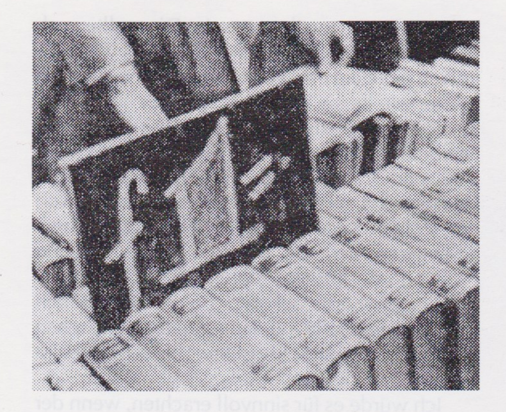
Sicherlich existiert bei Hofgeismarern, den Nationalliberalen und in (Teilen) der Union genügend rassistisches und nationalistisches Denken, das nicht durch Unterwanderung von neu-rechten Kadern erklärt werden kann. Auch artikulieren sich die diversen Rassismen und Nationalismusformen unterschiedlich, haben aber einen Kern, auf den sie zurückzuführen sind, der jedenfalls von den (rein) biologistischen Konzeptionen altfaschistischer Theoretiker leicht zu unterscheiden ist.

Ich würde es für sinnvoll erachten, wenn der Begriff »Neue Rechte« nicht eingeschränkt würde, sondern in Bezug auf das Operieren mit Kultur, Nation, Ethnie etc. gefüllt würde. Eine einheitliche , organisierte Gruppe kann so zwar nicht mehr ausgemacht werden. Wahrscheinlich ist das aber nicht nötig, da man einem »weiten Feld« wie den Neo-Konservativen auf anderen Gebieten entgegen treten sollte.

Der Gewinn einer inhaltsbestimmten Definition von »Neue Rechte« wäre, daß dieser Begriff nun fraglich würde, um zu zeigen, daß es eigentlich keine »Neue Rechte« mehr gibt, bzw. daß diese nicht mehr auf den rechten Rand der Parteienlandschaft zu beschränken ist, in diesen zu verorten ist.

Geleistet werden sollte (mit Erlaub), daß aufgezeigt wird, daß die Argumente eines Schäubles, Haiders, Cohn-Bendits oder Zitelmanns von verschiedenen0 rassistischen und nationalistischen Positionen ausgehen, die nicht sehr verschieden sind.

Das ist natürlich sehr vage, ich weiß auch nicht, ob das so überhaupt möglich ist und wie man konkret vorgehen sollte. Ich halte dies jedoch für eine angemessene Alternative zum »recherche-dominierten« Umgang mit der »Neuen Rechten«. Ich hoffe meine Überlegungen sind Euch hilfreich im Umgang mit der »Neuen Rechten«.



Bücher, Broschüren, Zeitungen

Christoph Santner, Wolfgang Niederreiter: Ich geh jetzt Rambo spielen – Müllkind, Neonazi, Söldner in Bosnien, Bekehrung – und ein Mordprozeß. Berlin 1995, Aufbau Verlag, 242 S., 25,- DM.

Als Information vorweg: Der Prozeß gegen den Ex-Söldner Niederreiter in Österreich steht noch bevor. Zwei seiner Mitstreiter aus Bosnien sind in der BRD bereits wegen Kameradenmord zu lebenslänglich verurteilt worden. »Ich geh jetzt Rambo spielen« besteht aus zwei Teilen: Niederreiter beschreibt seinen Lebensweg, Santner betreibt weitere Recherchen und setzt sich mit der psychologischen Seite des Rambo-Söldners auseinander.

Vom geprügelten Müllkind geht Niederreiters Weg über Heime zur Fremdenlegion, zur neonazistischen Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition (VAPO) und weiter nach Bosnien. Sein Verhältnis zu dem inhaftierten VAPO-Funktionär Reinthaler nimmt Schaden, als er herausfindet, daß Reinthaler neun Wohnungen besitzt. Wo der doch darüber jammert, keinen Anwalt bezahlen zu können und Geld sammeln läßt. Als ihm eine erneute Festnahme droht, setzt sich Niederreiter in den jugoslawischen Bürgerkrieg ab. Mit den Greueltaten, die in seinem Umfeld begangen werden, hat er angeblich nichts zu tun. Die erlebte Brutalität überzeugt ihn, nach Österreich zurückzukehren und zur Aufklärung an dem Mord seines Söldner-Kollegen Conny Bieske beizutragen. So jedenfalls Niederreiters Darstellung. Aber beim Lesen der Zeilen drängt sich auf, daß da mehr war.

Im Memminger Söldner-Prozeß hat sich Niederreiters Beschreibung der Morde im Großen bestätigt, außer seiner eigenen Rolle. Bereits in den Vernehmungsprotokollen der Polizei sagen seine ex-Mitstreiter aus, daß Niederreiter an der Verabredung der Morde beteiligt war.

Das Buch gibt einige Anstöße, wo im kroatischen Söldner-Komplex weiterrecherchiert werden könnte. Wertvoll sind auch die von Santner veröffentlichten Vernehmungsprotokolle. Am Rande der Peinlichkeit bewegt sich der Autor Santner, wenn er versucht, in dem Söldner- und Rambotreiben menschliche Abgründe und Sehnsüchte zu identifizieren, die jeder in sich trägt – oder wenn er die die Mutter Niederreiters befragt, ob der Sohn eine Frühgeburt gewesen sei und ob sie ihn nicht gestillt hätte.

Erwin Leiser: »Mein Kampf« – Eine Bilddokumentation der Jahre 1914-1945. Weinheim 1995, Beltz Athenäum, 39,80 DM.

Der bekannte Publizist Erwin Leiser hat die Bilddokumentation zu seinem Film »Mein Kampf« neu aufgelegt. Film und Buch geben einen Überblick über die Geschichte des deutschen Faschismus: Wie er am Ende des 1. Weltkrieges sich aus den Freikorps entwickelt, an die Macht gelangt, Terrror ausübt, Europa in Schutt und Asche legt und schließlich niedergeschlagen wird. Schwerpunkte bilden die Darstellung des Warschauer Ghettos und der Menschen in Konzentrationslagern.

Vor 35 Jahren hatte er den Film produziert, der sich an breite Bevölkerungsschichten, gerade an Jugendliche, richtete. Auch heute sieht Leiser die Geschichte nicht abgeschlossen, es bestehe nach wie vor die Notwendigkeit, über den Nationalsozialismus aufzuklären. 1960, bei der Entstehung des Film »Mein Kampf«, tauchten in Westeuropa überall Hakenkreuze auf, jüdische Friedhöfe wurden geschändet. Auch heute geschehe dies wieder oder immer noch.

Leiser läßt die Bilder sprechen und schafft es, mit wenigen Textpassagen auszukommen. Er möchte nicht eine politisch bewußte Minderheit, sondern die »schweigende Mehrheit« erreichen. Den Erfolg, den der Film in vielen Ländern hatte, führt er auf den Schock zurück, den die Direktheit des Filmes bei einer breiten, unvorbereiteten, politisch indifferenten Zuschauerschaft hervorgerufen habe. Mit dem Buch (wie auch dem Film) sieht Leiser eine Möglichkeit, junge Menschen, die noch nicht rechtsextremistische Ideologie verinnerlicht haben, über das Wesen des »Dritten Reiches« aufzuklären. Aber auch für diejenigen, die sich nochmal die wichtigsten Stationen des Nationalsozialismus in Erinnerung rufen wollen, gibt der Bildband einen guten – und eindringlichen – Überblick.

Der Bundesgrenzschutz und die deutsche Ostgrenze, Reader der antirassistischen Fahrrad- und Aktionstour 15.-22.7.95, Herausgegeben von TeilnehmerInnen der Tour. Bestellung an: Infoladen, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig, Tel. und Fax: 0341-311044, 5,- DM, ab 5 Stück 3,- DM + Porto, ab 10 Stück 2,- DM + Porto, 88 S., Din A 5.

Der Reader beschreibt die gemeinsamen Erfahrungen der TeilnehmerInnen auf der Fahradtour, inhaltlich wird zur Geschichte der Abschottungspolitik, zur Geschichte des BGS und den Auswirkungen an der Oder-Neiße-Grenze etwas gesagt.

Der Reader faßt die während und nach der Tour gesammelten Informationen zusammen, und ist für alle interessant, die etwas über die deutsche Ostgrenze und die Rolle des BGS erfahren wollen. Durch die faktische Abschaffung des Asylrechts begann das Aufgabenfeld des BGS, die Grenzsicherung, wieder verstärkt an Bedeutung zu gewinnen. Seitdem ist an der deutschen Ostgrenze technisch und personell aufgerüstet worden. Diese Tatsache zwingt Flüchtlinge dazu, die Oder oder die Neiße an immer gefährlicheren Stellen zu passieren oder sich skrupellosen SchlepperInnen anzuvertrauen.

Norbert Madloch: »Superwahljahr 1994« – Rechtsextremismus in Ostdeutschland zwischen Einfluß und Niederlage. Berlin -Brandenburger Bildungswerk e.V., Postfach 55 01 01, 10271 Berlin, Berlin 1995, 66 S. Din A 5, 12,80 DM.

Die »Materialien 2« des Bildungswerkes analysieren umfassend die zwölf Wahlen des Jahres 1994 in den neuen Bundesländern. Diese werden im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen betrachtet und unter verschiedenen Aspekten teilweise bis auf Bezirks- bzw. Kreisebene kommentiert aufgeschlüsselt. Dabei werden alle angetretenen rechtsradikalen Parteien berücksichtigt; ein Schwerpunkt liegt sinnvollerweise auf den Republikanern.

Leider fehlt eine umfassende Analyse der Wählerwanderungen, was allerdings durch die Kapitel »Wählerverhalten« und »Ursachen und Perspektiven rechtsextremer Wählerorientierung« etwas aufgefangen wird.

Die Broschüre, die sich der eingeschränkten Aussagemöglichkeit von Statistiken durchaus bewußt ist, ist zu empfehlen für Leute, die zum Thema arbeiten, da solch flächendeckende, zuverlässige Untersuchungen selten sind.

»Lotta Dura« Nr. 4/95, innerer Umschlag: H. Mader – äußerer Umschlag: ÖH-Gruwi, Postfach 101, 1096 Wien, Österreich, 5.- DM + Porto, 36 S. Din A 4.

Die österreichische »Zeitung für Antifaschismus und mehr« hat mit ihrer neuesten Ausgabe wieder eine interessante Mischung vorgelegt. Neben sehr gut recherchierten Artikeln zum Briefbombenkomplex, großen Nazitreffen in Österreich, der NF und der Jungen Freiheit in Österreich finden sich auch Artikel über antifaschistische Aktivitäten und – besonders interessant – eine gesamtpolitische Einschätzung. Eine Chronologie des staatlichen Rassismus, der zweite Teil eines Artikels zu Frauen und Rechtsextremismus und Buchbesprechungen runden die Ausgabe ab.

Die Lotta Dura ist eine gut und engagiert gemachte Zeitung, die für jeden, der den Anspruch hat, mehr als Deutschland zu betrachten, ein Muß ist. Der Blick in die Alpenrepublik ist angesichts der bedrohlichen Situation dort und der engen Verknüpfung zwischen deutscher und österreichischer Naziszene nahezu unerläßlich.

Über den Wiener Briefbombenprozeß

Österreich

»Ich bin nur ein Bombensammler aus Leidenschaft«

Am 22. Dezember wurden die beiden Neonazis Franz Radl jun. und Peter Binder vom Anklagepunkt, in die erste Briefbombenserie vom Dezember 1993 involviert zu sein, freigesprochen. Wegen NS-Wiederbetätigung und Verstöße gegen das Waffengesetz wurde Binder zu fünf Jahren, Radl ausschließlich wegen Wiederbetätigung zu drei Jahren Haft verurteilt. Der Mitangeklagte Alexander Wolfert wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Seither feiert der »irre Einzeltäter« in einigen Medien wieder fröhlichen Einstand. Untermauert wird diese wahnwitzige These durch Aussagen einiger »Experten« des österreichischen Innenministeriums. Für aufmerksame ZeitgenossInnen kaum verwunderlich, denn in den Reihen des Innenministeriums finden sich etliche Beamte mit besten Kontakten zur FPÖ und anderen rechtsextremen Gruppierungen.

Der Prozeß selbst entpuppte sich von Tag zu Tag mehr zu einem Lustspiel à la »Theaterstadl« und hinterließ ein äußerst beunruhigendes Bild. Fast ein Drittel aller geladenen ZeugInnen erschienen nicht, von denjenigen, die erschienen, verweigerte der größte Teil die Aussage. Neonazis, die trotz mehrmaligen Hinweisen von Staatsanwalt und Richter auf eventuelle Selbstbelastung aussagen wollten, wurden schroff angefahren und zuweilen auch mit Gefängnis bedroht. Die Einvernahmen der Angeklagten, allesamt aus dem Umfeld des derzeit inhaftierten Neonazi-Führers GOTTFRIED KÜSSEL, gestalteten sich zu väterlich-freundschaftlichen Plaudereien. Weder der in den Schreiben der Neonaziterrorgruppe BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE (BBA) bedrohte Staatsanwalt Sepp Dieter Fasching noch der Richter Friedrich Fischer fanden es der Mühe wert, auf offensichtliche Widersprüche einzugehen und nachzuhaken. RADL konnte unwidersprochen behaupten, bei der VAPO (VOLKSTREUE AUßERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION) hätte es weder Rangordnungen noch Hierarchien gegeben. Dies, obwohl spätestens seit den Prozessen gegen den VAPO-Boss Gottfried Küssel gerichtsbekannt ist, wie der österreichische GdNF-Ableger strukturiert war/ist.



Franz Radl jun.

Im Gerichtssaal begrüßten einige als ZeugInnen geladene Neonazis anwesende Polizisten per Handschlag. Die Anwälte flennten während den Gerichtspausen ununterbrochen JournalistInnen an, die Aussagen und Widersprüche der Neonazis nicht zu veröffentlichen. Die bürgerliche Presse lies sich auf dieses Spiel ein und durfte dafür ihrer LeserInnenschaft Privatfotos der Angeklagten (z.B. Franz Radl jun. als Kleinkind vor dem Christbaum) präsentieren. Im Gerichtssaal spazierten VAPO-Kader seelenruhig und völlig unbeanstandet in SA-ähnlicher Adjustierung herum, während sich ein Antifaschist eine Anzeige wegen NS-Wiederbetätigung einfing. Er trug einen Aufnäher mit einem zerschlagenen Hakenkreuz.

Die Angeklagten

BINDER und Radl hatten sich auf ihren Prozeß gut vorbereitet. Tatsachen, die sie nicht leugnen konnten, wie diverse Neonazi-Aktivitäten, gaben sie ohne Umschweife zu und bekannten sich der NS-Wiederbetätigung für schuldig. Mit den Briefbomben allerdings, so behaupteten sie, hätten sie überhaupt nichts zu tun. Das VAPO und NSDAP/AO-Mitglied ALEXANDER WOLFERT wurde von seinem Anwalt als ewiger Verlierer, Säufer und vom Pech Verfolgter dargestellt. Die Realität sieht freilich anders aus. Bei Wolfert wurden u.a. Splitterhandgranaten, Tellerminen und Gewehre sichergestellt. Gemeinsam mit seinem Wiener Gesinnungskameraden PETER PREISL und dem deutschen GdNF-Kader THOMAS HAINKE nahm er auch auf kroatischer Seite an »ethnischen Säuberungsaktionen« im ehemaligen Jugoslawien teil.

Peter Binder gab zu, seit frühester Jugend mit Chemikalien experimentiert zu

Peter Binder



haben, um Nitroglycerin herzustellen. Sein technisches Know-How bewies er dadurch, daß er den untersuchenden Beamten aus dem Stegreif den Bauplan eines mit Nitroglycerin gefüllten Briefes aufzeichnen konnte. Im Zuge einer Hausdurchsuchung bei Binders Schwiegereltern wurden u.a. 3 Kilo TNT, eine Panzerfaust, Handgranaten und Revolver gefunden. In Binders Wohnung wurde neben Neonazipropagandamaterial ebenfalls Sprengstoff, der über die 30fache Sprengkraft der »BBA«-Bombe von Oberwart verfügte, gefunden. Als der Richter wissen wollte, warum Binder diese Waffen lagerte, antwortete dieser: »Tja, aus Sammlerleidenschaft. Keinesfalls für die VAPO.« Mit dieser Antwort gab sich der Richter zufrieden.

Regelmäßig beteiligte sich Binder an Wehrsportübungen, nahm an Schulungen teil und unterhielt engste Kontakte zur deutschen Neonaziszene. Er nahm 1991 am sogenannten RUDOLF HESS GEDENKMARSCH teil, besuchte den von EWALD ALTHANS (»Beruf Neonazi«) in München betrieben Neonaziladen »AVÖ« und trieb sich mit dem Berliner Neonazirockerhaufen VANDALEN herum. Für diese besorgte er Gewehre und ging mit dem derzeit inhaftierten »Vandalen« BENDIX WENDT auf Diebestour. Aus einer ehemalige NVA-Kaserne stahlen sie diverse Heeresmaterialien.

Franz Radl war bis zu seiner Verhaftung ein notorischer ANTI-ANTIFA-Aktivist. Neben tausenden archivierten Zeitungsartikel, verfügte er auch über umfangreiche computerunterstützte Personendateien. Neben den Adressen von etwa 3.000 österreichischen RechtsextremistInnen fanden sich darin auch die Anschriften von AntifaschistInnen und anderen DemokratInnen, darunter auch Adressen von Briefbombenopfern. Radl stellte redlich fest, daß diese Dateien keine Feindlisten sind, konnte aber nicht erklären, wozu er sie brauchte.

Auf seine Neonaziaktivitäten angesprochen, bezeichnete er sich selbst als »Hans Dampf in allen rechtsextremen Gassen«. Regelmäßig besuchte er Veranstaltungen der NS-Realo-Schanierorganisation ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP), verteilte Schriften des sattsam bekannten AULA-Verlages und unterstützte 1990 in seiner Heimatgemeinde Fürstenfeld die FPÖ als Wahlzeuge. Von 1988 bis 1991 war Radl Mitglied der Wiener Burschenschaft TEUTONIA, bei der er mit der Führungsetage der österreichischen Neonazis (GERD HONSIK, HORST JAKOB ROSENKRANZ, Gottfried Küssel) zusammentraf. Im Rahmen seiner Burschentätigkeit besuchte er auch die Münchener Burschenschaft DANUBIA und wirkte als Mitglied der mittlerweile aufgelösten FPÖ-Hochschulabteilung FREIHEITLICHE STUDENTENINITIATIVE (FSI). Bekannt war Radl auch mit dem führenden Kopf der FPÖ-Studiosi, dem Anti-Antifa-Spezialisten und JUNGE FREIHEIT-Schreiberling MARTIN HOBEK. Engste Kontakte unterhielt Radl zu den Kadern der Österreichischen »NF«, der VOLKSTREUEN JUGENDOFFENSIVE. Gemeinsam mit dem derzeit in Wien lebenden NF-Führungskader ANDREAS THIERRY besuchte er mehrmals Tagungen der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) und eine Holocaustleugner-Veranstaltung der »NF« in Bayern.

...wo die wirklichen Leute sitzen.

Nach der Urteilsverkündung wurde Radl freigelassen, da er bereits mehr als die Hälfte seiner Strafe abgesessen hat. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig, da die Verteidiger der Neonazis Einspruch einlegten. Der katholische Pfarrer August Janisch, eines der schwer verletzten Briefbomben-Opfer, erklärte zu den Freisprüchen: »Das Ergebnis müssen wir einmal zur Kenntnis nehmen.« Er habe kein Problem damit und hoffe, daß die Täter gefunden werden. Allerdings sei er »überzeugt davon, daß Binder und Radl schon wissen, wo man recherchieren könnte, wo die wirklichen Leute sitzen«, sagte Janisch. Damit hat der Pfarrer wohl den Nagel auf den Kopf getroffen, denn von der Unschuld Radls und Binders ist in Österreich kaum jemand überzeugt. ■

Quellen: Vorlaut (4/95), Lotta Dura (4/95). Dank geht auch an das Antifaschistische Autorenkollektiv, daß ihre Neonaziterror-Recherchen in Kürze in den Buch »Drahtzieher im brauen Netz II« veröffentlichen wird





Ministerialratsbeamter Günther Rehak (links) und Richter Friedrich Fischer (rechts) »Vetternwirtschaft« vom feinsten!

Günther Rehak: Ein Bekannter des Richters Friedrich Fischer

Kurz vor Prozeßstart am 11. September sorgte der Ministerialratsbeamte Günther Rehak für Aufregung. Mit Hilfe einer richterlichen Anordnung konnte er seinen Weggefährten Franz Radl jun. regelmäßig im Gefängnis besuchen, dies brachte den Richter im Briefbombenprozeß, Friedrich Fischer in Verlegenheit. Denn Fischer und Rehak sind miteinander aufgrund ihrer Tätigkeit im Verein »Aktion Recht des Kindes auf beide Eltern« bekannt. Bei den meisten Vereinsmitgliedern handelt es sich Vätertäter, welchen es gerichtlich untersagt ist, ihre Kinder und Frauen zu sehen bzw. zu belästigen. Rehak tauchte das erste Mal 1990 in den Reihen der Neonazis auf. Gemeinsam mit Franz Radl jun. machte er sich in der von Martin Hobek initiierten »Plattform Siegfriedskopf« für den Verbleib des antisemitischen Schandmales in der Wiener Hauptuniversität stark. Zwei Jahre später dient sich Rehak im Verfahren gegen den notorischen Holocaust-Lügner Gerd Honsik als Entlastungszeuge an. Im Sommer 1993 - also ein halbes Jahr vor Beginn des BBA-Terrors - schreibt er in einem Brief an Radl: »Wer die Vertreter unliebsamer Meinungen mit Polizeimitteln niederhält, ist kein Demokrat. Wer kann sich da noch wundern, wenn Kameradinnen und Kameraden diesem Staatsterror mit der einzigen Möglichkeit antworten, die ihnen beleibt? Und die ist: gewaltsamer, militärischer Widerstand. So wird gleiches mit gleichem vergolten.«

Seither schreibt Rehak regelmäßig in rechtsextremen Blättern (Junge Freiheit, Eckartbote) gegen den Antifaschismus, die »Plutokratie« und Feministinnen und fand als »Vorzeigelinker« bei der FPÖ-Denkfabrik »Freiheitlichen Akademie«

»Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

In Memmingen fand erstmalig in der BRD ein Prozeß gegen Söldner aus dem früheren Jugoslawien statt. Anklagepunkte waren allerdings nicht Kriegsvergehen – also Verbrechen gegen die Menschlichkeit – wofür der Internationale Gerichtshof zuständig wäre. Die Anklage beruhte auf dem Vorwurf des Mordes an zwei deutschen Söldnern aus derselben Einheit. Die Taten hatten die Söldner selbst in den Medien bekanntgemacht.

Mitte Dezember verurteilte das Memminger Gericht die zwei ex-Söldner RALF MRACHACZ und FALK SIMANG wegen Mordes zu lebenslanger Haft. Opfer waren die Söldner-Kollegen Conni Bieske und ein bisher nicht weiter identifizierte »Heinz«. Simangs Tat stufte das Gericht als »besonders schwere Schuld« ein, so daß er nicht hoffen kann, nach 15 Jahren frei zu kommen. Simang sei ein »eiskalter Killer«, der schon für eine geringe Beute zum Töten bereit sei. Mrachacz gestand das Gericht zu, vermeintlich nach militärischen Gesichtspunkten gehandelt zu haben.

»Heinz« brachten Mrachacz und Simang alleine um. In den Mord an Conni Bieske sind außer den Verurteilten noch die zwei Österreicher HARALD STEFAN TRUPP und WOLFGANG NIEDERREITER verwickelt, deren Prozeß noch nicht begonnen hat. Alle gehörten zu der »Einheit der Bestraften«, unter »General Tuta« alias MLADEN NALETILIC, Kommandeur in Siroki Brijek und Moatar. Bieske erschossen Simang und Trupp nach einem Gespräch unter den vier Söldnern Mrachacz, Niederreiter, Simang und Trupp über ihr Vorgehen. Niederreiter hatte sich bei dem Führer der Einheit, »General Tuta« rückversichert, daß Kameradendiebstahl mit dem Tod geahndet werde - so die Aussagen im Prozeß. Die Leiche übergoßen die Mörder mit Benzin und entzündeten sie.

Zu weiteren Greueltaten haben Simang Mrachacz vor Gericht keine Angaben gemacht. Nur Niederreiter, der als Zeuge geladen war, berichtet in seinem Buch (siehe Rezenzion auf Seite 36!) von kroatischen Soldaten, die sich an der muslimischen Bevölkerung austoben sowie von einem deutschen Söldner, der einem sechsjährigen Jungen eine scharfgemachte Handgranate zum Spielen in die Hand drückt, die ihn zerreißt.

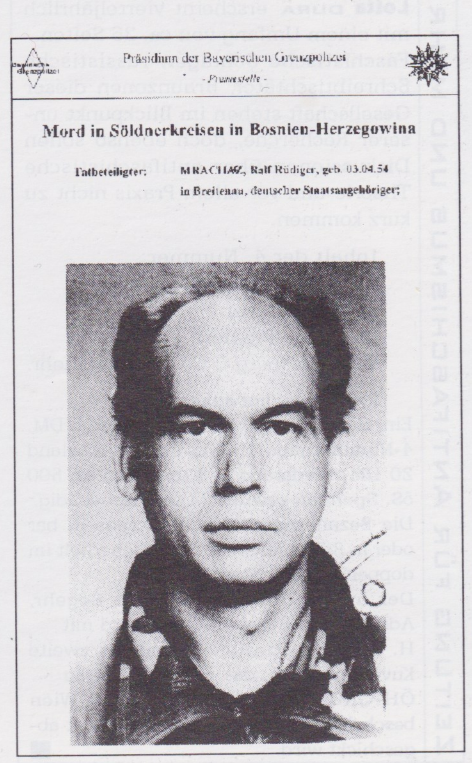
Falk Simang (31) stammt aus Dresden und hat eine gescheiterte Ehe, Alkoholikerlaufbahn und einen Selbstmordversuch hinter sich, als er sich als Söldner verdingt. Ralf Mrachacz (41) lebte früher in Breitungen in Sachsen-Anhalt, war NVA-Feldwebel und saß später mehrere Jahre im DDR-Knast wegen Scheckbetrügereien und Republikflucht. Der Prozeß wurde in Memmingen verhandelt, weil die Angeklagten zuletzt in der Region ihren Wohnsitz hatten. Mrachacz hatte sich bereits 1991 General Tuta im kroatischen Siroki Brijeg angeschlossen und am Häuserkampf in Mostar teilgenommen. Er brachte es bis zum »Hauptmann« und hatte die ausländischen Bewerber für die etwa 50 Mann starke Söldnereinheit zu überprüfen. Bekannt wurde der Mord an Bieske durch Simangs Schilderungen in einer Sendung von SAT 1.

Präsidium der Bayerischen Grenzpolizei
- Pressestelle -

Mord in Söldnerkreisen in Bosnien-Herzegowina

Tatbeteiligter: SIMANG, Falk, geb. 14.10.64 in Dresden
deutscher Staatsangehöriger

1994 wurde Simang und Mrachacz das Söldnerleben zu langweilig (oder ihnen wurde der Boden zu heiß, wie es vor Gericht anklang) und sie machten sich nach Südafrika auf. Zusammen mit dem Holländer Ronald D. fuhren sie in einem PKW über die Grenze durch die BRD nach Belgien. Dort empfing sie der belgische Faschist ROGER SPINNEWYN, Vorsitzender des Vereins FREUNDE SÜDAFRIKAS (sein Sohn JOHN SPINNEWYN sitzt für den VLAAMS BLOK im Brüsseler Parlament). Dieser Verein vermittelt europäische Rechtsextremisten als Söldner oder auch für Wachschutzjobs nach Südafrika. Simang lieferten die südafrikanischen Behörden August 1994 aus, Mrachacz war vorher nach Bosnien zurückgekehrt, um die kroatische Staatsbürgerschaft zu erwerben (als Söldnerlohn sollte auch ein Häuschen winken). Die Söldner bezahlten Spinnewyn mit Waffen, die sie im Auto mitgebracht hatten: zwei Kalashnikovs, Munition und Sprengstoff. Für Spinnewyn hatte dieses Treffen noch ein Nachspiel: Nach seiner Zeugenaussage vor dem Memminger Gericht wurde er verhaftet, da ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Obwohl das Gericht bereit war, auf seine Aussage zu verzichten, trat Spinnewyn als Zeuge auf. In Traunsteiner Haft befand er sich jedoch nur kurz: Nach Europäsichem Rechtshilfe-Abkommen stand ihm Geleitschutz zu. Auf Anfrage des Infoblatts bestätigte die Traunsteiner Staatsanwaltschaft, daß Grund für


Präsidium der Bayerischen Grenzpolizei
- Pressestelle -

Mord in Söldnerkreisen in Bosnien-Herzegowina

Tatbeteiligter: MRACHACZ, Ralf Rüdiger, geb. 03.04.54
in Breitenau, deutscher Staatsangehöriger;

den Haftbefehl ein Waffentransport durch oder nach Deutschland hinein gewesen sei. Zu Ziel oder Verbleib der Waffen konnte oder wollte die Staatsanwaltschaft keine Angaben machen.

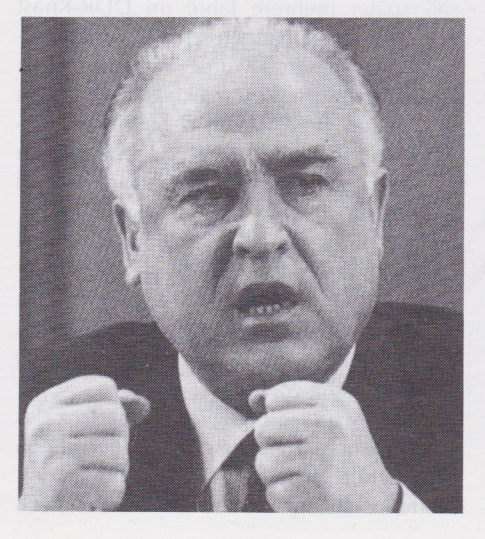
Dieter Seitz, Inspektionsleiter der Grenzpolizeiinspektion Freilassing, die von Beginn an an den Ermittlungen gegen die Söldner beteiligt war, verweist auf weitere ungeklärte Mordfälle in der Region Mostar. Es handle sich um drei weitere Leichen, einer wurden Arme und Beine abgetrennt. Auch die Bamberger Justiz ermittelt in einem Fall. Freilassinger Beamten waren mit Unterstützung von Interpol nach Split ins Kriegsgebiet gereist, um Mrachacz in die BRD zu überführen (Mrachacz hatte sich schließlich nach einem Gespräch mit General Tuta dazu bereit erklärt). Inspektionsleiter Seitz schätzt die Zahl der Balkan-Söldner, die auf kroatischer Seite gekämpft haben, auf ca 250, alle kämen aus Neonazi-, NVA- oder Legionärskreisen. »Diejenigen, die nach Deutschland zurückkehren, stellen ein großes Gewaltpotential dar,« warnt Seitz. »So kommt womöglich noch einiges auf uns zu.«

Unklar ist, warum die bundesdeutsche Justiz keine Anklagen wegen Werbens für eine fremde Armee gegen Kroatien-Söldner erhebt. Die gesetzliche Grundlage dafür ist vorhanden. Österreich zum Beispiel entzieht den zurückgekehrten Söldnern die Staatsbürgerschaft. ■

Rußland

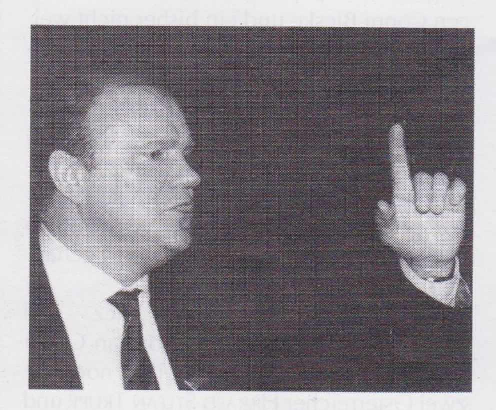
Bei den Wahlen zur *Duma*, dem russischen Parlament, schnitten die chauvinistischen Kräfte am 17. Deze,mber letzten Jahres äußerst gut ab. Dieses großrussisch-chauvinistische und nationalistische Lager setzt sich heute zusammen aus der eher an der Stalin-Zeit orientierten KP unter SJUGANOW, einem eingefleischten Antisemiten, einerseits und den rechtsextremen Kräften, insbesondere der LIBERALDEMOKRATISCHEN PARTEI SCHIRINOWSKIs andererseits. KP und Rechtsextreme bilden heute ein gesellschaftliches und politisches Bündnis, dessen ideologische Schnittstellen großrussischer Nationalismus, Antisemitismus, antiwestliche Ressentiments und Ablehnung der Demokratie bilden. Ihre Erfolge erklären sich zum großen Teil aus der Tatsache, daß Demokratie und kapitalistisches Ausbeutungssystem gleichzeitig und von den selben prowestlichen Kräften nach Rußland getragen wurden. Angesichts der Stagnation des demokratischen Systems und der Auswirkungen der Kapitalisierung auf die russische Bevölkerung wenden sich viele RussInnen den antidemokratischen Kräften zu und träumen vom Wiedererstarken eines Großrussischen Reiches. Die westliche Politik der Isolierung Rußlands und der fortgesetzten Desintegration des Landes mithilfe sogenannter Volksgruppenpolitik bestärkt die nationale Welle. Da für eine echte Demokratisierung die Bedingungen fehlen, steuert Rußland immer weiter in die Diktatur. Sie könnte auf der Grundlage des oben beschriebenen chauvinistischen Bündnisses bestehen (das im Westen meist als »rotbraune Koalition« bezeichnet wird).

Wiktor Tschernomyrdin
Rußlands Regierungschef





Wladimir Schirinowski



Gennadi Sjuganow

Gleichzeitig werden in den Kreisen der ehemaligen »Demokratie-Bewegung« (die zum großen Teil vor allem das kapitalistische Wirtschaftssystem und die Anbindung an den Westen befürworten) Stimmen laut, die eine »Diktatur gegen den Faschismus« befürworten.

Faschismus bezeichnet heute für die »Demokratie-Bewegung« gleichermaßen die »Kommunisten« und die Nationalisten - dessen muß sich die westeuropäische antifaschistische Bewegung bewußt sein, wenn sie »antifaschistische« Bündnispartner in Rußland sucht. Gleichzeitig ist klar, daß die Angehörigen der »Kommunistischen« Partei auf der Gegenseite stehen.

Bei der Wahl am 17.Dezember erlangten sie 21 Prozent der Stimmen, etwas

weniger als Schirinowskis Partei 1993 (22,9%). Diese fiel auf 11,2 Prozent ab, erhielt also ungefähr soviel, wie Sjuganows KP 1993 (12,4%). Insgesamt blieben, wie die Wiener Zeitschrift *profil* urteilt, die Lager relativ konstant, während sich der Austausch im wesentlichen im Inneren abspiele. So habe die KP die Agrar-und die Bauernpartei aufgesogen.

Im Kampf um die Macht in Rußland ist die entscheidende Etappe die Wahl des Präsidenten am 16.Juni dieses Jahres.

Spanien

Staatsbürgerschaft für antifaschistische KämpferInnen

»Wenn der Krieg eines Tages beendet sein wird, werden wir den Anspruch der so tapfer an unserer Seite kämpfenden Internationalen auf die spanische Staatsangehörigkeit anerkennen.«

Was Juan Negrin, Präsident der letzte republikanischen Regierung Spaniens, am 28.Oktober 1938 erklärte, ist nun endlich Wirklichkeit. 56 Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges und über 20 Jahre nach Ende des faschistischen Regimes in Spanien stimmte spanische Parlament für einen diesbezüglichen Antrag.

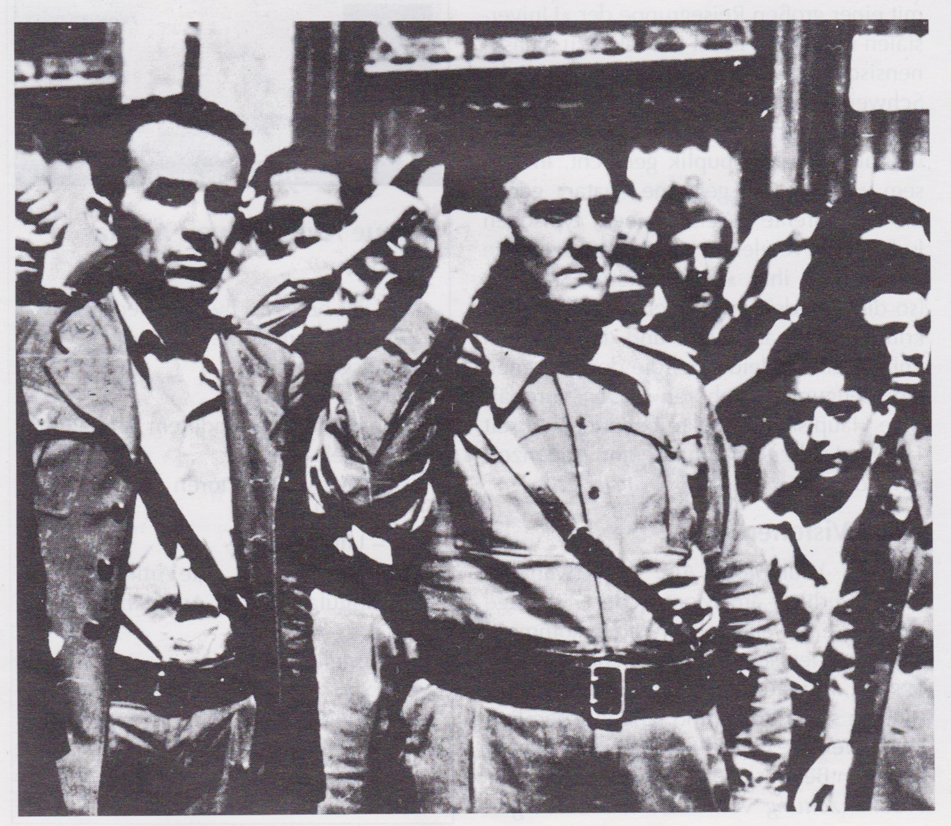
Von 1936 bis 1939 hatten etwa 40.000 bis 45.000 Angehörige der Internationalen Brigaden auf der Seite der republikanischen Truppen gegen die Armee des faschistischen Generals Franco gekämpft. In den Genuß der spanischen Staatsangehörigkeit wird nur ein Teil dieser Kämpfer kommen. Denn weltweit leben nur noch etwa 300 der »Freiwilligen für die Freiheit«. Die übrigen sind im Krieg gegen die Franco-Soldaten oder nachfolgend im Zweiten Weltkrieg, teilweise auch in Konzentrationslagern ums Leben gekommen.

Selbst nach 1945 hatten es die Überlebenden nicht immer leicht: In der Schweiz kamen sie ins Gefängnis, weil es dort per Gesetz verboten ist, einer »ausländischen« Armee anzugehören. Und in den USA sowie Kanada sahen sich die internationalen Brigadisten einem extremen Antikommunismus gegenüber.

Maria Dolores Cabra vom Zusammenschluß der Freunde der Internationalen Brigaden erklärte gegenüber der französischen Tageszeitung *Libération*, die Verleihung der spanischen Staatsbürgerschaft sei *»nicht nur ein symbolischer Akt«*. Sie sei deshalb so wichtig, *»um der Jugend von heute einen positiven Bezugspunkt in der Geschichte zu bieten - im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit Rassismus und Neonazismus«*.

Im November dieses Jahres sollen sich die Überlebenden anläßlich des 60. Jahrestages der Verteidigung Madrids in der spanischen Hauptstadt versammeln. So ist es zumindest vom Zusammenschluß der Freunde der Internationalen Brigaden geplant. Allerdings gibt es in etliche Länder gar keinen Kontakt mehr, während die freiwilligen KämpferInnen in den USA und Frankreich recht gut organisiert sind und regelmäßig zusammentreffen.

Deutsche Antifaschisten im spanischen Bürgerkrieg



Schweiz

Welcome to »Apartheidiland«!

Die Schweiz, das Land der Banken, der Schokolade, der Berge und der Uhren, ist ein schönes Land. Finden auf alle Fälle unsere Tourismuswerbefachleute. Hier in der Schweiz sind wir nicht gegen Ausländer (solange sie Arbeiten und den Schweizern nicht die Arbeitsplätze wegnehmen), wir haben keine Nazis (unsere Großväter sind schließlich im 2. Weltkrieg gegen die an der Grenze gestanden und jetzt gibt es keinen Faschismus mehr) und auf unseren Banken liegen immer noch noch Gelder von jüdischen KZ-Opfern. Nur die Europäische Union rückt uns auf die Pelle und dagegen müssen wir uns wehren, weil schließlich sind wir neutral und das aus Tradition. Und dann sind da noch ein paar Chaoten, die unseren Rechtstaat niedermachen wollen. Ansonsten alles bestens.

Oder doch nicht?

Gründung einer FAntifa in Bern

Im Umfeld des autonomen Kultur- und Begegnungszentrum Reitschule Bern ist eine FrauenAntifa gegründet worden - die erste schweizweit. Konkreter Anstoss zur Bildung der FAntifa war die »enorme Wut«, die ein Vergewaltigungsversuch und zwei Vergewaltigungen in der Reitschule ausgelöst hatten.

Die FAntifa ist erreichbar unter: FAntifa, c/o Infoladen Reitschule, Postfach 5053, CH-3001 Bern.Oder per Fax aus der BRD: 0041 -31 -302 78 74

Grund besucht bäuerliche Komitees

JOHANNA CHRISTINA GRUND, ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der REPUBLIKANER und Mitglied des Europaparlaments, wurde von bäuerlichen Komitees ins ländliche Aarberg (Kanton Bern) geladen. Vor über 300 Bäuerinnen und Bauern wetterte sie gegen Maastricher EU (»entartet, pervers«), warnte vor der Vernichtung der Staaten, der Vernichtung der Demokratie, der Nationen, der Bauern, der Währung, der Umwelt und last but not least des Glaubens. Und überhaupt würden durch »die Jugoslawisierung der EU« Kriege kommen. Die Kombination »EU ist böse« plus »die Ausländer auch« plus »nur die Schweiz ist gut« hatte bei der Bauernschaft Erfolg. Nicht verwunderlich, erzählt doch der Rechtspopulist CHRISTOPH BLOCHER, Nationalrat der

SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI (SVP) und Präsident der rechtsextremen Samelbewegung AKTION FÜR EINE UNABHÄNGIGE UN NEUTRALE SCHWEIZ (AUNS), bei jedem seiner polterigen Auftritte genau dasselbe. Der Züricher Unternehmer agitiert seit langem erfolgreich gegen die EU und liebt es, mit der »EU-Frage« zu polarisieren. Seine Partei, die SVP Zürich fährt einen stramm reaktionär-populistischen Kurs, hetzt gegen AusländerInnen, gegen »Linke und Nette« und gegen alles, was nicht SVP wählt.

Antifaschistische Abendspaziergänge in Zürich

Nachdem Neonazis regelmäßig im Züricher Vergnügungsviertel »Nierendorf« aufgetaucht waren und mit Hitlergruß, Woche für Woche ausländische Leute, Punks und Andersdenkende einschüchterten und verprügelten (unter den Augen von untätigen ZivilpolizistInnen), nachdem etwa hundert Faschisten am 23.September 1995 aus der Blocherschen Anti-EU-Kundgebung heraus eine antifaschistische Demo mit Steinen und Flaschen (teilweise unter dem Schutz der Polizei) und mit »Heil Hitler«-und »Rotfront verrecke!«-Rufen angriffen und später Leute mit Hämmern und Schlägstöcken verprügelten, nach alldem hatten viele Leute die Schnauze voll. Am 7. Oktober wurde der erste »Antifaschistische Abendspaziergang« mit etwa 200 Leuten durchs »Nierdorf« durchgeführt. Es wurden Flugblätter verteilt, in denen auf verschiedene Kneipen aufmerksam gemacht wurde, die den Faschos als Treff- und Stützpunkte dienen. Die Aktion stieß auf positives Echo. Am 28.Oktober folgte der zweite Antifaschistische Abendspaziergang. Im Anschluß an diesen wird eine Teilnehmerin von Hools mit einer Eisenstange schwer an Kopf und Rücken verletzt und muß über eine Woche im Krankenhaus bleiben. Wenige Tages später werden Eishockey-Hools mit Eisenstangen angegriffen und verletzt. Darauf gab es drei Verhaftungen. Obwohl keinerlei Beweise vorlagen, wurden dieVerhafteten erst im Dezember – nach mehreren Wochen U-Haft – entlassen.

Eine am 16.12.1995 durchgeführte, bewilligte Antifa-Demonstration in Zürich artete teilweise in eine Tränengas-, Wasserwerfer-, Gummigeschoß-Oper aus, unter anderem, weil die Stadtpolizei nur die umgekehrte Route bewilligte (weil sie bei Zielpunkt »Niederdorf« den Schutz der Demo nicht gewährleisten könne) und weil jeder Schneeballwurf als Angriff gegen die staatliche Ordnung gewertet wurde. Nichtsdestotrotz wurde am 31.Dezember ein dritter Abendspaziergang durchgeführt, an dem sich ca. 500 Leute beteiligten.

Christophersen in der Schweiz

THIES CHRISTOPHERSEN ist im Sommer letzten Jahres aus Dänemark geflüchtet und über London, Lettich und Deutschland in die Schweiz gereist. Er ist nun »postlagernd in 2552 Orpund«, in der Nähe der Stadt Biel (Kanton Bern), erreichbar. Verschiedene Zeitungen deckten auf, daß er in Biel selber wohnt und daß sein Aufenthaltsbewilligungsgesuch am 03.November 1995 von der Stadt Biel abglehnt wurde, seine Beschwerde dagegen bearbeitet werde. Er hofft auf eine Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen, sprich, er befindet sich in »ärztlicher Behandlung« aufgrund eines Nierenleidens. Letzter Informationsstand war, daß er aufgrund seiner angeschlagenen Gesundheit in Biel bleiben dürfe, während gleichzeitig zwei Bosnier samt Familie trotz angeschlagener Gesundheit ausgewiesen wurden.

Die 1978 verhängte Einreisesperre in die Schweiz wurde 1991 von Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement aufgehoben. Die Bundesanwaltschaft meinte damals lediglich, Christophersen müsse mit einer erneuten Einreisesperre rechnen, sollte er sich in militanter rechtsextremer Weise in der Schweiz betätigen.

Das Fundament für Höheres Geistiges Lernen

Das »Fundament für Höheres Geistiges Lernen« , Untertitel »Bruderschaft der Grossen Weissen Loge« ist die europäische Version der thepsophischen Sekte »Universial Church«, deren Führer PETER-WILLIAM LEARCH LEWIS samt seiner Schweizer Ehefrau RITA VITELLI im November in der Schweiz besuchten. Dies nachdem sie Ende Oktober mit einer großen Reisegruppe der »Universialen Kirche« in Israel Kontakte zu palästinensischen Gruppen gesucht hatten. In der Schweiz wurde ein vierseitiger Rundbrief (The Inner Light/ Das Innere Licht) der »Universialen Kirche« puplik gemacht. In diesem wettert »Der geheime Avatar« gegen die »verdrehte Weise eines typischen Juden« und vergleicht Juden mit Tieren. Die Sekte stiftet ihre »verpflichteten Schüler« (so die Anrede) unverholen zur Rassendiskriminierung an: »Du und ich werden immer jene 'beleidigen', die der jüdischen Überzeugung angehören«. Der europäische Hauptsitz der Sekte befindet sich seit 1990 in Lachen/ Walzhausen im Appenzellerland.

Neue Visionen AG

Baden/ Würenlos AG. Unerwarteten Besuch erhielt am Montag der 75jährige Verleger und ehemalige Panzerkommandant der Deutschen Wehrmacht, GERHARD FÖRSTER. Aargauer Kantonpolizisten durchsuchten seine Büros und fanden »ziemlich viel Ware« wie Untersuchungsrichter Stefan Kalt vom Bezirksamt Bülach gegenüber der *Wochenzeitung* vom 10.11.95 bestätigte. Um die 300 Exemplare von Büchern verschiedener Autoren sowie ca. 1000 Broschüren und Flugblätter beschlagnahmten die Aargauer Behörden. Aktiv wurden sie aufgrund einer Strafanzeige gegen den »Neue Visionen Gmbh« -Verlag, und deren Geschäftsführer Gerhard Förster. Der Verlag war im Juli 1994 von Holocaustleugnern aus Deutschland und der Schweiz gegründet worden und vertreibt unter anderen zwei Bücher von JÜRGEN GRAF aus Basel, der zur Zeit sowohl in Deutschland wie in der Schweiz in einschlägige Strafverfahren verwickelt ist. Anlaß zur neusten Klage wegen Widerhandlung gegen die Antirassismus-Strafnorm bietet das im März 1995 erschienene Buch »Verdammter Antisemitismus« eines Autors namens HARALD CECIL ROBINSON (wahrscheinlich ein Pseudonym). Das Machwerk enthält eine Vielzahl übler antisemitischer Passagen und leugnet den Holocaust.



Neue Ausgabe von Antifa-Zeitung

Von der neuen schwedischen Antifa-Zeitung **Expo** ist die zweite Ausgebe herausgekommen.

Sie enthält unter anderem Artikel zu folgenden Themen:

- Werwolfstrukturen
- Fascho-Skins
- Ultima Thule

(Klasse Layout, gute Artikel! Gratulation vom *Antifa Info-Blatt*)

Bestelladresse:
Expo
Box 1030
11479 Stockholm
Schweden

Betreff:
Eine Stellungnahme
Geheimdienst-Vorwurf
des Antifa-Infoblattes
gegen Searchlight

Ein Ei besonderer Art wollte der Journalist Burkhard Schröder der Antifa Ende Dezember letzten Jahres ins Nest legen. Es handelt sich um einen Text von LARRY O'HARA, den er in eine Antifa-Mailbox einspeiste. Titel: »Searchlight: Zeit, sie dicht zu machen«. Der war von der »Third Way Central London« (nationalrevolutionäre Faschos) im Internet nach »alt.politics.socialism.trotsky« verschickt worden. Von dort hat es Schröder übernommen und weiterverbreitet. Daß »Third Way«-Faschos den Text in das Netz eingespeist hatten, wußte Schröder auf jeden Fall, er selbst schreibt es im Kopf seiner Message.

Als er im Januar 1995 anfing, per Mailbox gegen das antifaschistische Magazin Searchlight rumzustänkern und die Zeitung in Geheimdienstnähe zu rücken, haben wir das als eher als ein Ausagieren persönlicher Probleme abgetan. Andere Antifaschisten konfrontierten Schröder mit seinen Aussagen, woraufhin er seine Anschuldigungen zurückzog und einen Irrtum eingestand. Doch scheint ihm dies keine Ruhe mehr gelassen zu haben. Daß jetzt Faschisten des »Dritten Weges« aus England als »Zeugen« gegen Searchlight herhalten müssen, wirft nicht gerade ein günstiges Licht auf Schröder und geht uns zu weit.

Wer sich intensiv mit der Faschoszene beschäftigt, ist gefährdet, Verschwörungstheorien aufzusitzen und Drahtzieher im Hintergrund zu sehen, wo es (mal) keine gibt - erst recht, wer alleine arbeitet. Um Rückkopplung mit der Antifa-Szene hat sich Schröder nie bemüht. Das war nie ein Problem für uns. Abfälligkeiten und Arroganz gegenüber Antifas, die immer wieder in seinen Büchern anklingen - na gut, abgehakt. Auf dieser Ebene hatten wir kein Interesse, uns mit ihm zu auseinanderzusetzen und die Motivation seines Handelns zu verstehen. Es müssen schließlich nicht alle mit allen arbeiten.

Seine Denunziationen nehmen jedoch mittlerweile ein anderes Kaliber an. Schröder wirft sich offensichtlich ins Zeug, um ein Klima zu schaffen, in dem jeder jeden denunzieren kann - und damit noch recht gut funktionierende Antifa-Strukturen kaputt gemacht werden können.

Wir appellieren an alle AntifaschistInnen, generell bei Geheimdienst-Vorwürfen sehr vorsichtig zu sein. Antifas, die den Nazis auf den Hacken sind, kommen auch immer den bundesdeutschen Geheimdiensten in den Weg. Sei es, weil es Personalunionen von Spitzeln/ Agenten und Nazis gibt oder weil die Dienste (natürlich) ein anderes Ermittlungsinteresse verfolgen. Zum Tagesgeschäft von Geheimdiensten gehört es, mit Desinformation zu arbeiten, Mißtrauen zu säen und einen Zerfleischungsprozeß einleiten zu wollen. Es gibt eine breite Palette, den Ruf einer Gruppe durch Gerüchte und Fehlinformationen zu ruinieren. Daß gerade Organisationen, die erfolgreich den Geheimdienstinteressen entgegenarbeiten, Zielscheibe solcher Strategien sind, ist naheliegend.

Wer tiefer in der Antifa-Arbeit steckt, kann die Bedeutung der Arbeit Searchlights für die internationale Kooperation von Antifa-Zeitungen und -Gruppen einschätzen. Das Antifaschistische Infoblatt arbeitet seit sieben Jahren mit Searchlight zusammen und bedankt sich an dieser Stelle für die solidarische Unterstützung und Weitergabe von Erfahrungen und Kontakten. Aufgrund unserer gemeinsamen Aktivitäten haben wir ein Vertrauen zu Searchlight entwickelt und über die Jahre hinweg ausgebaut.

Und daß es auf die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock so schnelle Reaktionen im Ausland und zahlreiche Demonstrationen gegeben hat, verdanken wir auch dem internationalen antifaschistischen Netz, das maßgeblich von Searchlight mit aufgebaut worden ist. Und wer kann ermessen, wie der Kaindl-Prozeß ausgegangen wäre, hätte es nicht die von diesem Netz organisierte, internationale Solidarität gegeben?

Dem Journalisten Burkhard Schröder empfehlen wir, innezuhalten und Abstand zu gewinnen und sich um Rückkopplung seiner Aktivitäten zu bemühen. Gesprächspartner wird er sicherlich finden, das müssen ja nicht wir sein. Will er jedoch weiter auf der Denunziationswoge surfen, haben wir weitere Tips: Rücke doch mal das Antifa Infoblatt in Geheimdienstnähe! Vielleicht ist es Dir möglich, einen Brief in die Hände zu bekommen, in dem wir Nazi-Literatur bestellen, läßt sich prima die Zusammenarbeit des Antifa-Infos mit den Neonazis beweisen. Oder nimm den VS-Bericht aus Berlin oder Brandenburg und zähle, wie oft der Verfassungsschutz das Antifa-Info oder andere Antifa-Zeitungen als Quelle zitiert! Ein prima Anknüpfungspunkt... ■

Wer ist Larry O'Hara??

Searchlight wurde Ende 1988 auf LARRY O'HARA aufmerksam, als er uns anschrieb und um Hilfe bei seiner Doktorarbeit zum Thema Faschismus bat. Kurz danach erhielten wir einen weiteren Brief von ihm mit einer langen Liste von Fragen nach detaillierten Informationen über die wichtigsten »Thrid-Position«-Nazis in Großbritannien. In diesem Brief schrieb O'Hara, er sei Mitglied in der »trotzkistischen« Socialist Worker Party und der linken Organisation Big Flame gewesen. In der Führung dieser Organisationen hat niemand je von seiner Mitgliedschaft gehört.

Später erfuhren wir, daß O'Hara mindestens an einer THIRD-POSITION-Konferenz teilgenommen hat und in seinen Artikeln herunterzuspielen versucht, daß PATRICK HARRINGTON und seine Crew Faschisten sind.

Seine Artikel waren ungenau. Kein Wunder, denn die »Fakten« kamen direkt von den Nazis. In den späten 80ern war eine seiner Hauptquellen der erwähnte Harrington, früher Vorsitzender der NATIONAL FRONT. Eine andere wichtige Quelle war STEVEN JOHN BRADY, langjähriger Nazi und Anhänger der »loyalistischen« Bombenleger Nord-Irlands. Als Verbindungsoffizier der Nazi-Schlüsselorganisation LEAGUE OF ST. GEORGE hat er mit ziemlicher Sicherheit im Nordirland-Konflikt für den britischen Geheimdienst gearbeitet.

Seit 1992 hält er Kontakt zu zwei weiteren Leuten: Zum einen MARK TAHA, ein ehemaliges Mitglied der gewalttätigen BRITISH MOVEMENT (BM), zum anderen ein Mensch, der mit dem Decknamen ALEXANDER BARON auftritt, auch er ein ex-BM'ler.

Außerdem pflegt er Kontakt zur Nazi-Terrorgruppe COMBAT 18 - über deren Straßen-Führer CHARLIE SARGENT, der im August 1995 am RUDOLF-HESS-MARSCH in Roskilde teilnahm.

Die verschiedensten »grünen« Gruppen, denen O'Hara verbunden war, gelten in der Linken mittlerweile als rassistisch. Die einzigste Antifa-Gruppe, der er sicher angehörte, Antifascist Action, schloß ihn aus, als sie merkte, daß sie sich ein Kuckucks-ei ins Nest geholt hatte.

Auszüge einer Erklärung von Graeme Atkinson (Searchlight), Januar 1996

Wir brauchen Eure Unterstützung!

Das Antifa-INFOblatt erscheint seit Frühjahr 1987. Die Erstellung der Zeitung wird seit Anfang an von einem ehrenamtlichen Redaktionskollektiv gemacht und kostet oft mehr Geld, als durch den Verkauf eingenommen wird. Die letzten Jahre konnten wir die regulären Produktionskosten einigermaßen ohne Hilfe von außen tragen. Zusatzausgaben bedurften schon immer zusätzlicher Einnahmen. Nun sind wir aus verschiedenen Gründen an den Punkt gekommen, wo wir durch unsere regelmäßigen Einnahmen nicht mehr die laufenden Kosten decken können, was das Ende des Infoblattes bedeuten würde. Deswegen müssen wir möglichst schnell dauerhafte zusätzliche Einnahmen auftun, um das Überleben der Zeitung zu sichern, zum Abbau des derzeitigen Schuldenberges sind aber auch einmalige Einnahmen notwendig. Wenn Ihr der Meinung seid, daß das Antifa-INFOblatt auch in Zukunft erscheinen muß, um die notwendigen Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen, dann brauchen wir Eure Unterstützung.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, uns zu unterstützen:
Ihr könnt uns Geld spenden (einmalig oder regelmäßig - Spendenquittungen sind bei Bedarf erhältlich).
Ihr schließt ein Förderabo ab (Abokasten im Heft).
Ihr werdet Mitglied in einem antifaschistischen Förderverein (Unterlagen auf Anfrage).